BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 15. Wahlperiode

Plenarprotokoll

63. Sitzung 22.08.02

63. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. August 2002

Inhalt

Musik in den Schulen im Lande Bremen Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 3. Juni 2002 (Drucksache 15/1164) D a z u	Pisa-E und keine Bremer Antworten? – Alle müssen endlich lernen Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 2. Juli 2002 (Drucksache 15/1188)
Mitteilung des Senats vom 13. August 2002 (Drucksache 15/1211) Abg. Frau Jamnig-Stellmach (CDU)	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)
Entwicklung eines Modells für ein integratives und international einsetzbares Bonussystem "Quality Shipping" Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1171) Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) 4541 Abg. Kastendiek (CDU)	Kriminalitätsbekämpfung auf den Autobahnen und im Transitverkehr im Land Bremen Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2002 (Drucksache 15/1182) D a z u Mitteilung des Senats vom 13. August 2002 (Drucksache 15/1213)
Regionalisierte Gewerbeflächenübersicht Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1176)	Abg. Knäpper (CDU) 4569 Abg. Frau Möbius (SPD) 4571 Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 4572 Abg. Knäpper (CDU) 4574 Senator Dr. Böse 4575
Abg. Kottisch (SPD) 4545 Abg. Focke (CDU) 4546 Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 4547 Abg. Kottisch (SPD) 4547 Senator Hattig 4548 Abstimmung 4549	Brandschutz für die Bürger intensivieren Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. Juni 2002 (Drucksache 15/1184) D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Juli 2002 (Drucksache 15/1198)	Gesetz zur Änderung des Bremischen Schul- gesetzes (Deutschtest für alle ausländischen Schüler)
Abg. Herderhorst (CDU) 4576 Abg. Frau Markus (SPD) 4577 Abg. Tittmann (DVU) 4578	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. Juli 2002 (Drucksache 15/1191)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 4580	1. Lesung
Senator Dr. Böse	Abg. Tittmann (DVU)4598
	Abstimmung4599
Zuwanderungsgesetz im Land Bremen umset- zen	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Juni 2002 (Drucksache 15/1185) Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 4582	Für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. Juli 2002
Abg. Tittmann (DVU)	(Drucksache 15/1192)
Abg. Teiser (CDU)	Abg. Tittmann (DVU)4599
Abg. Frau Iletmis (SPD)	Abg. Frau Dreyer (CDU)4601
Senator Dr. Böse	Abg. Tittmann (DVU)4601
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 4590	Abstimmung4601
Abg. Teiser (CDU)4591	
Senatorin Röpke4592	
Abstimmung 4593	Bericht des Vorstands der Bremischen Bürger- schaft nach § 24 des Bremischen Abgeordne- tengesetzes (BremAbgG)
Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes - prak-	vom 6. August 2002
tische Unterstützung für Opfer von Gewalt in der Familie	(Drucksache 15/1200)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2002 (Drucksache 15/1187)	Gesetz zur Änderung des Bremischen Abge- ordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputatio-
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 4593	nen
Abg. Frau Wulff (SPD) 4595 Abg. Frau Windler (CDU) 4596 Senator Dr. Böse 4597	Antrag des Vorstands der Bürgerschaft vom 6. August 2002 (Drucksache 15/1201) 1. Lesung
Abstimmung	2. Lesung

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn Schriftführerin Arnold-Cramer Vizepräsident Ravens Schriftführer Schildt Bürgermeister Perschau (CDU), Senator für Finanzen Senatorin für Bau und Umwelt Wischer (SPD) Senator für Wirtschaft und Häfen Hattig (CDU) Senator für Bildung und Wissenschaft Lemke (SPD) Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU) Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD) Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen) Staatsrat Dr. Knigge (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales) Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt) Staatsrätin Motschmann (Senator für Inneres, Kultur und Sport) Staatsrätin Winther (Senator für Wirtschaft und Häfen) Präsident des Rechnungshofs Spielhoff

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 63. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren, folgende Gruppen sind anwesend: eine dreizehnte Klasse des Kippenberg-Gymnasiums und eine Berufsschulklasse Elektroinstallateure vom Technischen Bildungszentrum Mitte.

Herzlich willkommen! Viel Freude heute bei der Begleitung unserer Landtagssitzung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Musik in den Schulen im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 3. Juni 2002 (Drucksache 15/1164)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002

(Drucksache 15/1211)

(B)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie davon keinen Gebrauch machen wollen.

Meine Damen und Herren, ich schlage dann vor, dass wir in die Aussprache eintreten.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Jamnig-Stellmach.

Abg. Frau **Jamnig-Stellmach** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren, guten Morgen! Musik in den Schulen im Land Bremen: Warum haben wir diese Große Anfrage gestellt? Nach Pisa gibt es doch, könnte man meinen, Wichtigeres, als über Musikunterricht zu debattieren. Wir sind da anderer Meinung. Insbesondere zwei Gründe sprechen dafür, über Musik in der Schule zu reden.

Bei allen anstehenden Veränderungen, die notwendig sind, muss die Qualität im Vordergrund stehen. Musik und Musikunterricht gehören nach unserer Meinung dazu, die Qualität in der Schule zu verbessern. Singen und Musizieren, wir kennen das alle, entspannen. Sie verändern die Stimmung des Einzelnen, damit des Ganzen, der Gruppe und, wenn es gut läuft, einer ganzen Schule. Zudem kann Musik den Zugang zu anderen Fächern erleichtern. Wir versuchen, das gerade in dem frühen Fremdsprachenunterricht zu machen, indem der Zugang über Lieder und ganz einfache Dinge geschieht. Warum machen wir das nicht im Deutschunterricht, warum versuchen wir nicht, Deutsch und Musik beispielsweise zu verbinden?

Nationales Liedgut war bis vor einigen Jahren ganz allgemein bekannt, nicht nur bei Liebhabern und Forschern, es hatte eine starke Identifikationskraft und eine langandauernde Präsenz in den Köpfen der Menschen. Das hat sich schon weitgehend geändert. Jede Nation hat ihre Komponisten, die sie liebt und deren Aufführungen tradiert sind. Wenn wir nicht Acht geben, wird sich auch dies kurzfristig ändern, und wir werden vielleicht nur noch Zeitgeistmusik hören. Daher halten wir als CDU-Fraktion es für unverzichtbar, die Grundlagen unserer Musiktradition an die nächsten Generationen weiterzugeben. Außerhalb von Schule gibt es ein breites Engagement für mehr Musikunterricht in den Schulen, es gibt ein öffentlichkeitswirksames Engagement des früheren Präses der Handelskammer, des Senators für Bildung.

Das ist gut so, das macht aufmerksam auf die Notwendigkeiten und Defizite, aber es entbindet weder den Senator noch die Schulen, noch uns von unserer Pflicht, dem Anspruch der Schüler auf Musikunterricht nachzukommen. Es entlässt uns alle gemeinsam nicht aus der Verpflichtung, darüber nachzudenken, wie wir in diesem Bereich, der immer noch von Mängeln gekennzeichnet ist, dennoch und trotzdem wirklich guten, qualitätsvollen Unterricht organisieren.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst einmal möchte ich mich für diese ausführliche und informative Antwort bedanken. Bedauerlicherweise werden hier, insbesondere zu der Frage zwei, Zahlen genannt, die man nicht gegenüberstellen und vergleichen kann, das ist ein bisschen ärgerlich. Zur ersten Frage zur Bedeutung der Musik im Unterricht gibt es eine wunderbare Prosa, darin steht alles, was wir schon wissen, auch was wir gemeinsam wollen, nur hapert es tatsächlich immer noch an der Umsetzung.

Die Beantwortung der zweiten Frage nach der Stundenzahl des Musikunterrichts listet auf, wie viel Unterricht in allen Schulformen stattfindet, zwei Stunden Grundschule, drei Stunden Oberstufe oder Sek I, im Gymnasium, es ist alles möglich. Dann gibt es für die Gesamtstundenzahl eine große Ziffer, die lässt sich bedauerlicherweise, selbst wenn man weiß, wie viele Schulen es gibt, nicht herunterbrechen auf

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) die Klassenverbände, um einmal festzustellen, wie viele Klassenverbände haben denn nun tatsächlich den vollen Unterricht und wie viele nicht. Das heißt, die Lücke zwischen Soll und Ist wird in dieser Form der Darstellung vertuscht.

Zu den Neueinstellungen! Von 126 Neueinstellungen sind sieben Musiklehrer. Das ist schön, aber wenn man sieht, das ist das erste Fach bei zwei oder drei dieser Lehrer, die dann nur 13 oder 18 Stunden unterrichten, dann ist klar, dass sie diese Stunden nicht alle nur mit Musikunterricht verbringen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das wäre ja schrecklich!)

Ja, für Musik, Frau Hövelmann, wäre das natürlich ganz schön, nur für die Lehrer wäre das ein Problem! Das heißt, wir brauchen noch mehr Lehrer, die auch Musik unterrichten können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Dann setzen Sie sich für mehr Neueinstellungen ein, dann machen wir das!)

Frau Hövelmann, die Einrichtung von Musikprofilen an zehn Schulen im Primar- und Sekundarbereich wollten wir alle, das ist auch lohnend. Besser wäre wirklich noch, wenn an der Stelle einmal gesagt würde, ob denn nicht nur die Einrichtung geglückt ist, sondern ob es auch geglückt ist, so viele Musiklehrer hinzubringen, wie denn tatsächlich nötig wären, um das Profil auch durchzuziehen.

Zur Frage fünf! Man lernt ja dazu. Ich habe nicht ausdrücklich gefragt, ob und wie viele dieser zahlreichen Weiterbildungsangebote der Lehrer auch wahrgenommen werden. Die Aufstellung sieht gut aus, es sind etliche Veranstaltungen für die Musiklehrer der Sek I dabei, nur, die Frage ist, wie ist der Erfolg dieser Veranstaltungen, was kommt in der Schule an, und was wird in den Schulen davon umgesetzt.

Zur Frage sechs, Schulen mit Musikschwerpunkt! Wenn eine Schule, die traditionell Musik als ihren Schwerpunkt pflegt in drei Jahrgängen und nur noch 38 Schüler und Schülerinnen hat, dann stellt sich die Frage nach der Attraktivität des Musikunterrichtes oder ob dort etwas anderes einfach falsch läuft. Zur Weiterentwicklung der GyO reicht es daher nach unserer Ansicht nicht aus, den Stellenwert der künstlerischen Fächer dadurch zu verstärken, dass man sagt, es muss mehr belegt werden, es sollte mehr belegt werden. Unserer Ansicht nach muss dort eine Belegverpflichtung über die drei Jahrgänge der Sek II eingestellt werden.

Zu den Schulen und ihrem Musikangebot gibt es in dieser Antwort des Senats eine ausführliche Aufstellung, welche Schulen welche Angebote machen. Da ist zum Beispiel aufgelistet, dass von 74 Grundschulen nur 44 Schulen zusätzlich zum Unterricht Musikgruppen, Chöre, Instrumentalgruppen und dergleichen haben. Das heißt, dass etwa 40 Prozent der Grundschüler selbst bei optimalen Bedingungen, nämlich zwei Stunden Musikunterricht, zu kurz kom-

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, wie das besser werden kann!)

Dass gerade an den Grundschulen solche Defizite herrschen, bestätigt wieder einmal, dass wir uns gemeinsam nicht nur von der Seite der Politik, sondern auch mit den Schulen darum bemühen müssen, diese Bedingungen zu verändern. Es reicht nicht aus, und damit noch einmal zur Notwendigkeit, Musik in den Schulen durchgängig zu unterrichten und zu stärken. Schreiben, Lesen, Rechnen sollen die Schüler als Schlüsselkompetenzen erlernen. Damit sind gemeint Lernbereitschaft, Durchhaltevermögen, Problemlösefähigkeit, Denken in Zusammenhängen, Kreativität und dazu Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsfähigkeit, Flexibilität. Musizieren in der Gemeinschaft fördert diese Eigenschaften. Kinder, Schüler, die singen, müssen kooperieren. Sie müssen aufeinander hören, sie müssen aufeinander zugehen, um ein gemeinsames Produkt entwickeln zu können.

Noch einmal zur Erinnerung! In Bremen gibt es zirka 20 000 Grundschüler, 40 Prozent davon haben bisher keine Chance, das über den Musikunterricht hinaus einzuüben, das heißt, ihre Chance, ihr Selbstbewusstsein und ihre Persönlichkeitsentwicklung, ihre Kreativität, Konzentration, Intelligenz, emotionale Stabilität und motorische Fähigkeiten zu fördern. All diese Fähigkeiten werden der Musik und dem Musikunterricht in der Antwort des Senats auf die Bedeutung der Musik zugeschrieben. Hier ist doch eine ziemlich große Differenz.

Wir reden immer nur von Qualität und Schule. Mehr Musik würde die Qualität entscheidend verbessern, auch ohne Ganztagsangebote. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, in den vorhandenen Schulen und unter den vorhandenen Bedingungen die Qualität des Musikunterrichts zu verbessern! Eine Intensivierung des Musikunterrichts durch Klassenmusizieren, durch Erlernen eines Instruments und durch Singen in der Gruppe könnte beispielsweise in machen Hauptschulklassen die angespannte Situation entschärfen und somit die sozialpädagogische Betreuung reduzieren. Das ist ja nichts Neues, wir müssen nur endlich einmal anfangen, das zu organisieren.

(Beifall bei der CDU)

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) Wie heißt es doch so schön in der Antwort auf die Frage nach der Bedeutung des Musikunterrichts, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: "Dieser kreative Prozess fördert das Selbstbewusstsein des Kindes und damit seine Persönlichkeitsentwicklung. Praktisches Musizieren fördert Kreativität, Konzentration, Intelligenz, emotionale Stabilität und motorische Fähigkeiten. Es hat einen positiven Einfluss auf das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen." Auch im Rahmenplan Musik der Sek I steht das so, und trotzdem, es gibt an einem Drittel der Sek-I-Schulen keine Musikgruppen. Papier ist geduldig, wir sollten unsere Geduld langsam aufgeben!

(Beifall bei der CDU)

Eltern und Musik! Wir wollen eine bessere Schule, wir wollen, dass Schule und Eltern besser zusammenarbeiten. Musikalische Veranstaltungen von Chören, Orchestern und Schulband geben wichtige Impulse für die Gestaltung des Schullebens. Eltern kommen in die Schule, um ihre Kinder in musikalischen Darbietungen zu hören und zu sehen. Das ist eine gute Möglichkeit für die Schule, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen.

An einigen Schulen ist diese Entwicklung durchaus erfreulich, an anderen Schulen muss daran gearbeitet werden, damit der Musikunterricht den angemessenen Stellenwert bekommt und beispielsweise nicht gegen andere Fächer ausgespielt wird, wenn es darum geht, wieder irgendwelche wichtigeren Fächer zu bevorzugen. Die Interessen der Musiklehrer, die in den Kollegien in der Regel nur eine kleine Zahl sind, müssen einfach gewahrt werden. Es geht nicht an, dass eine Gruppe von zwei oder drei Musiklehrern einfach durch die Masse der anderen überstimmt wird.

(B)

Zur Frage zehn, Musikschule, habe ich eine Frage: Die Zahlen, die in der Antwort des Senats aufgeführt werden, sagen zum einen, dass der Besuch von Schülern der Musikschule in Bremen bei drei Prozent liegt und in Bremerhaven bei 4,9 Prozent, was erstaunlich ist, und ich hätte gern geklärt, warum die Summen, die die Landesfinanzierung der Musikschule zuführt,

(Glocke)

in Bremerhaven um 50 Prozent niedriger sind als in Bremen. Was ist dafür die Ursache?

Präsident Weber: Sehr geehrte Kollegin, das ist eine Debatte nach Geschäftsordnung. Sie können nachher noch einmal das Wort ergreifen.

Abg. Frau **Jamnig-Stellmach** (CDU): Herr Präsident, ein Satz!

(Heiterkeit)

Es ist wunderbar und lobenswert, wenn sich Eltern, Bürger und Politiker bereit erklären, Musik breit zu unterstützen. Das ist allerdings nur die Kür, und wir müssen schauen, dass wir die Pflicht auch erledigen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD wurde eingeleitet mit dem Hinweis auf die große Tradition, die die Musik im Lande Bremen hat, und damit, dass wir diese Tradition nur erhalten und pflegen können, wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen auch Zugang zur Musik und eine musikalische Erziehung angedeihen lassen. Das ist richtig und wichtig, denn wir wollen den kulturellen Reichtum im Lande Bremen, an dem die Musik wesentlichen Anteil hat, fördern und bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Welche Bedeutung der Musikunterricht an den Schulen in unserem Land in diesem Zusammenhang hat, macht die Antwort des Senats deutlich. Dem vielfach passiven Verhalten der Kinder und Jugendlichen im musikalischen Bereich, dem reinen Konsum der allgegenwärtigen Unterhaltungsmusik kann durch aktives Musizieren entgegengewirkt werden. Es entwickelt sich eine musikalische Offenheit auch gegenüber anderen Musikarten, und Kinder und Jugendliche entdecken eigene schöpferische Potenziale.

Dieser Zugang zur Musik, diese musikalische Erziehung oder nennen wir es Grundbildung muss nach Auffassung der SPD-Fraktion jedem Kind an unseren Schulen zuteil werden und darf nicht auf Kinder privilegierter Herkunft beschränkt sein.

(Beifall bei der SPD)

Pisa sagt aus, dass wir im Bildungsbereich trotz erheblicher Bemühungen gerade den Kindern aus sozial benachteiligten Familien nicht ausreichend gerecht werden. Vor diesem Hintergrund sind die Erkenntnisse des Senats von besonderer Bedeutung. Der Senat stellt fest, Musik in der Schule fördert das Selbstbewusstsein des Kindes und damit seine Persönlichkeitsentwicklung. Das ist richtig. Gerade Kinder aus anderen Herkunftsländern profitieren davon, dass über Sprachbarrieren hinweg eine Kommunikation möglich ist, Empfindungen und Emotionen ausgedrückt werden können.

Musik setzt sich über diese Barrieren hinweg und erlaubt es, Stärken und Talente zu entfalten, die sonst

(A) nur wenig Beachtung finden würden. Musik hat zweifellos integrierende Wirkung und stärkt das Gemeinschaftsempfinden. Praktisches Musizieren fördert Kreativität, Konzentration, Intelligenz, emotionale Stabilität und motorische Fähigkeiten. Der positive Einfluss auf das Sozialverhalten und auf das Aufmerksamkeitsvermögen ist unbestritten und hat insgesamt positive Wirkung auf das Unterrichtsverhalten und Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler auch in allen anderen Bereichen.

Die positiven Auswirkungen durch aktives Musizieren können einen nicht unerheblichen Beitrag leisten, wenn es um die allgemeine Leistungssteigerung in unseren Schulen geht. Meine Fraktion hält diese Aspekte aus bildungspolitischer Sicht und vor dem Hintergrund von Pisa für ganz wesentlich.

(Beifall bei der SPD)

Leider war es in den vergangenen Jahren nicht immer möglich, den Schulen im Rahmen der Lehrerversorgung entsprechende Fachlehrer zuzuweisen. Jetzt auch noch nicht, ich weiß, weil hier einfach seit längerem ein Mangel besteht! Musik ist aber ein Schwerpunktfach für Neueinstellungen, und wir erwarten durch die Erhöhung der Einstellungszahlen für das Referendariat im Landesinstitut für Schule eine Verbesserung der Versorgungslage.

Hervorheben muss ich aber, dass trotz des Fachlehrermangels in den Schulen im musikalischen Bereich viel auf den Weg gebracht wurde. Wenn ich
an die Vielzahl der Schulen denke, die wir in unserem Land haben, dann kann ich verstehen, dass einem dabei das eine oder andere vielleicht entgangen ist. Ganz viel Engagement vieler Lehrkräfte, die
fachfremd Musik unterrichten, die sich aber aufgrund ihres Interesses in das Fach eingearbeitet und
weitergebildet haben, trägt dazu bei, dass der Musikunterricht in den Schulen gerade im Primar- und
Sek-I-Bereich einen festen Platz in der Stundentafel
hat.

Mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Landesinstituts für Schule wird den Lehrkräften ein vielfältiges Angebot zur Unterstützung ihrer Arbeit geboten. Durch Sonderveranstaltungen und Kooperationen mit anderen Verbänden und Veranstaltern – der Senat hat diese Frage recht umfassend beantwortet – kommen weitere attraktive Impulse zum Tragen. Es wird also einiges angeboten, um sowohl der Problematik des Fachlehrermangels zu begegnen als auch grundsätzlich eine Weiterbildung auch auf diesem Gebiet zu ermöglichen.

Was nun unter den gegebenen Umständen an den Schulen im Land Bremen geleistet wird, an welchen Schulen es Chöre, Instrumentalkreise, Bands oder Tanzgruppen gibt, hat der Senat recht eindrucksvoll dargestellt. Wir halten das Ergebnis für recht beachtlich. Die weitere Entwicklung von Musikprofilen an Schulstandorten im Primar- und Sek-I-Bereich ab dem Schuljahr 2002/2003 begrüßt die SPD-Fraktion sehr, weil auf diesem Wege auch die positiven Einflüsse des Musikunterrichts auf die allgemeinen Lernergebnisse weiter verstärkt werden.

Damit nicht genug! Am Beispiel des Schulzentrums Sebaldsbrück konnte ich auch persönlich die Erfahrung machen, wie durch eine solche Entwicklung auch die Eltern angesprochen werden. Nicht nur Interesse und Stolz vieler Eltern auf ihre Kinder, die neuerdings viel Mühe und Ehrgeiz beim Spiel der Klarinette oder Posaune entwickeln und bis dahin unentdecktes musisches Talent entfalten, auch Stolz auf ihre Schule schleicht sich ein. Eltern engagieren sich verstärkt in Schulvereinen und werben zum Beispiel finanzielle Unterstützung ein. Das, was wir so oft vermissen, dass sich Schüler und Eltern mit ihrer Schule stärker identifizieren, auch das ist ein Nebeneffekt dieser Entwicklung.

Es ist toll, wenn Schüler erleben, dass Mühe und Anstrengung sich lohnen, wenn sie das Erlernte einem breiteren Publikum präsentieren können und ihre Eltern stolz auf sie sind. Die Mutter, die mir vor ungefähr einer Woche vorschwärmte, was ihr Sohn inzwischen auf der Posaune alles kann und wo die Schüler schon überall aufgetreten sind, war stolz auf die Leistung ihres Sohnes, stolz auf ihre Schule, und inzwischen ist sie eine der aktivsten Unterstützerinnen. Das ist eine Entwicklung, die wir uns wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Für einen weiteren Schritt in die richtige Richtung halten wir ebenso die Kooperation mit Musikschulen, mit anderen Chören und Orchestern wie auch den Einsatz freier Musikerinnen und Musiker. Wir begrüßen es, dass der Senat diese Möglichkeiten unterstützt.

Eine weitere Chance, die musikalische Erziehung und Vertiefung in den Schulen auszubauen, bietet meiner Überzeugung nach der Ausbau der Ganztagsschule im Primar- und Sek-I-Bereich. Hier bietet sich eine Chance, im Bereich des Nachmittags verstärkt Angebote zu entwickeln. Es entspricht den Vorstellungen sozialdemokratischer Bildungspolitik, bei der Entwicklung zur Ganztagsschule qualitativ und pädagogisch gute Angebote an den Schulen in Kooperation mit geeigneten Partnern zu verankern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion sieht im Rahmen dieser Entwicklung ideale Möglichkeiten, allen Schülerinnen und Schülern, gleich welcher Herkunft, Chancen zu eröffnen, einen stärkeren Zugang zur Musik zu finden, Freude zu erfahren, den Lernerfolg allgemein zu steigern und andererseits den eingangs erwähnten Traditionen Rechnung zu tragen und den erforderlichen Nachwuchs auf den Weg zu bringen. Ich

(D)

(A) hoffe sehr, dass diese Entwicklung die nötige Unterstützung findet. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden Vorrednerinnen haben deutlich gemacht, dass ästhetische Bildung und insbesondere musische Bildung und Erziehung ein ganz wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder ist, und zwar schon für die ganz kleinen. Auch da gilt, dass je früher gefördert wird und Talente entdeckt werden, desto besser für die Kinder. Die Grundlagen, die da gelegt werden, kann man später nicht mehr nachholen. Deswegen teilt auch meine Fraktion den Ansatz, dass dringend etwas getan werden muss, was die ästhetische Bildung in der Grundschule und auch in den weiterführenden Schulen angeht.

Ich möchte noch einmal anmerken, dass auch der Bundesinnenminister Otto Schily darauf hingewiesen hat, dass, wenn man eine Musikschule schließt, sich die Jugendkriminalität erhöht. Also auch da ist dieser Zusammenhang, dass die Kinder es durch die Grundlagen, die man früh legt, wenn Kinder lernen, sich auszudrücken, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, ihre Intelligenz zu entfalten, natürlich umso leichter haben, einen Weg im Leben zu finden, und auch eher dagegen gefeit sind, sich gewissen Risiken zu überlassen.

(B)

Ich glaube, bei der Diagnose, das ist deutlich geworden, gibt es fraktionsübergreifend keinen Dissens. Trotzdem ist ja die Frage, was tun wir. Wir sind der Meinung, es muss mehr sein, als es bisher der Fall gewesen ist, und daran sieht man auch, das möchte ich noch einmal betonen, Politik ist ein Prozess, und auch Sie haben es in den sieben Jahren, die Sie jetzt regieren, nicht geschafft, dass alles so aussieht, wie Sie es gern hätten. Weil das ja zu anderen Gelegenheiten gern einmal anders behauptet wird, deswegen möchte ich das doch noch einmal festhalten. Es geht hier um einen Prozess der Veränderung und des Verbesserns, das heißt, dass wir mehr Planstellen für Musiklehrer brauchen. Es gibt da zarte Ansätze, die aber lange nicht ausreichend sind.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass ja meine Fraktion in den letzten Jahren wiederholt Anträge gestellt hat, die Schulen, was die Lehrerversorgung angeht, besser zu stellen. Leider, und das müssen wir wieder feststellen, haben Sie diese Anträge abgelehnt, und das drückt sich dann natürlich auch aus bei der Versorgung mit musikalisch qualifiziertem Personal in den Schulen. Darum kann man

nicht herumreden, hier muss dringend etwas passieren, was die Frage eines qualifizierten Musikunterrichts, was die Lehrerausbildung und vor allem dann die Einstellung solcher Lehrkräfte angeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der eine Weg, darüber muss man jetzt nicht mehr lange reden und lamentieren, sondern da muss gehandelt werden. Wir werden ja sehen, wie das dann bei den nächsten Haushaltsberatungen aussieht, und daran werden wir Sie von der Koalition auch messen.

Die andere Frage ist aber, zu welchen eher unkonventionellen Lösungen können wir kommen, und dass das in der Haushaltssituation, in der wir uns befinden, nötig ist, denke ich, das ist klar. Die Leitidee zu diesem Thema ist dann Geld statt Stellen, was kann man mit Geld, mit Honorarmitteln tun. Es hat jetzt ja schon einige Projekte gegeben, die auch schon erwähnt worden sind, gerade auch mit Blick darauf, dass nicht nur die Kinder aus den eher guten sozialen Gruppen hier den Anschluss wiederfinden, sondern dass man gerade ein Augenmerk auf diejenigen haben muss, die aus den so genannten bildungsfernen Schichten kommen.

Das Projekt in Sebaldsbrück, das Frau Kauertz gerade schon erwähnt hat, ist da ein wirklich gutes Beispiel, dass die Musikschule dahin geht und die Kinder richtig etwas Neues lernen, sich entfalten und Spaß bekommen an einer Auseinandersetzung mit Instrumenten, den sie vorher nicht gehabt haben, und das ist mit Sicherheit ein Vorteil für diese Kinder, aber auch, wie wir gehört haben, für die Schule als solche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt andere gute Ansätze. Ich möchte das Projekt der Kammerphilharmonie Bremen hervorheben, die wir ja vor zehn Jahren nach Bremen geholt haben, die jetzt bald ihr zehnjähriges Jubiläum feiert, die einen sehr erfolgreichen Weg in Bremen und auch weltweit genommen hat. Das ist aber ein typisches Projekt dafür, dass sie sich nicht nur in einer Elite oder gar einer internationalen Kunstelite bewegen, sondern hier vor Ort in die Schulen gehen. Dieses Projekt heißt Response. Da werden alle zwei Jahre Gruppen von Lehrern gebildet – das läuft über das Landesinstitut für Schule mit Komponisten, Lehrern und Musikern -, die dann in die Kurse gehen, entweder eine Woche lang oder über das Halbjahr, den Halbjahreskurs verteilt, mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten. Auf jeden Fall ein wertvoller Ansatz, der weitergeführt werden sollte!

Dieses Response-Projekt hatte ja auch so eine Resonanz, dass es jetzt sogar noch ein Mini-Response-Projekt gibt, das jedes Jahr an den Grundschulen durchgeführt wird, also wo Musiker der Kammer-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) philharmonie in die Grundschulen gehen und dort mit den Kindern arbeiten, deren Interesse wecken, denen Spaß machen an Musik. Dafür könnte man, und da habe ich gestern noch einmal mit dem Manager der Kammerphilharmonie gesprochen, gut mehr Honorarmittel gebrauchen, damit mehr von diesen Musikern bereit sind und sozusagen die Möglichkeit haben, in die Schulen zu gehen. Auch da fordern wir Sie auf, unkonventionell über Honorarmittel zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, dass man früh möglichst viele Kinder in den Grundschulen erreicht.

Ein anderes Modell, wie sie das in Hamburg gemacht haben, und es ging ja vor kurzem durch die Bremer Presse, ist, dass die Musikschule in Bremen versucht hat, mit ihren Honorarkräften in die Schulen zu gehen.

Natürlich ist auch die Haushaltmisere Hintergrund und dass man nicht so viele Musiklehrerinnen und -lehrer hat, wie man eigentlich bräuchte. Das scheitert nun angeblich daran, dass, wenn sie in die Schulen gehen, diese Honorarkräfte sich einklagen könnten. Das ganze Projekt ist gestoppt worden. Die Arbeit der Musikschule, die eineinhalb Jahre darüber nachgedacht hat, hier endlich zu einer Lösung zu kommen, ist erst einmal wieder auf Eis gelegt. Ich finde das sehr bedauerlich. Da muss man doch überlegen, ob man nicht einen Verein gründen kann und eine Konstruktion wählt, so dass diese Lehrer in der Musikschule bereit sind und es tatsächlich machen können, in die Schulen zu gehen, im Interesse unserer Kinder.

Es kann mir nicht einleuchten, dass es hier irgendwelche bürokratischen Hürden geben soll. Da muss man die Intelligenz im Bildungsressort, die es ja hoffentlich gibt, irgendwie nutzen, um hier zu einer unkonventionellen Lösung zu kommen, damit die Kinder Musikunterricht und hier insbesondere Instrumentalunterricht bekommen. Das soll keine Konkurrenz zu den ausgebildeten Musiklehrern sein, aber den Instrumentalunterricht, den man auf diesem Weg sicherstellen könnte, den soll man dann doch auch anbieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die andere Variante, wie sie das in Hamburg gemacht haben, sie haben in der Musikschule fest angestellte Lehrer. Das ist natürlich ein gutes Modell, bei dem man auch die Wertschätzung für den Musikunterricht durch den dortigen Senat, was da in den letzten Jahren passiert war, ablesen kann, und die haben dann den Auftrag, an den Vormittagen, an denen ja kein Unterricht in den Musikschulen ist, weil der natürlich nachmittags und in den frühen Abendstunden stattfindet, in die Schulen zu gehen und zu unterrichten.

Ein solches Modell wäre prinzipiell auch in Bremen möglich, aber dann müssen natürlich auch in

der Musikschule die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hier wäre eine enge Kooperation des Bildungs- und des Kulturressorts gefordert. Ich kann nur Herrn Dr. Böse und Herrn Lemke auffordern, sich dieses Hamburger Modell doch einmal genauer anzuschauen, um auch hier in Bremen solche Wege zu beschreiten.

Es gibt aber noch andere, und ich glaube, auf diesem Weg muss man weiter gehen, ich will sie jetzt einmal so nennen, Cross-over-Projekte, bei denen nämlich Musiker, die an anderen Stellen sind, wie zum Beispiel die Europa-Chor-Akademie an der Hochschule Bremen, besondere Kurse für interessierte Schüler anbieten, zu einzelnen Chor-Werken eine werkbezogene Fortbildung zu machen. Auch das, finde ich, ist ein gutes Projekt, bei dem verdiente Musiker, die ein gutes Renommee auch über Deutschland hinaus haben, hier vor Ort mit Schülern arbeiten, denen neue Wege ebnen und dadurch, dass sie Werke einstudieren und dann auch aufführen, natürlich selbst ein anderes Verhältnis zur Musik, zu ihrer Tradition, aber auch zu der eigenen Aufführungspraxis bekommen.

Alle diese Ansätze, Musiker von außen und deren Fachkompetenz zu nutzen, um unsere Schulen interessanter zu machen und die Angebote zu erweitern, in diese Richtung muss man weitergehen, und ich möchte es noch einmal betonen, das müssen nicht immer nur Planstellen sein, sondern können auch Honorarmittel sein, dazu muss man dann allerdings bereit sein, diese auch zu bewilligen. Es gibt also Lösungen, Menschen, die noch andere Jobs haben, aber wie zum Beispiel die Musiker in der Kammerphilharmonie immer darauf angewiesen sind, auch noch zusätzlich Geld zu verdienen, denen entgegenzukommen, deren Bereitschaft zu nutzen, indem es ein kleines Entgelt gibt, um unsere Kinder besser zu fördern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Zwei Lösungsstränge müssen wir beschreiten. In der Diagnose sind wir uns einig. Die Fachkräfte müssen gut ausgebildet und dann auch eingestellt werden. Auch da darf man nicht zulassen, dass sie von Niedersachsen abgeworben werden, nur weil Bremen nicht schnell genug ist, diese Fachkräfte auch zu halten. Der andere Punkt ist, phantasievoll zu sein, und da sind auch die Anfänge in der Handelskammer in diesem Kreis zwischen Kultur und Wirtschaft. Diese Schuloffensive, dass sie sich da engagieren und man da auch immer in der Lage ist, zumindest geringe Sponsorenmittel abzuwerben, ist der richtige Weg, also Geld statt Stellen, Cross-over-Projekte im Interesse unserer Kinder! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(A) Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehren Damen und Herren! Ich habe die Debatte als Teil der Pisa-Debatte verstanden, denn ohne Frage ist dieser Bereich auch unter der Oberüberschrift Pisa zu sehen. Die Diagnose ist von allen drei Rednerinnen absolut in unserem Sinn erfolgt. Es gibt keine Unterschiede bei dem, was wir gemeinsam wollen.

Allerdings, Frau Jamnig-Stellmach, wenn Sie sagen, wir müssen endlich anfangen, das umzusetzen, dann kann ich das nicht nachvollziehen, denn wenn Sie sich sehr intensiv speziell in diesem Bereich mit diesen Dingen befasst hätten, hätten Sie feststellen müssen, auch in Rücksprache mit den Musiklehrerinnen und -lehrern im Land, mit denen ich seit zweieinhalb Jahren in einem ganz engen Dialog stehe, dass wir in der Tat viele von den Dingen, die Sie fordern, bereits angeschoben haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir können natürlich nicht aus dem Stand alles komplett umkehren, sondern wir müssen das schrittweise machen.

Ich möchte Ihnen das kurz belegen. Wir haben gesagt, in Musik haben wir einen heftigen Mangel. Wir haben deshalb die Ausbildung im Referendariat am LIS für den Bereich Musik verstärkt. Das können Sie, wenn Sie die Deputationsvorlagen lesen, richtig nachempfinden, dass wir dort deutlich überproportional das Fach Musik gestärkt haben. Bei allen Einstellungen in den letzten Jahren, das können Sie auch nachlesen, das haben wir nachgewiesen, haben wir überproportional junge Kolleginnen und Kollegen eingestellt, und das können Sie in den Schulen sehen.

(B)

Gehen Sie bitte nach Findorff, gehen Sie in die Gesamtschule Ost, gehen Sie in die Grundschulen, Auf den Heuen, gehen Sie nach Burgdamm, gehen Sie nach Habenhausen, und gehen Sie nach Sebaldsbrück, schauen Sie in die Schulen, in denen neue junge Kolleginnen und Kollegen sind! Da blüht mit einem Mal die Musik auf, und genauso, wie die drei Rednerinnen das hier vorgetragen haben, ist das in Gang gesetzt. Bitte sagen Sie nicht den Schulen, dass wir damit anfangen sollen! Das wäre eine Kränkung nicht nur für den Senator, sondern auch für die Kolleginnen und Kollegen, die dort seit zwei, drei Jahren sehr gute Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang muss ich natürlich dem Parlament auch sagen, die Musik ist nicht der alleinige Punkt, den wir zu bearbeiten haben.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht behauptet!)

Natürlich nicht! Bei der Sachkunde, die dann in die Naturwissenschaften überleitet, haben wir erhebliche Defizite. Schauen Sie sich den Sportunterricht an und wie der Sportunterricht an unseren Schulen ist! Ich verweise auf die Debatte und die Anstrengungen der Behörde dort, andere Akzente, andere Schwerpunkte zu setzen. Sehen Sie den Einsatz der neuen Medien, was wir dort geleistet haben in den letzten Jahren! Das sind alles Teilthemen unter der Rubrik Pisa.

Dies alles müssen wir gemeinsam verstärkt angehen, nur, wenn man den Finger in die Wunde legt, muss man natürlich schauen, ist diese Wunde bereits erkannt worden, ist da bereits eine Therapie erfolgt, wenn wir von der Diagnose ausgehen, bei der wir völlig d'accord sind. Ich denke, das sollten wir eher positiv sehen. Ich habe ja eben von Frau Kauertz gehört, was ich natürlich nachdrücklich bestätigen kann, wenn Sie einen Zweifel an unserer Politik haben, Frau Jamnig-Stellmach, dann gehen Sie bitte in die neu eingerichtete Orchesterklasse in Sebaldsbrück! Die Schule hat sich auf den Weg gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen wird das Herz überlaufen, wenn Sie die kleinen Fünft- und Sechstklässler dort sehen mit ihren Posaunen und anderen Instrumenten, die bei Null anfangen. Es gibt von 31 Schülerinnen und Schülern des jetzigen sechsten Jahrgangs nur einen einzigen, der vorher in der Lage war, ein Instrument, das war ein Klavierspieler, zu spielen. Alle anderen 30 Kinder haben bei Null angefangen. Die machen jetzt Konzerte in Sebaldsbrück. Da sind wir doch auf einem richtigen Weg, und das müssen wir weiter nachdrücklich unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe übrigens mehreren Schulen das Angebot gemacht, auch im Sek-I-Bereich. Ich habe gesagt, orientiert euch an Sebaldsbrück, die haben euch vorgemacht, wie das geht, ihr bekommt jede Unterstützung. Aber das ist ein schwieriger Prozess. Das müssen die Schulen auch wollen. Das ist sehr schwer anzuordnen. Die sagen natürlich, wir haben Bedenken. In Sebaldsbrück war der Elitegedanke hinderlich. Die haben gesagt, um Gottes willen, wenn wir jetzt so eine Eliteklasse einrichten mit 31 Schülern, was passiert da, in was für einen Geruch kommen wir da möglicherweise. Aber sie haben diese Bedenken völlig über Bord geworfen, was ich natürlich sehr begrüße.

Ich habe dort mit den Klassenlehrern gesprochen, was sie mit einem Mal sehen, wie positiv sich diese Kinder entwickeln und nicht nur alle unisono eine Eins in Musik haben, das kann man voraussetzen, aber in allen anderen Fächern sind sie deutlich in ihren Leistungen besser als in den vergleichbaren

(A) Klassen. Das ist doch der Beleg Ihrer Thesen und der Ausgangspunkt Ihrer Anfrage. Aber bitte tun Sie nicht so, dass der Senator jetzt erst damit anfangen muss, wenn Sie die Große Anfrage stellen! Das, liebe Frau Jamnig-Stellmach, haben wir, und das müssten Sie auch wissen, bereits erfolgreich begonnen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu Frau Dr. Trüpel! Frau Dr. Trüpel, ich bin Ihnen deshalb sehr dankbar, weil Sie gesagt haben, wir können nicht alles nur mit Stellen machen. Wir sind völlig überfordert, wenn wir sagen, wir haben, das ist völlig richtig, einen weiteren Bedarf. Ich glaube, 24 Grundschulen sind noch ohne eine Musikfachkraft. Wir haben dort in den letzten beiden Jahren schon Erhebliches umstellen können, aber wir sind noch nicht am Ziel. Am Ziel sind wir erst, wenn wir an jeder Grundschule mindestens eine Musikfachkraft haben. Das werden wir in dieser Legislaturperiode logischerweise nicht mehr schaffen, aber wir müssen uns das für die nächsten zwei, drei Jahre unbedingt vornehmen. Deshalb bin ich aber der Meinung von Frau Dr. Trüpel, dass wir auch die vielen flexiblen Möglichkeiten stärker nutzen.

Mich hat es krank gemacht, dass von der Musikschule das Signal kam, wir können euch keine Kolleginnen und Kollegen mehr zur Verfügung stellen, weil die dann die Möglichkeit haben, sich an den Schulen einzuklagen. Mich hat es krank gemacht, aber ich habe genau Ihrer Forderung, intelligente Lösungen zu suchen, entsprochen und habe gesagt, dann müssen wir eben diese Kolleginnen und Kollegen über Schulvereine einstellen, dass sie nicht die Möglichkeit bekommen, sich bei der Bildungsbehörde einzuklagen, sondern dann müssen wir im Interesse des Unterrichts, der Musik an unseren Schulen so schlaue Wege gehen, wie das ja in vielen Bereichen bereits praktiziert wird, dass wir es hier, wie es auch in Sebaldsbrück gemacht wird mit Instrumentalunterricht, der übrigens dort nach dem normalen Unterricht stattfindet und immer in kleinen Häppchen den Kindern ein-, zweimal die Woche angeboten wird, genauso machen.

Wenn wir dieses Thema behandeln, möchte ich gerade eben auf Ihre Vorlage den Ball vollstrecken. Schauen Sie sich an, oder erinnern Sie sich bitte an das Musical, das wir sehr erfolgreich in den Grundschulen im Bremer Westen, nicht unbedingt einer bevorzugten Wohnlage, gemacht haben! Dort haben wir mehrere Grundschulen zusammengefasst und ein Musical "Konferenz der Tiere" im Pier 2 aufgeführt, mehrere Veranstaltungen, vor ausverkauftem Haus mit hoch engagierten Lehrerinnen und Lehrern, aber auch, Frau Dr. Trüpel, mit ganz vielen Honorarkräften, die mit großer Freude diese Kinder zu dem großen Musicalerfolg gebracht haben, übrigens auch mit einem unendlichen Einsatz von Eltern, die dort die Kulissen mitgemacht haben und die im Inte-

resse ihrer kleinen Kinder – Grundschüler wohlgemerkt, nicht Sek I, ich rede über Grundschüler – dieses Projekt dort vorangetrieben haben.

Ich habe den Grundschulleiterinnen und -leitern im Land Bremen gesagt, orientieren Sie sich an dieser vorzüglichen Aufführung der Kinder! Diese stabilisiert in der Tat die Kinder. Die werden sich in 20 und 30 Jahren noch an das mehrfach ausverkaufte Haus im Pier 2 erinnern. Solche Projekte kosten nicht unendlich viel Geld, und sie bringen unseren Kindern sehr viel für die Stabilität, für ihr Selbstbewusstsein, sich vor so einer großen Menschenmenge präsentieren zu können. Das sollten wir sehr flexibel weiter vorantreiben.

Insgesamt darf ich Ihnen sagen, ich bin dankbar, dass wir das so ausführlich vor der großen Pisa-Diskussion aufgegriffen haben. Ich sehe in der Zielsetzung absolut keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen allen drei Parteien, die hier etwas dazu beigetragen haben. Wir haben es begonnen, wir müssen es konsequent fortsetzen, aber, meine Damen und Herren, wir haben nicht unendlich viel Geld. Wenn wir im Geld ersticken würden, wäre es kein Problem. Dann würde ich die 20 zusätzlich benötigten Lehrkräfte in Grundschulen sofort einstellen. Dann muss mir das Haus das Geld zur Verfügung stellen, und ich werde es sofort vollziehen. Bis wir in der Lage sind, müssen wir die geforderten Wege weiter begehen, und ich bin voll an Ihrer Seite, dies in den nächsten Jahren konsequent weiter durchzuführen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1211, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis

Entwicklung eines Modells für ein integratives und international einsetzbares Bonussystem "Quality Shipping"

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1171)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

(D)

(A) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier einen Zwischenbericht des Senats, der sich mit ökonomischen Anreizsystemen beschäftigt, für den Schiffsverkehr ökologischere Wege einzuschlagen. Wir haben das häufig hier in der Bürgerschaft debattiert, aber jetzt reiht sich diese Debatte natürlich in die wichtige Diskussion über die globale Klimaveränderung ein. Angesichts der Hochwasserkatastrophen, die wir jetzt erleben müssen, ist das natürlich ein Beitrag, der sich einreiht in diese Diskussion: Wie kann man auch lokale Beiträge dazu leisten, dass wir die globale Klimakatastrophe in den Griff bekommen?

Das ist der eine Strang der Diskussion, die wir jetzt führen sollen und können, der andere Strang ist eben in der verkehrswissenschaftlichen Debatte die Diskussion darüber, inwieweit lässt man die Nutzer der Verkehrswege und der Verkehrsträger an den Kosten teilhaben, die sie auch wirklich verursachen. Da sind ja die ökologischen Kosten des Verkehrs immens. Allein 13 Milliarden Euro pro Jahr kosten die Schäden des Verkehrs in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein enormer ökonomischer Faktor, den es zu berücksichtigen gilt, wenn wir über verkehrspolitische Themen sprechen, meine Damen und Herren.

Der Weg, den Bremen vielleicht gehen soll bei den ökonomischen Anreizsystemen für einen ökologischen Schiffsverkehr, ist eine Art Lenkungsinstrument, ähnlich wie die Öko-Steuer, wie wir finden, ein hervorragendes Lenkungsinstrument für die ökologische Steuerung des Verkehrs,

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wir haben gestern kurz in Ansätzen darüber geredet, und der ökonomische Anreiz für den ökologischen Schiffsverkehr ist ein weiteres Instrument in diese Richtung, und wir finden das außerordentlich positiv, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind in dieser Debatte nicht allein. Die Europäische Union hat sich längst mit dieser Problematik beschäftigt. Es gibt das Grünbuch im Seeschiffsverkehr, was bereits ökologische Kriterien in den Vordergrund schiebt, es gibt die Debatte um den neuen Bundesverkehrswegeplan, auch hier gibt es völlig neue Kriterienkataloge für den Ausbau der neuen Verkehrswege, die die Ökologie in den Vordergrund treten lassen und als ökonomische Bewertung für die Kosten-Nutzen-Analyse verschiedener Trassen berücksichtigen. Auch das ist ein positiver Aspekt, der in diesem Zusammenhang einmal erwähnt werden muss, meine Damen und Herren.

Der Vorschlag jetzt, der durch das Bremer Institut für Umweltschutz und Seeverkehr GAUSS, das ja hier in Bremen angesiedelt ist, in die Diskussion gekommen ist, hat auch bereits Eingang gefunden in die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung, die jetzt auch zunehmend den maritimen Umweltschutz in ihre Überlegungen einbezieht und die bereits gesagt hat, der Vorschlag der GAUSS, der hier jetzt zur Debatte steht, "sei ein positiver Ansatz, um dieses Problem zu lösen". Es gibt also positive Signale aus Bremen in Richtung nationale und internationale Debatte, und das ist ja auch positiv, dass ein bremisches Institut hier seinen Beitrag leistet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die GAUSS schlägt nun vor, ein Pauschalsystem einzuführen auf die Lotsenabgabe, ich will nicht in die Details gehen, um hier Gelder bereitzustellen, damit wir das bezahlen können, was in Zukunft ja auch immer notwendiger wird, nämlich Küstenschutz, Sicherheit im Seeverkehr und die Ausbildung qualifizierten Personals zur Kontrolle dieser ganzen Geschichten. Das wird ja immer wichtiger, wenn man sich die ganzen Katastrophen einmal anschaut, und natürlich muss das auch bezahlt werden, meine Damen und Herren. Das bezahlt sich natürlich nicht von allein, zumal, wenn man sich das Pallas-Unglück einmal anschaut, die Notschleppkapazitäten ja auch immer wichtiger werden in der Nordsee, und die kosten immenses Geld. Dieses Geld kann man dadurch refinanzieren, indem man Pauschalbeträge von den Reedereien erhebt, die die Schiffswege nutzen und damit auch ökologisch belasten.

Wir sind nicht der Erfinder von neuen Rädern, sondern solche Abgaben gibt es bereits in der ganzen Welt, über 40 Häfen praktizieren bereits Systeme, in denen es ökonomische Vorteile für diejenigen gibt, die sich ökologisch vorbildlich verhalten. Hamburg, was uns ja sehr nahe liegt, ist uns da auch einen Schritt vorangegangen und hat ein Bonus-Malus-System eingeführt für diejenigen, die ihre Schiffe so ausrüsten, dass sie ökologischen Standards entsprechen. Rotterdam macht das, die norwegischen Häfen haben das und auch die schwedischen Häfen, die uns ohnehin in der Umweltschutzbewegung etwas voraus sind, meine Damen und Herren.

Diese ganzen Systeme sind nun bewertet worden aufgrund eines Gutachtens der GAUSS, und dort ist geprüft worden, ob das auf Bremen anwendbar ist und welche Vorteile wir daraus ziehen können. Die GAUSS schlägt uns vor, auch auf Grundlage einer Expertenkommission, die sich mit dieser Frage intensiv beschäftigt hat, dass der Weg, den die anderen Häfen gehen, für Bremen so nicht gangbar sei, weil es eben bessere Wege gibt, und zwar ein Pauschalsystem auf die Lotsenabgaben, weil sie sagen, das hat verschiedene Vorteile, das ist realitätsnäher, das findet eine höhere Akzeptanz bei den Reedern,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) also bei denjenigen, die das auch bezahlen müssen, und das ist wettbewerbsneutral, belastet also nicht unbedingt die Häfen, die so etwas einführen, sozusagen mit dem Argument, weil wir hier höhere Gebühren zahlen müssen, laufen wir dann eventuell die bremischen Häfen nicht mehr an. All diese Vor- und Nachteile sind abgewogen worden, und dann ist jetzt herausgekommen, dass Bremen seinen eigenen Weg gehen soll oder kann, indem es Pauschalbeträge erhebt

Ich kann das im Einzelnen nicht beurteilen, aber ich glaube wohl, dass sich die Experten ausreichende Gedanken darüber gemacht haben, dass wohl das auch ein richtiger Weg sein kann, meine Damen und Herren. Hauptsache ist, das sagen wir ja immer, Bremen beteiligt sich an der Realisierung der ökologischen Standards, die wir vorantreiben wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was wir so ein bisschen noch kritisieren und debattieren sollten, ist, dass ja eigentlich keine Entscheidung getroffen worden ist, das jetzt einzuführen, sondern es liegt nur ein Zwischenbericht vor, den wir jetzt zur Kenntnis nehmen sollen. Es ist keine Entscheidung getroffen, das für Bremen einzuführen, sondern es ist der Hinweis gegeben worden, man sollte es möglichst weltweit einführen, damit es keine Wettbewerbsnachteile gibt und alle Häfen in der Welt die gleichen Pauschalbeträge erheben.

Nun kann man natürlich darüber spekulieren, wie lange das noch dauern kann, bis wir weltweit ein einheitliches System eingeführt haben. Ich glaube nicht, dass wir das in den nächsten Legislaturperioden noch erleben, und das wäre natürlich schade. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, das bereits auf europäischer Ebene voranzutreiben, und noch besser wäre es, Bremen würde endlich auch lokal handeln und hier eine Vorreiterposition einnehmen. Wir sind da, wie gesagt, nicht allein. Andere Häfen haben das bereits gemacht, und mir leuchtet eigentlich nicht so richtig ein, warum Bremen diesen ökologischen Pfad nicht beschreiten sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Hinweis sei mir noch erlaubt! Auch das ist in dem Zwischenbericht angesprochen, Bremen macht eine ganz gute Entwicklung in dem Bereich, das ist eigentlich noch relativ neu in der Debatte, dass wir jetzt den Blauen Engel entdeckt haben für den Seeverkehr. Im Konsumbereich kennen wir den Blauen Engel seit langem, aber nun führen wir dieses Zertifikat Blauer Engel auch ein auf die ökologischen Standards des Betriebs von Seeschiffen. Da ist eine Bremerhavener Reederei an allererster Stelle, das finden wir sehr gut, weil nämlich die Polarstern, betrieben vom AWI und von der Reederei Leiss, das darf man hier ja auch einmal vorbildlich erwähnen, ganz

kurz davor steht, diesen Blauen Engel als Erster in der Bundesrepublik verliehen zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir auch sonst nicht so viel von Engeln halten, den Blauen Engel finden wir gut, zumindest wenn er aus Bremen kommt und die guten Gaben verspricht, meine Damen und Herren. Das kann nur gut sein. Diese Schiffe, die den Blauen Engel bekommen, würden, wenn sie jetzt norwegische Häfen oder Rotterdam oder Hamburg anlaufen würden, in diesen Häfen bereits Rabatte und Bonusse bekommen und würden damit ökonomisch ausgezeichnet werden, dass sie sich so angestrengt haben, einen guten ökologischen Weg zu gehen. Würde die Polarstern jetzt Bremen und Bremerhaven anlaufen, bekäme sie die Rabatte im Moment noch nicht, und das finde ich doch sehr schade. Vielleicht können wir uns schnell dahingehend einigen, dass das doch auch ein Wettbewerbsnachteil ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Debattenbeitrag von Herrn Schramm hat mich ein wenig verwundert, nicht vom Inhalt her, sondern weil man, wenn man sich die Vorlage, diese Drucksache durchliest, eigentlich zu dem Ergebnis kommen müsste, Bremen ist auf einem guten Weg, es geht weiter, der Wirtschafts- und Hafensenator arbeitet an diesem Thema, und es wird dann hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit eine Vereinbarung geben, die dann genau darin mündet, wo wir uns ja alle einig sind im Ziel, nämlich den Schiffsverkehr, der ja ökologisch schon sehr hochwertig ist, in seinen Auswirkungen noch mehr zu verbessern, damit, wenn Schiffskatastrophen kommen, die ja leider nicht immer zu vermeiden sind, sie in ihren Auswirkungen nicht so massiv sind, dass Emissionen verringert werden und dergleichen.

Was Sie aber, Herr Schramm, hier heute gesagt haben, hat nichts etwa mit der Vorlage, mit der Drucksache zu tun, sondern geht an der eigentlichen Zielsetzung völlig vorbei. Wofür Sie hier heute geredet haben, war eine Ökosteuer für Schiffe, Herr Schramm. Darum geht es aber nicht. Es geht darum, dass Reedern, Eignern von Schiffen Anreize geboten werden sollen, in umweltfreundliche Schiffstechnologien zu investieren. Wenn sie das so tun, wie es zu 100 Prozent optimal gemacht werden kann, dann nimmt der Staat, dann nimmt der jeweilige Hafenstandort keinen Pfennig ein, weil er nämlich dann

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) durch das Bonussystem mit keinen Abgaben belegt wird, und diejenigen, die die Vorschriften nicht einhalten, mit einem Höchstbetrag belegt werden.

Damit lassen sich, so wie Sie das hier eben gefordert haben, weder Küstenschutz noch sonstige Investitionen im Umweltschutz finanzieren, sondern es geht darum, hier an der Stelle auch auf Seiten der Eigner etwas zu bewegen, damit nämlich auf einer breiteren Ebene hier etwas erreicht wird. Das ist genau der Punkt, worauf wir auch schon in den verschiedenen Debatten im Landeshafenausschuss oder hier in der Bürgerschaft immer hingewiesen haben. Wir müssen, wenn wir mit dieser Thematik wirklich weiterkommen und uns nicht immer nur Etiketten an die Haustür oder an die Hafeneinfahrt hängen wollen, erreichen, dass möglichst viele mitziehen.

Das, was Sie gesagt haben, ist ja nicht ganz verkehrt, es gibt verschiedene Hafenstandorte in Europa, die sich ihr eigenes System ausgedacht haben, damit jeder Hafensenator oder Minister oder wer auch immer sagen kann, wir tun etwas für den Umweltschutz. Aber ob wirklich etwas erreicht worden ist, meine Damen und Herren, das lässt sich doch hier mit einem sehr großen Fragezeichen versehen.

Ich denke, und so steht es hierin auch, Sie haben das Gegenteil davon behauptet, dass jetzt versucht wird, mit den Hafenstandorten an der Nordrange zu einer Einigkeit zu kommen, was dieses Bonussystem angeht, und dann möglichst EU-weit umzusetzen, dass also auch die Mittelmeerhäfen an der Stelle mitziehen, und dann in einem nächsten Schritt zu einer internationalen Vereinbarung auf IMO-Ebene zu kommen. Genau das ist der richtige Weg, step by step, möglichst viele Leute dort davon zu überzeugen, damit mit dem Umweltschutz kein Wettbewerb zwischen den Hafenstandorten gemacht wird.

(B)

Das ist ja auch ein ganz wichtiger Punkt, der in dieser Studie angesprochen wird. Man muss die Akzeptanz auf beiden Seiten finden. Es muss praktikabel sein, und es muss gerecht sein. Deswegen ist man ja von Ihrem ursprünglichen Ansatz, den ja das ISL und GAUSS verworfen haben, zu einem reinen Bonussystem gekommen als zusätzliche Abgabe auf die Lotsabgabe. Wir hoffen, dass es dann weiterhin auch noch die Lotsabgabe gibt und dass sie nicht irgendwann auch noch verworfen wird, das setzt das natürlich voraus, und dass wir dann hier auch hinsichtlich der Belastung, der Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den einzelnen Schiffstypen hier zu Ergebnissen kommen.

Ein weiterer Punkt, Herr Schramm, den Sie völlig außen vor gelassen haben, ist der Hinweis darauf, und darin waren wir in der letzten Debatte im Jahr 2000 in der Bürgerschaft auch weitestgehend einig, dass das von Ihnen geforderte Bonus- oder Bonus-Malus-System für Bremen allein wenig praktikabel ist, weil die Schiffstypen, auf die Sie das anwenden wollen, sehr gering sind. Wir haben hier keine großen Tanker, wir haben wenig Gefahrguttransportschiffe, so dass der Aufwand, den Sie betreiben wollen, um, wie gesagt, Ihr Etikett dann an die Hafeneinfahrt zu hängen, in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis steht.

Ich glaube, dass, wenn Sie sich ein bisschen mehr Mühe gemacht hätten an der Stelle, sich mit dieser Thematik und mit dieser Vorlage, die zugegeben länger war als eine Seite, auseinander zu setzen, wir hier, so war zumindest meine Erwartung, im Ergebnis, in der Analyse und auch in der Zielsetzung dann doch zu einer einheitlichen Position kommen.

Ich will es noch einmal deutlich machen für die CDU-Fraktion: Wir begrüßen es ausdrücklich, dass hier nicht nur die GAUSS, Herr Schramm, wie Sie das behauptet haben, sondern zwischen ISL, GAUSS und Senator für Wirtschaft und Häfen in Zusammenarbeit dieser drei Institutionen nicht nur am Standort Bremen, sondern auch mit dem Standort Hamburg versucht wird, etwas Gemeinschaftliches hinzubekommen.

Ich denke, dass der Senator für Wirtschaft und Häfen da auf dem richtigen Weg ist, dass damit die Zielsetzung, nämlich mehr Umweltsicherheit, mehr Umweltschutz, weniger Emissionen von Schiffen erreicht werden und dass wir dann vielleicht in zwei, drei Jahren – so etwas muss sich entwickeln, das zeigen die verschiedenen Abstimmungsprozesse, die es ja nicht nur bei diesem Thema auf internationaler Ebene gibt, sondern ja auch bei anderen Themen der Schiffssicherheit und der Standards, TBT ist das beste Beispiel, dass das sehr kompliziert und umfangreich ist – wirklich zu Vereinbarungen kommen. So und nicht anders ist hier der Zwischenbericht zu verstehen.

Daher denke ich, dass Ihre Forderung, die Sie gerade in den Raum gestellt haben, nämlich jetzt etwas für Bremen zu machen, reine Show ist und uns im Sinne des Umweltschutzes keinen Schritt weiterbringt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eigentlich kann man zu dem Thema feststellen, es ist im Fluss. Wir wissen heute nicht, was letzten Endes herauskommen wird, genauso wie wir es in der letzten Debatte, in der vorletzten und in der vorvorletzten Debatte nicht gewusst haben. Alle Debatten, die zu diesem Thema geführt werden, haben ein bisschen von einem wissenschaftlichen Oberseminar.

Wir beschäftigen uns regelmäßig mit verschiedenen Modellen, Bonus-Malus-Modell, jetzt ein Bonus-

(A) modell. Vielleicht kommt man irgendwann einmal wieder zu dem Bonus-Malus-Modell zurück, wie auch immer. Trotzdem bin ich dem Senat aber dankbar, dass er diesen Zwischenbericht vorgelegt hat, wobei man schon die Frage stellen muss, welchen großen Sinn es macht, in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), die eigentlich Entscheidungen fällen soll, Zwischenberichte zu debattieren und dabei eben dann auch wiederum nicht zu wissen, wohin es eigentlich perspektivisch geht.

Wir sind alle einig darin, dass Küstenschutz und Verkehrssicherheit gewährleistet werden müssen, aber, und das hat mich schon gestern ein bisschen in der Debatte genervt, das hat mich auch eigentlich gerade eben genervt, nun das Hochwasser, das die Elbe führt, in jeder umweltpolitischen Frage oder in jeder Frage, die mit Wasser zu tun hat, anzuführen, um in die eine oder andere Richtung Stimmung machen zu können, halte ich angesichts der Tatsache, dass das schon verheerend genug ist, nicht für angemessen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben gesagt, Herr Schramm, lokale Beiträge leisten! Das steht im krassen Gegensatz zu dem, was der Bericht feststellt und was die Experten, auch nach der Anhörung, festgestellt haben, nämlich dass es keinesfalls zu nationalen Alleingängen kommen darf, weil nämlich gerade verhindert werden soll, dass es zwischen den Hafenstandorten zu einem Wettlauf darum kommt: Wer hat Umweltstandards? Wer bewertet die Umweltstandards entsprechend? Wer erhebt welche Kosten oder erteilt welche Bonussysteme für diese Umweltstandards? Dass man dann dementsprechend dazu kommt, wie der Kollege Kastendiek richtig gesagt hat, mit Umweltschutz werde möglicherweise Wettbewerb geführt, und dass dann auch ein negativer Wettbewerb für einzelne Häfen entstehen kann, halten wir deswegen nicht für sinnvoll.

Wir sind der Auffassung, was auch hier vorgeschlagen wird, direkt am Schiff anzusetzen und über die Einbeziehung der Lotsabgaben, wie es bereits in einigen Ländern üblich ist, die Nutzung der Infrastruktur entsprechend zu refinanzieren und diesem Modell auch den Vorrang zu geben. Natürlich ist es sinnvoll, und das ist gerade bei Umweltstandards der Hauptpunkt, das auf internationaler Ebene abzustimmen und entsprechend alle in das Boot zu bekommen, um diese Maßnahmen voranzutreiben.

Ich sehe da den Senat auch auf dem richtigen Weg und bin der Auffassung, dass wir da gut vorankommen können. Nur stelle ich mir zum Abschluss noch einmal die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, hier alle eineinhalb bis zwei Jahre Zwischenberichte zu debattieren, oder ob man nicht irgendwann, wenn man wirklich vorangekommen ist und wenn man wirklich zu einer Einigung auf europäischer Ebene gekommen ist, es dann einer Bewertung unterzieht und sagt, wir sind auf dem richtigen Weg, wir haben etwas voran gebracht, und sich hier nicht mit Dingen beschäftigt, die möglicherweise kommen oder auch nicht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Zielsetzung sind wir uns einig: umweltfreundliche Technik an und auf Schiffen! Wir sind auch einig, dass der Mensch nun einmal so geschaffen ist, dass wirtschaftliche Anreize das Denken und auch das Tun beschleunigen. Wir sind uns wahrscheinlich auch einig, dass Engel in einer säkularisierten Gesellschaft, in welcher Farbe auch immer, nicht dieses oder jenes ersetzen, sondern allenfalls einen additiven Zweck erfüllen können, und wir stimmen ebenfalls überein, dass wir in Bremen mit unserer Studie einen Anstoß gegeben haben, der allseits Beifall findet. Nun müssen wir darauf achten, dass dieser Beifall sich in konkretes Tun umsetzt. Wir haben mit der EU-Kommission schon ein Gespräch geführt, weitere werden folgen. Die Fachleute sind bei uns, wenn ich das so ausdrücken darf.

Es bleibt dabei, Herr Schramm, wir müssen darauf achten, dass wir nicht isolierte Standpunkte vertreten. Wir sind nicht der Nabel der Welt, das würden wir relativ schnell merken, wenn wir so etwas in Bremen allein tun würden. Das heißt, wir müssen zumindest innerhalb der EU eine einverständliche Regelung herbeiführen. Lassen Sie es mich so sagen: Ich bleibe im Bild, wir sind die Vorreiter, ich hoffe, wir reiten so elegant, dass die anderen hinterherreiten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1171, Kenntnis.

Regionalisierte Gewerbeflächenübersicht

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1176)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig. Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

(D)

(A) Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir gemeinsam, die beiden Koalitionspartner SPD und CDU, diesen Antrag auf den Weg gebracht haben. Wir sind uns weitgehend einig, auch bezüglich der strategischen Ausrichtungen der Gewerbeflächenpolitik, was den Aspekt angeht, Existenz von strategischen Gewerbeflächen auszuweisen, beispielsweise den Technologiepark, das Flughafengewerbegebiet, den Science-Park, oder weitere Gewerbeflächen in Bremen zu positionieren und als Produkte zu vermarkten. Aber auch Entwicklungen auf kleineren Flächen schaffen Arbeitsplätze.

Seitens der öffentlichen Hand sollte eine Darstellung aller zur Verfügung stehenden Flächen mit sämtlichen für die Ansiedlung relevanten Informationen als Übersicht vorliegen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die zentral gehaltenen Informationen, die dann einmal entwickelt wurden und entsprechend sicherlich arbeitsintensiv, aber dann, was den zukünftigen Prozess angeht, erleichternd vorliegen, können dann in Gänze oder entsprechend bestimmter personengruppenbezogener Rechte beziehungsweise datenschutzrechtlicher Bestimmungen in Teilen all denen zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen des Prozesses um Standortentscheidungen dezentral kommunizieren.

(B)

Die Stärkung der dezentralen Einheiten durch Informationslieferung zum Wohle unserer Wirtschaft, zum Wohle eines prosperierenden Standortes sollten wir als Bringschuld und nicht als Holschuld der vor Ort Agierenden definieren, auch dahingehend sind wir uns einig. Insbesondere bei der Ansiedlung, Umsiedlung und bei der Erweiterungsinvestition kleinerer Unternehmen spielt vielfach der persönliche Kontakt zu befreundeten Unternehmen, Kontakt zu Zulieferern oder Kunden eine nicht unerhebliche Rolle. Regionale Vertreter vor Ort wie Ortsämter oder Beiräte werden ebenfalls als Anlaufstelle von ansiedlungswilligen Unternehmen genutzt. Es ist nun einmal so, dass in vielen Fällen nicht die Wirtschaftsförderung direkt angesprochen wird, und damit werden wir uns abfinden müssen, auch wenn wir wollen, dass natürlich, wie wir es hier fordern, letztendlich die Frequenz in Richtung Wirtschaftsförderung gelenkt wird.

Der erste Schritt ist aber oftmals nicht der Schritt in Richtung Wirtschaftsförderung, und der unmittelbare Verweis auf die Wirtschaftsförderung kann in solchen Fällen als Desinteresse oder mangelndes Interesse interpretiert werden derer, die da gefragt werden, obwohl eigentlich Nichtkenntnis vorliegt. Aber auch Wirtschaftsverbände und andere überregional organisierte Vereinigungen verfügen über ausgeprägte Beziehungsgeflechte, die, mit entsprechenden Werkzeugen ausgerüstet, einen sinnvollen

Dienst zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft leisten könnten. Der Ratschlag einer vertrauten Person wird vielfach höher bewertet als die Beratung durch einen Vertriebsbeauftragten. Das ist so! Zu vergessen sind auch nicht die Gewerbeflächen- und Immobilienmakler, die im Rahmen der Ansiedlung von Unternehmen keine unbedeutende Rolle spielen. Wir sind der Meinung, alle diese Potentiale müssen genutzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Bereitschaft der hier genannten Gruppen ist in unterschiedlicher Weise vorhanden. Beispielhaft sei hier der Ausschnitt aus einem Schreiben von einem Ortsamtsleiter an mich aufgezeigt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

"Mit der Verfügbarkeit eines solchen angestrebten Gewerbeflächenplans würden wir über Arbeitsmaterial verfügen, mit dem wir gegenüber solchen Anfragen kompetenter agieren und auch eine größere Zahl von Nachfragen erzeugen könnten. Dabei ist es selbstverständlich, dass wir nicht die professionellen Einrichtungen wie die WfG und andere ersetzen, sondern eher als vorgeschobene Außenposten für die Entstehung erster Kontakte zu diesen Einrichtungen Sorge tragen könnten."

(Beifall bei der SPD)

Es soll hier also nicht der Sinn der institutionellen Wirtschaftsförderung auf der einen Seite oder die Richtigkeit der Entwicklung marktfähiger Gewerbegebietsprodukte auf der anderen Seite in Frage gestellt werden, sondern es sollen zusätzliche Unterstützungspotentiale erschlossen und die Zusammenarbeit der am Prozess und vor Ort agierenden Beteiligten soll optimiert werden. Es kann nicht schaden, wenn Kontaktpersonen vor Ort beziehungsweise Personen des direkten Vertrauens ansiedlungsbereiter Unternehmen über bestimmte Informationen verfügen beziehungsweise entsprechende Informationen bis zu einem gewissen Grad - das betone ich! - den Interessenten auf direktem Wege, zum Beispiel über das Internet, zugänglich gemacht werden können.

Ich betone, bis zu einem gewissen Grad, da es natürlich nicht angehen kann, dass im Internet Preisinformationen, die dann auch einer gewissen Verhandlungstaktik von beiden Seiten unterliegen, geboten werden, aber dennoch – ich erlaube mir, mich gleich noch einmal zu Wort zu melden und es in einem zweiten Redebeitrag detaillierter aufzuzeigen! – Informationen, die eben dieses Gewerbegebiet angehen, sehr wohl weitreichend bereits zur Verfügung gestellt werden können.

Im Rahmen der Abstimmung dieses Antrags wurde mir vom Koalitionspartner das Projekt Deafin, ein Projekt des Wirtschaftssenators, vor Augen geführt.

(A) Ich danke dem Kollegen Focke für den Hinweis auf Deafin. Bei der Recherche zu diesem Projekt habe ich sehr interessante Informationen sammeln können. Ich würde davon ganz gern ein bis zwei Absätze hier dokumentieren.

> Deafin ist ein Projekt, das 1997 vom Wirtschaftssenator beantragt wurde, das jetzt 1998 begonnen wurde und im September 2002, also im nächsten Monat, enden wird. Das ist ein europäisches Gemeinschaftsprojekt zwischen den Regionen Västernorrland in Schweden, Mailand in Italien und Bremen. Im Rahmen dieses Projekts wurden unter anderem Stärken-/Schwächenanalysen für die Regionen, ein Benchmarking durch das hier in Bremen ansässige Biba, ausführliche Ökoaudits sowie Strategiereporte erarbeitet. Ausdrückliches Ziel von Deafin ist die Steigerung der Transparenz der Wirtschaftsregionen für potentielle Investoren und - man höre und staune! - für lokale Akteure. Die Notwendigkeit eines derartigen Informationssystems wurde vom Wirtschaftssenator also schon 1997 erkannt.

(Beifall bei der SPD)

Mit einem System basierend auf Deafin kann dezentralen Einheiten entsprechend unterschiedlicher Berechtigungsstufen, ich erwähnte das anfangs, eine Vielzahl standortbezogener Informationen zur Verfügung gestellt werden, etwa Umfeldanalysen, Belastungseinstufungen, Infrastrukturdaten zu Verkehr, Bildung und Wissenschaft beziehungsweise zur branchenspezifischen Personalsituation oder auch Suprastrukturinformationen. All das ist sehr aufwendig zu erheben, aber wenn es einmal zur Verfügung steht, sofort darstellbar.

Wie schwierig es ist, an valide Informationen zu kommen, musste ich selbst im Rahmen der Entwicklung eines Wohnbebauungsprojekts auf Ortsteilebene erfahren. Da gab es nämlich zu ein und derselben Fläche mehr als drei offizielle Kontaminierungsinformationen. Das bringt Unruhe und verlängert Prozesse.

Ein Standort, der über ein System verfügt, das derartige Probleme lösen kann und dies entsprechend breit angelegt nutzt, verfügt über einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Standorten. Der Senator für Wirtschaft hat in das mit insgesamt 2,25 Millionen Euro budgetierte Projekt Deafin bis heute bereits 305 000 Euro Eigenmittel gesteckt, von der EU-Kommission flossen 1,35 Millionen Euro. Ich kann mir vorstellen, dass sie sicherlich daran interessiert ist, dass Deafin in Bremen auch umgesetzt wird, zumindest aber darüber nachgedacht wird, wie man die Ergebnisse entsprechend verwerten kann.

Ich hatte bereits angekündigt, dass ich gleich noch in eine zweite Runde gehen werde, und würde dann auch Ihnen noch einmal ganz gern darstellen und mich damit beschäftigen, wie eigentlich ein Unternehmen die Standortentscheidung trifft und was in Reflektion darauf ein Standort hinsichtlich einer optimalen Bedienung eines Unternehmens zu tun hat. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme mit unserem Koalitionspartner hundertprozentig überein.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine tolle Botschaft, wenn wir gestern einmal sehen, aber man sieht eben, es geht auch anders, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Käse [SPD]: Herr Neumann hat angerufen!)

Herr Neumann hat nicht angerufen! Das liegt daran, meine Damen und Herren, dass wir hier in der Wirtschaftspolitik auch sehr viele deckungsgleiche Interessen haben, insbesondere was die Vermarktung unserer Gewerbeflächen angeht.

Wir haben gestern über den integrierten Flächenplan gesprochen oder das Flächenprogramm und die Ausweisung von Gewerbeflächen. Wir müssen aber auch ein ganz besonderes Augenmerk darauf legen, dass diese Gewerbeflächen bestens vermarktet werden. Da geht es nicht nur immer darum, dass man zehn oder 20 Hektar große Flächen an große Firmen vermarkten kann, das wäre schön, aber das geht eben insbesondere anders, weil viele Betriebe nicht so große Flächen benötigen, sondern teilweise auch Nischen in Gebieten, wo eben gar keine großen Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Davon haben wir eine ganze Menge, kleinere Gewerbeflächen in einzelnen Ortsteilen, die so genau bisher gar nicht aufgelistet sind. Jedenfalls sind sie nicht so bekannt, dass man sie über das Ortsamt vielleicht an den Mann bringen kann, ganz zu schweigen davon, dass es ja auch viele Makler gibt, die hat Herr Kottisch schon angesprochen, die auch öfter einmal angesprochen werden.

Das soll überhaupt nicht die Arbeit der BIG und der WfG schmälern, die natürlich bei den Ansiedlungen eingeschaltet werden müssen, aber es muss auch möglich sein, eine aktuelle Übersicht über das zu haben, was wir im Lande Bremen anzubieten haben, und dazu gehören auch kleinflächige Gewerbegebiete. Da müssen wir alle Instrumente, die wir

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) zur Verfügung haben, benutzen, damit wir die bestmögliche Vermarktung bekommen.

Dazu gehört auch das Internet, das immer wichtiger wird. Nun wird gesagt, wir haben ja auch andere Projekte, Regis online oder auch ein Internetprogramm, das die BIG gestartet hat, wo sie auch schon einige Gewerbegebiete eingestellt hat, aber das reicht meines Erachtens in der heutigen Zeit nicht aus. Mit Internet kann man mittlerweile viel mehr machen, und man kann das auch viel besser bestükken, andere machen das ja auch. In vielen großen Firmen werden viele Geschäfte nur noch über das Internet abgewickelt, Angebote bei großen Baufirmen werden über das Internet bearbeitet, und sogar Zuschläge werden erteilt. Da gibt es viel mehr Möglichkeiten, die haben wir bisher nicht richtig ausgenutzt, und die müssen wir ausnutzen.

Ich will jetzt gar nicht noch weiter in die Einzelheiten gehen, Herr Kottisch hat so viel davon erzählt. Wir haben hierbei ganz klare Punkte genannt in diesem Antrag. Ich glaube auch, dass es nicht besonders schwer sein wird für das Wirtschaftsressort, in Zusammenarbeit mit der BIG und der WfG, diese Dinge zu erfüllen.

Es hilft beiden, dem Wirtschaftsressort, uns, aber auch der WfG und der BIG, wenn es eine so umfassende, ausführliche und zur Vermarktung bereitstehende Gewerbeflächenübersicht gibt. Der Flächennutzungsplan, der auch angeführt wird, gibt nicht immer die Aktualität wieder, weil es sehr viel Änderungen der Flächennutzungspläne gibt, ich glaube, wir haben die sechzigste oder siebzigste Änderung des letzten Flächennutzungsplans. Das kann nicht immer auf dem aktuellsten Stand sein. Wir wissen aber und die BIG weiß, wo die Gewerbeflächen und wo freie und wo auch kleinere Flächen sind, und wenn die zusammengefasst und einmal jährlich aktualisiert werden, dann, glaube ich, ist das nicht zuviel verlangt. Deswegen hoffe ich, dass wir hier diesen Antrag auch einstimmig verabschieden werden. -Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da wir uns in einer Landtagsdebatte befinden, will ich mich nicht zu sehr auf Details einlassen. Ich finde, durch die Antragsteller ist deutlich geworden, worum es geht.

Wir führen hier heute keine Debatte darüber, welche Hektarzahl von Gewerbeflächen ausgewiesen werden soll oder wie das Verhältnis von Innenver-

dichtung, Brachenrecycling oder auf die grüne Wiese zu gehen, das will ich doch einmal hervorheben, ist. Es ist deutlich geworden, dass wir nach wie vor eine andere Grundsatzposition als Sie haben und alles daran setzen, vor allem mit der Innenverdichtung und dem Brachenrecycling zusätzliche Gewerbeflächen und damit Flächen für neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Aber darum geht es hier heute nicht, sondern heute geht es darum, das Bremer Serviceangebot zu verbessern.

Ich möchte noch einmal hervorheben, wenn man sich die Nutzungszahlen des Internet anschaut, sind es nach wie vor insbesondere junge Leute und damit natürlich auch junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die das Internet nutzen. Deswegen finde ich es auch richtig, wenn Bremen seinen Internetauftritt, was Gewerbeflächen und gerade, was Gewerbeflächen in Nischen betrifft, wie es gerade von Herrn Focke hervorgehoben worden ist, angeht, ausbaut. Ich sage, sowohl was die Servicegründe angeht, aber auch was die Gewerbeflächennutzung in Nischen angeht, und das heißt ja auch immer ein Stück, die Stadt neu lebendig zu machen und eine neue Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten herzustellen, wenn Nischen im Bestand genutzt werden. Von daher haben wir kein Problem damit, dass das auch dementsprechend gut vermarktet wird.

Diese Internetnutzung soll die Information verbessern, sie soll aktuell sein, so dass jeder, der sich interessiert, eine zusätzliche Informationsmöglichkeit jenseits der Beratungsangebote der BIG, der WfG und des Wirtschaftsressorts nutzen kann. Das erhöht ja auch das selbständige Recherchieren im Netz, wenn es diese Möglichkeiten gibt. Von daher will ich es ganz kurz machen.

Wir teilen das Anliegen dieses Antrags. Es ist richtig, wenn Bremen im Internet darstellt, welche Gewerbeflächen, gerade auch welche Gewerbeflächen im Bestand und in Nischen es gibt. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist Einigung erzielt, ich will es jetzt auch nicht in die Länge ziehen. Aber jetzt habe ich mir so viel Mühe gemacht, so einen Fragebogen, so einen Erhebungsbogen ausfindig zu machen, jetzt möchte ich den noch einmal kurz präsentieren dürfen. Frau Trüpel hat es auf den Punkt gebracht, es geht hier in der Tat um die Vermarktung, um ein Serviceangebot, und es obliegt dann dem Einzelnen, da gewisse politische Interpretationen hineinzulegen, das ist sicherlich möglich.

Die Standortwahl eines Unternehmens wird in der Regel betriebswirtschaftlich motiviert sein und hängt

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nicht davon ab, was wir hier im Parlament entscheiden. Wir können da nur weitestgehend versuchen, uns den betriebswirtschaftlichen Motivationen entgegenzubewegen, die da wären der Aus- und Aufbau von Produktionskapazitäten, Herstellung von Kundennähe, Erschließung von Märkten, in manchen Fällen auch Standortverlagerung aufgrund günstigerer Rahmenbedingungen. In einigen Fällen können diese Motivationen auch durch Akquisitionsbemühungen seitens der Akteure eines Standortes modifiziert, generiert oder verstärkt werden, sonst müssten wir nicht auf Messen gehen, sonst müsste die Wirtschaftsförderung hier nicht aktiv werden.

Damit eines deutlich wird: Ich glaube nicht, dass über die ausschließliche Darstellung von Gewerbeflächen im Internet der Vertrieb jener Gewerbeflächen erfolgen kann. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die professionell oder auch gelegentlich mit an- oder umsiedlungswilligen Unternehmen kommunizierenden Personen kompetent und schnell über notwendige und vor allem über die richtigen Informationen verfügen können müssen. Das ist wichtig, dadurch wird in jedem Fall die Information an den richtigen Mann oder die richtige Frau gebracht und die Vermarktung beschleunigt, in manchen Fällen sogar erst ermöglicht. Das Ziel hier muss auch sein, Prozesse zu beschleunigen, damit wir schneller als andere Standorte reagieren können.

Als ich mich gefragt habe, wie eigentlich in einem Unternehmen, noch einmal ganz konkret, eine Standortfrage entschieden wird, bin ich auf einen Fragebogen gestoßen, den ich ganz kurz, ich hatte es eben ja schon angedeutet, einmal präsentieren möchte. Das ist ein Erhebungsblatt für einen neuen BMW-Standort, der ist auch irgendwann einmal in Bremen angekommen.

Da müssen Fragen beantwortet werden, muss man sagen, dann von der Wirtschaftsförderung zur Grundstückslage und -größe, zur Topographie, das hätte man erwartet, technische Ver- und Entsorgung, also Distanz zur nächstmöglichen Gasanschlussstelle, zum nächstmöglichen Telekommunikationsanschluss, auch das hätte man erwartet, Verkehrserschließung, Distanz zum nächsten Bahnhof, Bezeichnung der nächst erreichbaren Autobahn, Entfernung Straßenkilometer, Fahrzeit, Distanz Luftlinie zum nächsten Wohngebiet, ich überspringe jetzt ganz viel, Einwirkungen von Staub, Katastrophenpotential, Flughafen, Grundstücksgeologie, Bebauungserschwernisse, beispielsweise Verdacht auf archäologische Bedeutsamkeit, Baurecht, Flächennutzungsplan, solche Dinge natürlich, aber auch zu erwartende Baugenehmigungsdauer. Ich kann mir vorstellen, dass derjenige, der das fragt, intendiert, dass er eine relative kurze Zeit dort angegeben bekommt, entsprechend kurz sollte auch die Beantwortung dieses Fragebogens sein.

Dann Beschäftigungsdaten bezogen auf die Region, Bevölkerung nach Altersgruppen, Bevölkerungs-

entwicklung, Bevölkerung nach Schulabschluss, nach Ausbildungsabschluss, Schulabgänger an Hochschulen, Universitäten, immatrikulierte Studenten, Studienfächer, Beschäftigungsdaten, Krankheitstage in der Industrie, Ausfalltage durch Arbeitskämpfe, Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und medizinische Versorgung! Das ist eine ganze Menge! Hätten Sie sich das vorgestellt, dass das so lang ist? Haben Sie so etwas schon einmal gesehen? Ich glaube, das ganze Haus noch nicht hier! Kriminalität, Vorhandensein einer deutsch-internationalen Schule, Eigentumserwerb möglich und so weiter! Dann werden noch eine ganze Menge Fragen gestellt zu potentiellen Zuliefererbetrieben und diverse Anlagen erwartet.

Ich meine, dass eine Beantwortung eines derartigen Fragebogens in dieser detaillierten Form sicherlich nicht von jedem Unternehmen eingefordert wird und dass ein solcher Fragebogen sicherlich auch nicht idealtypisch für kleinere und mittlere Betriebe ist. Aber im Prinzip sind es dieselben Informationen, die jedes Unternehmen braucht, um eine Standortentscheidung zu treffen. Die Konsequenz auch aus Erfahrungen der Vergangenheit wäre doch nun, solche abgeforderten Informationen von vornherein vorliegen zu haben für die entsprechenden Gewerbeflächen, die in Frage kämen, und das ansiedlungswillige Unternehmen mit einer Blitzreaktion geradezu zu überraschen, die dann auch auf eine ebenso fundierte Unterstützung bei allen weiteren Schritten schließen lässt.

Die durch uns geforderte Form der Professionalisierung der Gewerbeflächenvermarktung passt im Übrigen in die Landschaft Konzern Bremen. Ich nenne hier nur Projekte wie das Produktgruppencontrolling, die SAP-Einführung, den Weg von der Kameralistik zur Doppik, den Aufbau insgesamt effizienterer Strukturen. Ziel hier wäre die Schaffung freier Kapazitäten, die zum einen dafür verwendet werden können, dass die Mitarbeiter, die dann eben nicht mehr mit diesen Recherchearbeiten zu tun hätten, frei wären für den direkten Vertrieb, für die Vermarktung und dass damit die Reaktionsgeschwindigkeit erhöht werden kann.

Ich möchte jetzt schließen aber auch mit der Aufforderung an Sie alle, dass wir gemeinsam die oberzentrale Funktion Bremens hier im Nordwesten stärken und möglichst viele Personenkreise zu aktiven Vermarktern unseres Standortes machen. Ich bin der Überzeugung, die Bereitschaft ist groß. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die beiden Regierungsfraktionen schon 100 Prozent übereinstimmen, kann der Wirtschafts(D)

(A) senator natürlich nicht zurückbleiben. Also bin auch ich 100 Prozent dafür, die Verbesserung, die Effizienz ständig zu überprüfen, das vorweg. Schon deswegen nehmen wir diese Anregung sehr aufgeschlossen auf, um das Gegebene immer wieder darauf abzufragen, ob es für morgen auch noch gegeben sein kann.

Lassen Sie mich trotzdem drei, wie soll ich das ausdrücken, Orientierungen in diesem Zusammenhang ansprechen! Das Erste ist, die BIG ist und bleibt die zentrale Dienstleistungseinheit für die Wirtschaftsförderung, für die Landesentwicklung. Gerade kleinere Unternehmen benötigen eine Information und Dienstleistung aus einer Hand. Das ist, glaube ich, ein gesättigter Erfahrungsgrundsatz.

Zweitens: Wir stellen einen Flächennutzungsplan zur Verfügung. Der ist schon wegen der Kosten, aber auch aus anderen technischen Gründen nur immer im Abstand mehrerer Jahre möglich. Wir sind schließlich nicht New York, womit ich keinerlei abwertende Bemerkung gegenüber der Anregung machen will, aber wir sind eine überschaubare Einheit, und wir sollten uns vielleicht auch nicht, wie soll ich sagen, in dieser Frage der Überschaubarkeit selbst Hürden aufbauen.

Das Dritte: Natürlich muss man heute das Internet nutzen. Das macht die BIG. Sie bewirbt größere Einheiten, sie geht also auf Büro-, Gewerbe- und Industriestandorte im Internet zu, sie ist darüber hinaus überregional in der so genannten Regis-online vertreten. Ob man darüber hinaus weitere Verfeinerungen vornehmen kann, soll, vielleicht sogar muss, wird auch von der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit abhängen. Aber noch einmal: Auch das wird sinnvoll geprüft, wir bemühen uns darum. Wenn wir den Dreiklang Kosten, Nutzen, Effizienz nehmen, ich bleibe beim sportlichen Bild, versuchen wir, auch in diesem Dreisprung nach vorn zu kommen, vielleicht sogar Erster zu werden. Noch einmal: Wir nehmen Ihre Anregungen auf, werden Sie intensiv überprüfen. Vielleicht ergeben sich dann in der Tat Verbesserungen, die wir gemeinsam beklatschen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1176 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Pisa-E und keine Bremer Antworten? – Alle müssen endlich lernen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 2. Juli 2002 (Drucksache 15/1188)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung kann die Mehrheit der Fragesteller eine Aussprache über die Große Anfrage verlangen, wenn der Senat innerhalb der Fristen nicht antwortet. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Fragesteller hat um eine Aussprache gebeten.

Die Aussprache ist hiermit eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Präsident, das geht nicht!)

Das ist richtig! Es ist eine Große Anfrage der Grünen, aber ich bitte, sich dann auch zu melden!

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg. Vielleicht können Sie aber in Zukunft darauf achten, das ist ja nicht das erste Mal geschehen, dass die Wortmeldungen dann auch hier oben vorliegen.

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Pisa-Ergänzungsstudie und keine Bremer Antworten?" hieß die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die wir in der ersten Juli-Woche eingereicht haben. Es ist korrekt – der Präsident hat es eben gesagt –, der Senat legt keine Antworten vor und hat uns lapidar mitgeteilt, dass noch Abstimmungsprobleme vorhanden seien und deshalb die Zeit nicht gereicht habe, die Anfrage zu beantworten. Das ist ein ungewöhnlicher Vorgang, der bei diesem Thema ganz offensichtlich noch andere Gründe hat als die sechs Wochen Zeit, die der Senat nicht genutzt hat zu antworten.

Wir haben den Senat gefragt, wie er mit den Ergebnissen der Pisa-Studie und dem Ländervergleich der Pisa-Ergänzungsstudie umgehen wolle. Ich darf daran erinnern: Die Pisa-Studie hat ergeben, dass die Bundesrepublik Deutschland im internationalen

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Vergleich in der Bildungspolitik im unteren Drittel liegt. Die nationale Vergleichsstudie zwischen 14 Bundesländern hat ergeben, dass Bremen, was das Leseverständnis der fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler, die mathematischen Grundkenntnisse und die naturwissenschaftlichen Kenntnisse angeht, jeweils auf dem letzten Rang liegt.

Sie hat darüber hinaus aber auch ergeben, dass in Bremen die Sozialstruktur der Großstädte und der Großstädt Bremen dazu führt, dass hier bei dem Test rund 40 Prozent der Kinder mit einem Hintergrund aus Migrationsfamilien, also mit ausländischen Eltern, in der Schule sind und dass gerade diese Kinder, wie auch Kinder aus sozial benachteiligten Schichten insgesamt, in Bremen überproportional schlecht abgeschnitten und damit auch zu einem besonders schlechten Leistungsbild beigetragen haben.

Wir haben den Senat gefragt, welche Konsequenzen er daraus zieht, was er zur Qualität der Verbesserung des Unterrichts beitragen wolle, wie er alle Kinder künftig besser fördern wolle, wie er die Lehrer auf diese Aufgaben vorbereite und welche mittelfristigen Konsequenzen er sich für die Organisation, die Struktur und das Personal der Schule vorstelle. All das hat der Senat bis heute nicht beantwortet.

Nun ist es nicht so, dass der Senat keine Antworten geben wollte. Bildungssenator Lemke hat dem Senat eine Vorlage eingereicht, in der er versucht, Antworten auf die Fragen zu geben. Allerdings muss man dazu sagen, der Versuch der Antwort war erstens eine Zusammenfassung schon im letzten halben Jahr beschlossener Maßnahmen, die sich darauf konzentrieren, Kinder sollen im Kindergarten und in der Grundschule vor allen Dingen besser Deutsch lernen, und Migrantenkinder, also Kinder aus Familien mit ausländischen Eltern oder Aussiedlereltern, sollten ebenfalls besser Deutsch lernen, und die im Übrigen darauf verwies, dass Konzepte erarbeitet werden müssten, zu deren Erarbeitung aber wiederum Diskussionsergebnisse des runden Tisches Bildungspolitik, Untersuchungsergebnisse, die erst im nächsten Frühjahr vorliegen würden, und noch weitere Untersuchungen, die angestellt würden, ausgewertet werden müssten.

Er kam in der Senatsvorlage zu dem Ergebnis, dass etwa im Spätsommer 2003 grundlegendere Konsequenzen gezogen werden können. Meine Damen und Herren, der Frühsommer – so hieß es da – kommt nach dem Spätfrühling, und im Spätfrühling sind Wahlen. Also: Konsequenzen aus Pisa grundsätzlicher Art erst nach der Bürgerschaftswahl im Jahr 2003!

Das heißt klipp und klar, wir haben das Schuljahr 2002/2003, das jetzt angefangen hat, versäumt, um grundlegende Konsequenzen zu ziehen, und wir werden auch den Schuljahresbeginn 2003/2004 verpassen, wenn der Senat so vorgeht, wie es der Bildungs-

senator vorgeschlagen hat. Das sind zwei Schuljahrgänge, die weiterhin die Nachteile der Bremer Bildungspolitik erst einmal erdulden müssen, weil es keine Konsequenzen gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Pisa-Debatte ist eine Debatte um unsere Kinder, und die Bildungspolitik muss sich um unsere Kinder kümmern. Nun ist diese Senatsvorlage nie in den Senat gekommen. Ich vermute, die CDU konnte sich nicht so ganz zufrieden geben mit dieser Frage, dass keine grundsätzlichen Konsequenzen gezogen wurden, und hat deshalb dafür gesorgt, dass der Senat lieber dem Parlament keine Antwort gibt, als dem Parlament eine solche unbefriedigende Antwort vorzulegen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Wo haben Sie das denn her? – Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich will darüber nicht spekulieren, sondern schlicht und einfach sagen, was Fakt ist! Als Fakt steckt natürlich dahinter, dass der Koalitionsausschuss erst am 8. September eine Debatte über die Konsequenzen aus Pisa führt und dass öffentlich keine der Koalitionsparteien vorher sagen kann und will, wohin die Reise geht. Man kann es auch einfacher sagen, zwischen SPD und CDU muss noch etwas ausgekungelt werden. Herr Kollege Dr. Kuhn, da gebe ich Ihnen ganz Recht: Besser kann das nicht werden, weil die bisherige Politik in der Bildung, solange die große Koalition regiert, immer war, gebe ich dir, CDU, etwas, bekomme ich, SPD, etwas oder umgekehrt. So wird es natürlich auch jetzt wieder gehen.

Man kann ja schon einmal ein bisschen spekulieren nach dem, was man hört! Die SPD möchte gern eine sechsjährige Grundschule, das will die CDU nicht. Man wird also irgendeinen Kompromiss schließen, ein bisschen sechsjährige Grundschule, aber dafür, was die CDU vielleicht will, einzügige gymnasiale Abteilungen schließen und lieber bestehende Gymnasien ausbauen. Die CDU möchte gern ein Zentralabitur einführen und auch zentrale Abschlussprüfungen in der zehnten Klasse von Hauptund Realschulen, und man wird sagen: Schaut einmal, Herr Gabriel will das nebenan in Niedersachsen auch, und die SPD sagt zähneknirschend: Ja, machen wir, vielleicht, aber was bekommen wir dafür? Vielleicht bekommen wir zusätzlich Geld für zwei Ganztagsgrundschulen oder so, ich spekuliere hier nur, aber in diese Richtung wird es gehen.

Diese Politik hat jetzt die ganzen letzten Jahre schon dazu geführt, dass die Bildungspolitik in Bremen nicht aus einem Guss und mit einer Perspektive und für Eltern nachvollziehbar und konsequent durchgeführt wird, sondern dass wir hier einen Fli(D)

(A) ckenteppich von Bildungsangeboten in dieser Stadt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf diesem Flickenteppich wird jedes Mal, wenn ein Loch aufgerissen wird oder eine Misere erkennbar wird, hier ein roter Flicken, da ein schwarzer Flicken aufgeklebt. Ein wunderschönes, buntes Bild!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ein paar grüne haben wir auch dabei! – Abg. Eckhoff [CDU]: Aber man merkt richtig, wie gern Herr Mützelburg am 8. September dabei wäre!)

Herr Kollege Eckhoff, ich bin heilfroh, dass ich diese Art von Politik nicht mitmachen muss, weil die in der Bildungspolitik keine Zukunft hat!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Flickenteppich, meine Damen und Herren, hat das Ziel, das die Bremer Bildungspolitik zu Beginn der neunziger Jahre hatte, nämlich eine verlässliche Schulvielfalt in Bremen mit Schulen, die sich selbst Profile geben, die an ihrer Qualitätsverbesserung arbeiten und die vor allen Dingen besseren Unterricht zur Folge haben, längst gekippt. Heute wird wieder nur um Formen diskutiert, und die Lehrer es gibt ja genug Lehrerinnen und Lehrer, die versuchen, guten Unterricht in ihren Klassen zu machen - spielen eine verhältnismäßig geringe Rolle im öffentlichen Bild der Koalitionspolitik im Verhältnis zu dem, was hier angestrebt wird. Ich sage also Flickenteppich, Schulvielfalt von einst wird zur Schulbeliebigkeit, und das ist natürlich etwas, was Eltern und Kinder so nicht hinnehmen wollen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen hat im letzten halben Jahr zahlreiche Vorschläge gemacht zur Pisa-Debatte und was nötig ist, von der Sprachstandsprüfung und -untersuchung und den Förderungen im Kindergarten im vierten Lebensjahr bis hin zur Verbesserung der Lehrerausbildung, von der beweglichen Eingangsphase und Förderung in der Grundschule bis hin zur Schule ohne Sitzenbleiben in der Sekundarstufe I. Ich will das hier nicht alles wieder aufführen. Es gibt viele Maßnahmen konkreter Art, die beraten werden müssen.

Heute, anlässlich der Perspektive, die wir haben, will ich nur auf zwei grundlegende Probleme eingehen! Wenn es richtig ist, dass wir erstens das Qualitätsproblem lösen müssen, also besseren Unterricht, und zwar besseren Unterricht für alle Kinder und nicht nur für wenige Kinder,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und wenn wir das soziale Problem lösen wollen, dass nicht 20, 25, 30 oder noch mehr Prozent unserer Schulkinder abgehängt werden und keine Bildungsperspektiven haben, dann brauchen wir allerdings einige grundsätzlichere Maßnahmen noch als Sofortmaßnahmen.

Das Erste und Wichtigste ist, glaube ich, Reformen können nur dann durchgesetzt werden, wenn die Lehrerinnen und Lehrer motiviert sind. Herr Senator Lemke, Sie haben ja seit Beginn Ihrer Amtszeit versucht, sich für die Lehrer stark zu machen, dass sie wieder motiviert sind und sich engagierter einsetzen. Sie sind auch dabei, verborgene Schätze, wie Sie das nennen, zu heben, also besonders gute Unterrichtsbeispiele und Ideen öffentlich zu präsentieren.

Nur, es reicht nicht, einige wenige Schätze zu präsentieren, sondern das Licht und der Glanz dieser Schätze müssen eigentlich auf alle Kinder abstrahlen. Deshalb brauchen wir mehr als Einzelversuche, sondern grundsätzlich für alle Lehrer eine bessere Motivation. Die funktioniert nur, wenn Sie eine verlässliche Bildungspolitik machen und eben nicht diese Flickenteppichpolitik, die ich gerade skizziert habe. Eine verlässliche Bildungspolitik bedeutet auch, dass man nicht das, was man gerade versucht hat, mit den Händen aufzubauen, mit dem Allerwertesten wieder einreißt.

Ich darf vielleicht einmal zwei solche Fälle nennen, die ja nicht gerade zuletzt auf der Tagesordnung standen.

(Glocke)

Es dauert noch einen kleinen Moment!

(Heiterkeit)

Infolge von Pisa, Herr Senator Lemke, werden Förderkurse nicht flächendeckend, aber in bestimmten Schulen gezielt zur Verbesserung der Deutschkenntnisse eingerichtet. Das Geld dafür ist eingesammelt worden aus allerlei anderen Maßnahmen. Das heißt, hier wird auf der einen Seite jetzt zwar etwas Sinnvolles getan, aber auf der anderen Seite müssen jetzt so Sachen, wie wir sie eben gerade diskutiert haben, Musikgruppen, darstellende Spielgruppen, Sportgruppen, Arbeitsgemeinschaften, leider ausfallen.

Die sind nach Pisa genauso wichtig, obwohl das Geld nicht reicht. Hier wird auf der einen Seite etwas aufgebaut und auf der anderen Seite wieder eingerissen. Das schafft in den Schulen kein Vertrauen, Herr Senator Lemke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso wenig schafft Vertrauen, dass die jungen Grundschullehrer, die jetzt eingestellt werden,

(Glocke)

(D)

ii buildilis 90/Die Gruffeli)

(A) nach den Vorstellungen des Senats zukünftig nicht nur 28 Stunden, sondern sogar 29 Stunden arbeiten sollen und das dann aus der Zeitung erfahren dürfen. Auch das schafft kein Vertrauen in den Schulen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz und gut, da der Präsident mich jetzt abklingelt, das Thema aber noch lange nicht ausgereizt ist, schließe ich jetzt an dieser Stelle nur mit dem Satz: Herr Senator Lemke, wenn Sie heute erklären, all das, was noch nötig ist und worüber wir gleich noch reden, aufzubauen, kostet viel mehr Zeit als diese acht Monate, die wir zur Verfügung hatten, dann sage ich Ihnen nur das, was Sie im März dieses Jahres hier in der Bürgerschaft dem Parlament gesagt haben. Da haben Sie noch gesagt, ich will nicht bis zum 1. Juli, Pisa-E, warten. Ich will nicht, dass wir dann die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und erschüttert sagen, jetzt muss gehandelt werden. Ich sage, jetzt ist Zeit zu handeln! Sie haben jetzt acht Monate Zeit gehabt, und jetzt ist Zeit zu handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Sehr geehrter Herr Kollege, das ist eine Debatte mit Redezeit nach Geschäftsordnung. Sie haben jetzt genau drei Minuten überzogen. Sie könnten ja nachher noch einmal das Wort ergreifen.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich müsste die Überschrift der Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 15/1188, "Pisa-E und keine Bremer Antworten?", nicht mit einem Fragezeichen versehen sein, sondern die Überschrift müsste lauten "Pisa-E und keine Bremer Antworten!", weil Sie keine effektiven Antworten auf diese Pisa-Studie haben.

Meine Damen und Herren, ich frage mich auch im Namen vieler besorgter Eltern, wann endlich der Bremer Senat, nachdem uns die Pisa-Studie nun ja schon seit acht Monaten vorliegt, Konsequenzen aus dem besonders schlechten Abschneiden Bremer Schüler ziehen will. Auf diese Konsequenzen bin ich allerdings schon sehr gespannt. Sie waren es doch, die den Antrag der Deutschen Volksunion für eine Neuausrichtung der bremischen Schulpolitik scheinheilig abgelehnt haben. So falsch können die Forderungen der Deutschen Volksunion ja wohl nicht gewesen sein, denn in der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1094, Konsequenzen aus der Pisa-Studie für Bremen ziehen, steht gleich auf Seite eins, Punkt eins, Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese wichtige Maßnahme effektiv umsetzen wollen, dann müssen Sie demzufolge dem Antrag der Deutschen Volksunion, Deutschtest für alle ausländischen Schüler, uneingeschränkt zustimmen. Wie Sie sehen, bleibt Ihnen auf Grundlage Ihrer verfehlten Politik nichts anderes mehr übrig, als die frühere DVU-Forderung, die Sie damals abgelehnt haben, heute fast wortgleich zu übernehmen. Wenn die Deutsche Volksunion dadurch zum Erfolg kommt, dass Sie die früheren Forderungen der DVU übernehmen und beschließen, so soll es mir auch recht sein. Wenn die Forderungen und die Anträge der Deutschen Volksunion dazu beitragen sollten, dass Sie endlich eine realistische Politik im Sinne der Bürger und zum Wohl unserer Kinder betreiben, so ist es ein großartiger, leider nicht veröffentlichter Erfolg der Deutschen Volksunion und sonst gar nichts.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Dr. Scherf sagte vor der Presse, die SPD ist seit 1947 verantwortlich für die Bremer Bildungspolitik. Pisa ist die Quittung dafür. Recht hat er! Ich gebe ihm selten Recht, aber da hat er hundertprozentig Recht. Besser und klarer kann ein Bürgermeister das politische Versagen seiner Partei kaum formulieren. Das, meine Damen und Herren, ist eine eindeutige Bankrotterklärung der SPD-Bildungspolitik auf der ganzen Linie.

Fakt ist doch, Bremen ist klares Pisa-Schlusslicht. Darum brauchen wir unter anderem eine regelmäßige und systematische Überprüfung unseres Schulsystems. Bremen hat das teuerste Schulwesen mit dem schlechtesten Ergebnis. Also, es muss nicht unbedingt aus Panik planlos sofort mehr Geld für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden, es muss in allererster Linie erst einmal wieder für Ordnung, Sauberkeit und Disziplin in den Schulen gesorgt werden, damit dort überhaupt erst einmal wieder ein vernünftiger, leistungsgerechter Unterricht stattfinden kann und möglich ist.

Der Bürgermeister Dr. Scherf sagt doch selbst, das Schulsystem ist jetzt ein Sanierungsprojekt. Also, fangen Sie schnellstens mit dieser Sanierung an! Beschließen Sie einstimmig den DVU-Antrag "Deutschtest für alle ausländischen Schüler"! Beschließen Sie endlich effektive Maßnahmen gegen das unsägliche Schulschwänzen! Bringen Sie unseren Kindern in den Schulen wieder Ordnung, Sauberkeit, Leistungswillen, Disziplin und Achtung gegenüber unseren älteren Menschen bei! Das, meine Damen und Herren, sind Grundelemente, um in der heutigen so genannten Spaßgesellschaft zu überleben.

Wenn ich dann in der Mitteilung des Senats "Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen" auf Seite fünf, 2. d, den Unterricht zu verbessern und zu verändern, folgende Vorschläge lesen muss, zum Beispiel ein effektives Zeitmanagement, das Organisation und Humor zulässt, oder aber eine die Lernfortschritte si-

(D)

(A) chernde und motivierende Feedback-Kultur und so weiter, dann, meine Damen und Herren, bekomme ich wirklich eine Gänsehaut. Das nämlich sind genau die Kriterien, woran Ihre linken Achtundsechziger-Lehrerchaoten erbärmlich gescheitert sind. Das sind genau die Kriterien, woran Ihre gesamte Bildungspolitik unweigerlich gescheitert ist!

Meine Damen und Herren, damit machen Sie unsere Schüler vielleicht für die größte Drogenparty, für die größte Drogenhölle, die so genannte Love Parade fit, aber nicht für das tägliche Leben. Meine Damen und Herren, machen Sie unseren Jugendlichen durch eine realistische Bildungspolitik schnellstens klar, dass unsere Gesellschaft eben nicht nur aus einer reinen so genannten Spaßgesellschaft existiert und besteht! Machen Sie unseren Schülerinnen und Schülern klar, dass sie zwar viele Rechte haben, selbstverständlich auch das Recht auf Spaß, dass sie aber auch Pflichten haben!

Das geht nur, wenn das Schulsystem von Anfang an auch mit den wichtigen Grundelementen wie Ordnung, Sauberkeit, Leistungswille und Disziplin aufgebaut ist. Den DVU-Antrag, die so genannte Kopfnote wieder einzuführen, haben Sie hier aber abgelehnt. Nun bin ich einmal wirklich gespannt, wie Sie das Schulsystem ohne die erforderlichen Grundelemente wie Ordnung, Sauberkeit und Disziplin, dafür aber mit viel Spaß und Humor effektiv sanieren wollen. Ich wünsche Ihnen dabei trotzdem viel Spaß und Humor!

Meine Damen und Herren, bei Ihrer Bildungspolitik ist es doch kein Wunder, dass es einige Schüler gibt, wenige, denen die Pisa-Studie völlig egal ist, weil sie sie gar nicht einmal lesen können!

(B)

Meine Damen und Herren, abschließend kommen wir noch zum Punkt Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit in der Politik! Da fordert doch unser Bürgermeister Dr. Scherf großspurig eine schnelle Sanierung, also Reform des Bremer Schulsystems. Ja, muss ich denn unseren Bürgermeister Dr. Scherf allen Ernstes erst daran erinnern müssen, dass schon 1994, also bereits vor acht Jahren, als Herr Dr. Scherf noch Bildungssenator gewesen ist, eine Kommission unter der Leitung des Pädagogen Wolfgang Klafki, ohne politischen Erfolg allerdings, auf eine dringende Reform des Bremer Schulsystems gedrängt hat? Diese Klafki-Kommission hat damals schon eindringlich vor den heutigen Missständen und Folgen des Bremer Schulsystems gewarnt.

Nun frage ich einmal Herrn Dr. Scherf in aller Öffentlichkeit, warum er damals als verantwortlicher Bildungssenator seine heutige Forderung einer Sanierung des Bremer Schulsystems nicht politisch umgesetzt hat, als er die politische Verantwortung hatte. Dann hätten wir heute vielleicht nicht ein solches politisches Bildungsdesaster im Land Bremen.

Präsident Weber: Man müsste jetzt eigentlich die Gelegenheit nehmen, mit den Schülerinnen und

Schülern auf dem Besucherrang über diese Rede zu diskutieren.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich lasse meinen direkten Vorredner außen vor und werde mich auf Herrn Mützelburg beziehen, denn ich finde, zur Bildungspolitik hat mein direkter Vorredner nichts, aber auch gar nichts beigetragen.

Meine Damen und Herren, im Dezember 2001 kam die Pisa-Studie über Deutschland herein. Im Juni 2002 kam, einige Tage schneller als erwartet, durch gewisse Indiskretionen bei der Kultusministerkonferenz die Pisa-E-Studie ans Licht und hat Bremen bescheinigt, dass wir auch im Schnitt im Verhältnis zur Bundesrepublik schlechter dastehen als die Bundesrepublik. Bremen auf dem letzten Platz, zugegebenermaßen zum Teil einziger Stadtstaat, aber auch in dem Bereich, wo Hamburg und Berlin beteiligt waren, bei der Lesekompetenz der Gymnasiasten, lag Bremen abgeschlagen auf dem letzten Platz.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Konsequenzen aus der Pisa-E-Studie zu ziehen ist das erklärte Ziel der Bildungspolitiker. Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion haben nach Vorlage der Pisa-Studie Ende letzten Jahres darauf verwiesen, dass wir hier ganz konkret, um in Bremen Konsequenzen zu ziehen, die Vorlage der Pisa-E-Studie brauchen. Diese liegt jetzt zu einem ersten Teil vor, ein zweiter Teil wird im November dieses Jahres mit ganz konkreten Schuldaten nachgeliefert.

Meine Damen und Herren, als die Pisa-E-Studie Ende Juni vorgestellt wurde, war das Geschrei in Bremen groß. Ich will gar nicht verhehlen, wir als CDU haben bestätigt bekommen, was wir Ihnen hier jahrelang, jahrzehntelang gesagt haben. Die Bildungspolitik, die Sie vertreten haben, für die Namen stehen wie Thape, Franke, Kahrs, aber auch Scherf – –.

(Zuruf von der SPD: Von Hassel!)

Von Hassel! Natürlich, wie konnte ich den vergessen! Diese Bildungspolitik ist gescheitert. Wir stellen uns aber nicht hin mit dem erhobenen Zeigefinger und sagen, und jetzt machen Sie das allein, meine Damen und Herren, wir nehmen für uns als Koalitionspartner der großen Koalition in Anspruch, dass wir gemeinsam hier Konsequenzen aus der Pisa-E-Studie ziehen werden, weil es unser Anliegen ist, dass wir die Qualität des Unterrichts im Interesse der jungen Menschen in Bremen und Bremerhaven verbessern wollen.

(Beifall bei der CDU)

(A)

(B)

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat nach Vorlage der Pisa-Studie die Zeit genutzt und bis zur Vorlage der Pisa-E-Studie einen Forderungskatalog "Guten Unterricht für Schülerinnen und Schüler, gute Schulen in Bremen und Bremerhaven" erarbeitet und dieses umfangreiche Papier dann auch ungefähr zeitgleich mit Vorstellung der Pisa-E-Studie vorgestellt. Dies ist die Grundlage, auf der wir mit unserem Koalitionspartner verhandeln. Das Problem ist, meine Damen und Herren, da beziehe ich mich jetzt auch auf Presseäußerungen, zum Teil weiß man gar nicht, worüber man dann verhandeln soll. Es ist natürlich so, wenn nach 40 Jahren eine Bildungspolitik zusammenbricht und die Scherben am Boden liegen, dann braucht man eine gewisse Zeit, bis dann auch neue Ansätze da sind. Von daher haben wir auch Verständnis gehabt, dass Sie eine Zeit lang sprachlos waren, meine Damen und Herren von der SPD.

Aber es hat ja dann auch die entsprechende Aussage des Präsidenten des Senats, der selbst Bildungssenator war, gegeben, der ist nichts hinzuzufügen. Es fragt sich jetzt natürlich nur die geneigte Hörerschaft: Wo bleiben die Vorschläge der SPD? In der Zeitung findet man dann Sätze, zum Beispiel zum Thema zentrale Abschlussprüfungen, die wir als elementar erachten und die ja auch der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel für wichtig erachtet. Da finde ich dann in der "Welt" vom 15. Juli, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, die Aussage der geschätzten Kollegin Hövelmann: "Wir wollen auch Vergleichbarkeit und Festlegung des Standards erreichen, ich bin aber noch nicht so weit, es Zentralabitur zu nennen." Meine Damen und Herren, wenn Sie es in einer Woche Zentralabitur nennen und wir es dann endlich machen können, sind wir dann auch zufrieden im Interesse der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der CDU)

Auch der SPD-Parteichef, Herr Albers, hat zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD in der Bürgerschaft, Herrn Böhrnsen, erklärt, dass wir jetzt einen grundlegenden Wechsel im bremischen Schulsystem brauchen. Da haben Sie uns fest an Ihrer Seite, so koalitionär, wie Sie es sich gar nicht erträumen mögen, meine Damen und Herren.

Ich freue mich auch, wenn ich Herrn Böhrnsen in der "Welt" vom 28. Juni lese: "Wir brauchen eindeutige Standards für den Unterricht und regelmäßige Leistungsvergleiche." Meine Damen und Herren, da haben Sie die CDU so fest an Ihrer Seite, wie Sie es sich nie erträumt haben.

(Beifall bei der CDU)

Es hat natürlich auch, das will ich hier auch ganz deutlich sagen, Versuche von der SPD gegeben, die eindeutige politische Schuldfrage im Bildungsbereich in Bremen – die SPD stellt seit 1947 den Bildungssenator – etwas zu verwässern. Die Kollegin Hövelmann hat ja den Versuch unternommen, den geschätzten Kollegen Bürger als Sprecher der Bildungsdeputation in die Mitverantwortung zu nehmen. Nur, meine Damen und Herren, da lassen Sie uns jetzt bitte bei der Wahrheit bleiben!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dass Sie mitregieren, das bestreiten Sie ja wohl nicht!)

Frau Linnert, Sie sind auch dabei! Sie und die Kollegin Stahmann sind stellvertretende Deputationssprecher der Jugend- und Sozialdeputation, die Kollegin Dr. Mathes ist Sprecherin der Umweltdeputation. Wenn jetzt die Deputationssprecher die Verantwortung tragen, dann haben wir als große Koalition aber viele U-Boote in der Opposition, meine Damen und Herren!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verantwortung trägt der Senat, und der wird von SPD und CDU gestellt!)

Ihr Versuch, Frau Hövelmann, die Deputationssprecher hier in eine Mitverantwortung zu nehmen, schlug fehl. Nur, für uns ist völlig klar: Wir werden uns hier nicht hinstellen und sagen, die SPD hat Schuld, und wir ziehen uns jetzt heraus.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben – und ich will das anhand einzelner Punkte jetzt mit Ihnen diskutieren – konkrete Vorschläge gemacht. Ich will auch auf die Punkte eingehen, die Herr Mützelburg hier in seiner phantasievollen Darstellung einer möglichen Runde im Koalitionsausschuss erwähnt hat.

Sie haben gesagt, die CDU bekomme vielleicht Einzügigkeiten. Die CDU fordert seit Jahren die Abschaffung von Einzügigkeiten, nicht nur im gymnasialen Bereich, Herr Mützelburg,

(Beifall bei der CDU)

sondern auch im Haupt- und Realschulbereich, weil diese weder pädagogisch noch ökonomisch sinnvoll sind und Sie nur eine gute Schule fahren können, wenn Sie auch entsprechende Zügigkeiten an einem Schulstandort haben. Wir haben doch überhaupt kein Interesse daran, hier aus irgendwelchen ideologischen Gründen Einzügigkeiten zu beseitigen, aber es ist doch ein reiner Wahnsinn, wenn Sie bewusst immer noch Schulzentren haben, in denen Sie Einzügigkeiten haben, oder wenn Sie sogar Schulzentren neu schaffen wollen, in denen Sie Einzügigkeiten neu zementieren. Darum sagen wir Ihnen ganz

(D)

(A) klar: Einzügigkeiten gehören nicht mehr nach Bremen, wir wollen diese nicht mehr haben!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, im Gegenzug würde die SPD zwei Ganztagsgrundschulen erhalten. Sie stellen das dann so dar, als ob die CDU irgendetwas gegen Ganztagsangebote oder Ganztagsschulen hätte, meine Damen und Herren.

(Abg. Görtz [SPD]: Das ist auch gut so!)

Ganztagsangebote haben wir zu diesem Schuljahr an sieben Standorten der Sekundarstufe I eingeführt. Darüber hinaus haben wir einen einvernehmlichen Beschluss, dass jetzt der Senator für Bildung bis zum 31. August aufgefordert ist, für den Grundschulbereich erst einmal ein Konzept zu entwickeln, um dann darüber hinaus zu prüfen, wo wir in dieser Stadt Bedarfe haben, denn es ist natürlich in einer Großstadt wie Bremen und einer Stadt wie Bremerhaven ein anderes Angebot als irgendwo auf dem platten Land nötig. Wir brauchen hier in einem großstädtischen Bereich natürlich auch insbesondere Angebote für Alleinerziehende.

Wir haben nur immer gesagt, Ganztagsschulen sind nicht die Lösung für Pisa, und dabei bleibe ich auch. Sie können nämlich schlechten Unterricht wirklich den ganzen Tag machen, Herr Mützelburg, wir wollen die Qualität des Unterrichts verbessern!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus stehen wir natürlich aus sozialpolitischen Erwägungen in der heutigen Zeit für Ganztagsangebote an Schulen, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau H \ddot{o} v e l m a n n [SPD]: Sehr schön!)

Ein weiterer Bereich, der von Ihnen dargestellt wurde, ist die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer. Das ist einer der wichtigsten Bereiche, das sage ich Ihnen ganz klar. Das muss in Zukunft aber auch – Sie haben einen Antrag gestellt, der erst im September hier beraten wird – bei der Lehrerausbildung beginnen. Es geht dann weiter über die Berufseingangsphase, da haben wir gerade einen Zwischenbericht in der Deputation bekommen, und dann geht es auch darum, wie diese Lehrerinnen und Lehrer eigentlich in der Schule fort- und weitergebildet werden. Hierzu gibt es jetzt zum Beispiel auch die Möglichkeit der Präsenztage.

Wir als CDU haben den Vorschlag gemacht, ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer mit einem Zeitkonto, in dem alles fest geregelt ist, entsprechend zu erarbeiten. Darüber werden wir ganz konkret reden, wenn unser Koalitionspartner dann auch dazu bereit ist, dass wir konkret über die Inhalte reden können. Wir wollen hier ganz klar motivierte Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen in Bremen und Bremerhaven haben.

(Beifall bei der CDU)

Nur, meine Damen und Herren, die allerwichtigste Sache sage ich Ihnen ganz klar, und das ist unsere Prioritätenreihenfolge: Wir reden jetzt über die Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung des Unterrichts, dann reden wir über Strukturen in Bremen und Bremerhaven, und dann reden wir als Letztes auch über Geld. Meine Damen und Herren, Bremen hat das zweitteuerste Schulsystem in Deutschland mit den schlechtesten Ergebnissen bei der Pisa-E-Studie. Darum muss man auch ganz einfach hier noch einmal über Geld reden. Wir wollen wissen, wohin das Geld geht.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Da hat der Senator auch den entsprechenden Auftrag. Vor einem Jahr war er noch sehr böse, als wir danach gefragt haben, mittlerweile hat er auch, denke ich, gesehen, dass es notwendig ist.

(Glocke)

Für uns, um das abschließend zu sagen, denn anscheinend ist meine Redezeit zu Ende, ist Folgendes sehr wichtig, meine Damen und Herren: Wir wollen den Unterricht in Bremen und Bremerhaven so schnell wie möglich verbessern. Die nächste Pisa-Studie ist schon im nächsten Jahr fällig. Veränderungen brauchen eine Zeit. Wir hoffen aber schon bei der nächsten Pisa-Studie 2003 und bei den darauffolgenden Pisa-Studien – Pisa wird uns in Zukunft regelmäßig erreichen –,

(Glocke)

Bremen vom letzten Platz weiter nach oben zu bringen, damit wir auch irgendwann da stehen, wo jetzt zum Beispiel der Freistaat Bayern steht. Die stehen nämlich im internationalen Vergleich nicht da, wo Deutschland im Feld steht, sondern die liegen auf Platz zehn im internationalen Vergleich. Ich denke, auch wir sollten uns da an Bayern orientieren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Hövelmann.

(A) Abg. Frau Hövelmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz offensichtlich hat in der Regionalliga der Streit darum begonnen, wer die Schönste unter den Einäugigen ist. Herr Mützelburg, Herr Rohmeyer oder alle, die es sagen, haben Recht, wir haben in Bremen keinen Grund, stolz auf die Ergebnisse der Pisa-E-Studie zu sein. Auf der anderen Seite können wir aber sagen, dass kein einziges Bundesland die Werte erreicht hat, die die Spitzenplätze haben. Zwar glänzt, wie Sie eben gesagt haben, Herr Rohmeyer, Bayern mit relativ guten Leistungen, aber um welchen doppelten Preis? Das haben Sie nicht erwähnt. Wir haben eine sehr hohe soziale Selektion und zusätzlich eine Abiturquote, die ihresgleichen sucht.

> (Abg. Bürger [CDU]: Jetzt sagen Sie nicht 19 Prozent, die ist nämlich effektiv falsch!)

Ich sage überhaupt keine Zahl!

(Abg. Te i s e r [CDU]: Kommen Sie mir nicht mit Zahlen und Fakten! – Heiterkeit bei der CDU)

Aber, Herr Bürger, sie haben eine Abiturquote, die so niedrig ist, dass sie Abiturienten importieren müssen, das ist doch richtig?

(Abg. Bürger [CDU]: 29 Prozent! – Abg. Rohmeyer [CDU]: Die schaffen Arbeitsplätze in Bayern, auf hohem Niveau!)

Dass sie Abiturienten importieren müssen und nicht einmal den eigenen Akademikerbedarf selbst decken können, ist das richtig oder nicht?

(Zurufe von der CDU)

Danke schön! Herr Bürger hat es eben bestätigt, es ist richtig.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Wir wären doch froh, wenn wir in Bremen auch so viele Arbeitsplätze hätten, oder nicht?)

Sie übersehen dabei, dass Bayern im Moment die höchste Steigerung bei der Arbeitslosenquote hat, aber das ist jetzt nicht unser Thema!

(Unruhe bei der CDU - Glocke)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Eckhoff, ich habe der Rede von Herrn Rohmeyer gern und ohne Zwischenrufe zugehört, wie übrigens meine gesamte Fraktion. Ich bitte darum, dass wir das Thema ernsthaft behandeln und nicht zu einer Krawallnummer machen, sondern der Ernsthaftigkeit angemessen bleiben.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, das Wort hat ausschließlich Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Ich bleibe dabei, die Abiturquote in Bayern ist klein, aber fein, weil man sich nicht der Mühsal unterzieht wie andere Länder, eine breite Zahl entsprechend zu qualifizieren. Folgt man den Ratschlägen, die ganze Nation – und das habe ich ja eben aus dem herausgehört, was Herr Rohmeyer gesagt hat – solle sich an Bayern orientieren, so müssen wir vermutlich, Herr Rohmeyer, ein völlig anderes Zuwanderungsgesetz auf den Weg bringen. Ein Viertel unseres Akademikerbedarfs müssten wir dann per Greencard aus dem Ausland importieren. Bisher ist nicht bekannt – mir jedenfalls nicht, das kann aber mein Fehler sein –, dass Edmund Stoiber, der sein Schulsystem so lobt, eine solche Zuwanderungspolitik befürwortet.

Die Antwort ist jedoch nicht, dass die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten durch Senkung der Standards erhöht werden soll, im Gegenteil, und da treffen wir uns natürlich. Wir müssen die Qualität des Unterrichts erhöhen. Wir wollen entscheidend besser werden. Der Streit darüber also, welche Einäugige die schönere sei, ist nutzlos, wenn beide, wenn auch auf unterschiedlichem Wege – –. Herr Eckhoff, ich wäre Ihnen so dankbar, wenn Sie zuhören würden!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ja, ich höre Ihnen zu, aber es fällt mir schwer!)

Manchmal muss man sich überwinden und auch schwierige Aufgaben meistern!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Eckhoff [CDU]: Erst einmal anpacken die schwierigen Aufgaben! – Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie haben nichts gelernt aus gestern!)

Der deutsche Streit darüber, welche Einäugigkeit die schönere sei, ist nutzlos, wenn beide, wenn auch auf unterschiedliche Weise, nicht das erreichen, was andere zu erreichen vermögen, und daran wollen wir uns orientieren, meine Damen und Herren, nicht an der Mittelmäßigkeit, sondern daran, besser zu werden, und wir orientieren uns hierbei an den Besten.

Es macht auch keinen Sinn – ich gehe auf das ein, was Sie, Herr Rohmeyer, zu den Abschlussprüfungen gesagt haben –, nun Rosinen zu picken und zu (D)

(A) sagen, auch in Finnland, in Schweden, in Skandinavien gibt es – –.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ich habe Sie nur zitiert, Frau Hövelmann!)

Ich gehe auf Sie ein, Herr Rohmeyer!

(Zuruf der Abg. Frau Dreyer [CDU])

Die Abschlussprüfungen, die Sie fordern, sind kein Sinn an sich! Die Frage ist, was man damit erreichen möchte. Wenn man damit erreichen möchte, dass man die "falschen" Schülerinnen und Schüler aussortiert und in die entsprechenden Kästchen setzt, dann ist das nicht richtig. Wenn man allerdings mit Abschlussprüfungen und Vergleichsarbeiten, die wir ja übrigens beschlossen haben in der Deputation, erreichen möchte, dass man sehr frühzeitig eingreifen kann, in der dritten Klasse, nach der sechsten Klasse, nach der neunten Klasse, um nicht erreichte Ergebnisse zu verbessern, um zu sehen, wie man fördern und fordern kann, dann ist dies richtig. Als Mittel der Qualitätssicherung halte ich Abschlussprüfungen nicht für der Weisheit letzten Schluss, aber auch nicht für von Übel. Es ist nur nicht die Lösung an sich, und von daher bauen Sie hiermit eine Chimäre auf.

(B) Das Gleiche sage ich Ihnen übrigens auch zu den Ganztagsschulen. Wir können beobachten, dass die Länder, die sehr gut abschneiden, ein Ganztagsschulsystem haben. Sie haben allerdings von keinem einzigen Sozialdemokraten bisher gehört, dass die Einrichtung der Ganztagsschulen der Weisheit letzter Schluss sei. Natürlich kann man auch den ganzen Tag schlechten Unterricht machen, man kann auch den ganzen Tag schlechte Politik machen! Das kommt gelegentlich vor!

(Abg. Te i s e r [CDU]: Das zeigt ja die Studie!)

Ganztagsschulen sind eine Blüte, eine große wesentliche Blume im Strauß, den wir binden müssen, um die Ergebnisse in den Bremer Schulen zu verbessern. Hier haben wir in der Deputation für Bildung schon eine ganz Reihe Schwerpunkte gesetzt. Ich weiß gar nicht, warum keiner meiner Vorredner darauf eingegangen ist und die Gelegenheit nutzt, auf die ergriffenen Maßnahmen – gerade am 15. August übrigens beschlossen – einzugehen.

Wir haben den Bereich Sprachförderung im KTH-Bereich behandelt. Wir haben den Bereich Sprachtests behandelt. Deshalb, Herr Tittmann, werden wir Ihren Antrag ablehnen. Das Ganze ist schon vollzogen! Es sind Kurse eingerichtet worden, und sie wirken. Es ist eine Abteilung für Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Behörde eingerichtet worden, ein weiterer wichtiger administrativer Schritt übrigens, um die Qualität zu erhöhen. Die Einrichtung von Deutschintensivkursen und Leseintensivkursen müssen wir hier ebenfalls nennen. Weitere Konsequenzen werden folgen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wann denn? Wann wird der Senat seine Konzepte vorlegen, das wollen wir wissen!)

Liebe Frau Kollegin Linnert, Sie haben die Anfrage im Juli gestellt. Dazwischen lagen die Sommerferien und übrigens auch der Schulstart, der sehr gut gelungen ist. Das kann man hier vielleicht auch einmal sagen. Viel Arbeit in der Behörde!

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat ja ein Sorgentelefon eingerichtet und konnte sich wahrscheinlich einen zusätzlichen Urlaubstag gönnen, weil nicht so viele Leute angerufen haben.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: 142!)

Es ist sehr gut gelungen. Die Behörde hat intensiv gearbeitet. Nun verstehe ich, dass Sie verärgert sind, keine Antwort zu bekommen, aber von Juli bis August ist Ferienzeit.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gab eine Antwort, Frau Hövelmann!)

Ich habe nachgesehen, Sie haben die Anfrage im Juli gestellt. Wir haben am 15. August in der Deputation einige Maßnahmen beschlossen, die sich übrigens auch auf Teile Ihrer Anfrage beziehen. Die Antwort des Senats, vermute ich einmal, wird im September vorliegen, und dann werden wir das Ganze hier noch einmal diskutieren.

Ich plädiere sehr dafür, dass wir von den Blockaden wegkommen und nicht mit den alten Kampfbegriffen hier agieren, sondern sagen, Leistung und Gerechtigkeit schließen sich nicht aus. Das machen uns die Sieger bei Pisa vor.

Hieran möchte ich mich orientieren! Jeder hier im Hause, der sich damit beschäftigt hat, weiß, dass es länger dauert, etwas zu verändern, und das muss bundesweit geschehen. Ich erinnere noch einmal an die Einäugigen. Wir können uns bundesweit nicht zurücklehnen und sagen, wir geben uns mit bayerischen Ergebnissen zufrieden, sondern ich bin sicher, dass auch der Wettbewerb, in dem wir unter den Bundesländern stehen, sehr viel härter ist. Es glaubt doch hier keiner im Ernst, dass nicht die anderen Bundesländer genauso intensiv an Verbesserungen arbeiten. Ich weiß aus anderen Landtagen, dass in Bayern oder in anderen Bundesländern Pisa nicht

(A) mit großer Zufriedenheit diskutiert wird, sondern dass alle im Interesse der Zukunft der Kinder und Jugendlichen versuchen, das System zu verbessern und zukunftsfähiger zu machen, denn Wissen ist unsere wichtigste Ressource.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das merken wir!)

Dazu gehören auch die Eltern. Wir haben vorhin über den Bereich Schulvermeidung gesprochen, Herr Senator Lemke appelliert ja an die gemeinsame, große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir hier haben, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, von hier auch noch einmal die Eltern aufzufordern, das häufige Fernbleiben von der Schule nicht als ein Kavaliersdelikt aus der Feuerzangenbowle zu nehmen, sondern den Kindern und Jugendlichen klarzumachen, wer Rechte hat, hat auch Pflichten, dass sie in die Schule gehen müssen und dass es notwendig ist, dem Unterricht zu folgen.

Die Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen, dass 14 Tage vor der Untersuchung nur jeder fünfte Schüler regelmäßig am Unterricht teilgenommen hat. Das kann nicht wahr sein! Deshalb ist es eine gesamte Aufgabe, die wir uns hier sehr entschieden vornehmen müssen.

Zur Frage des selektiven Schulsystems hat Kollege Mützelburg etwas gesagt, auch hiermit können wir überhaupt nicht zufrieden sein. Pisa zeigt, dass wir in Deutschland die Kinder zu früh in unterschiedliche Schulsorten einsortieren. Wir kennen ihn ja und haben den beharrlichen Ruf derer wieder gehört, die hier noch eher und konsequenter einsetzen wollen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie doch einfach, dass Sie nicht gemeinsam zu einem Konzept kommen! – Glocke)

Frau Linnert, es ist so, SPD und CDU haben unterschiedliche Ansätze in der Bildungspolitik. Das ist übrigens nicht neu, sondern das ist etwas, was lange schon bekannt ist. Die FDP und die SPD hatten auch unterschiedliche Ansätze. In der Ampel, Kollege Mützelburg hat ja aus seinen Erfahrungen im Koalitionsausschuss in der Ampel sehr kenntnisreich und nah berichtet, begann ja der beklagte Flickenteppich Realität zu werden.

Wir werden uns zusammenraufen, das kann ich Ihnen hier von dieser Stelle versprechen, und wir werden mit Sicherheit im September ein Konzept des Senats diskutieren, zu dem übrigens auch eine ganze Menge mehr Geld für den Bildungsbereich und den Sozialbereich, also den frühkindlichen Bereich, dazugehört. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das kann einen schon aufregen, was hier passiert. Da wird gesabbelt, gesabbelt und gesabbelt, und es ist nichts erkennbar von dem, was für die Zukunft unserer Kinder hier überhaupt nötig ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können auf diese Weise stundenlang weiterreden. Jeder hat noch etwas aus seinem Schmuckkästchen vorzutragen, ob das miteinander zusammenhängt, irgendein Bild ergibt, nein, können wir jetzt schon sagen, es gibt kein Bild, aus dem sich die Qualität des Unterrichts, die Leistungsfähigkeit der Kinder und die sozialen Probleme, die Pisa aufzeigt, tatsächlich lösen lassen. Ich will hier nicht über Bayern reden, ich will hier über Bremen reden, Herr Rohmeyer! Das ist der Kernpunkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. E c k h o f f [CDU]: Das wollen wir auch!)

Ich will auch nicht länger darüber reden, dass Sie hier Koalitionsspiele machen. Das war so offenkundig, und das ist langsam so ekelig, denn wir haben es hier nicht damit zu tun, dass Sie sich hier um Kleinigkeiten beharken, sondern es geht hier um etwas ziemlich Großes und Teures, das ist eine der teuersten Sachen, die wir in diesen beiden Städten haben, nämlich um das Bildungssystem, das für die Zukunft ausgerichtet sein muss. Deshalb will ich dazu noch ein paar Sätze sagen, meine Damen und Herren.

Wir haben vor wenigen Tagen die Shell-Studie, ein sehr verdienstvolles Unternehmen, bekommen. Diese Shell-Studie ist hoch interessant in zwei Punkten, was unsere Frage hier betrifft. Sie sagt erstens, die Schüler haben ein großes Interesse, die Jugendlichen, die sind ab zwölf Jahre befragt worden, also welche, die noch gar nicht bei Pisa dabei waren, an guter Bildung. 50 Prozent aller Befragten streben das Abitur an, auch in Bremen machen gerade etwas mehr als 30 Prozent das Abitur, und diese Kinder und Jugendlichen sind durchaus bereit, Leistung zu zeigen. Sie haben einen Anspruch auf Leistung. Wer Leistung zeigen will, der hat auch erst einmal einen Anspruch auf Vorleistungen derjenigen, die dieses System organisieren, nämlich der Politiker, und dann derer, die im Bildungssystem arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ohne diese Vorleistungen ist einfach die Forderung an die Jugendlichen, zeigt mehr Leistung,

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) absurd, wenn wir nicht erst etwas leisten. Das muss, glaube ich, schon einmal der Ausgangspunkt sein. Was schließe ich daraus? Es sind viel mehr Jugendliche, die Interesse an einem hohen Bildungsstand haben, und genau das ist eigentlich das, was wir alle haben müssten. Das spricht aber genau gegen das, was hier Herr Rohmeyer dauernd propagiert, nämlich gegen frühes Sortieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Teiser [CDU]: Deshalb haben die auch so ein beschissenes Ergebnis!)

Wenn viele hoch hinaus wollen, muss man vielen diese Chance erst einmal geben und nicht früh auslesen und sagen, du gehörst da nicht hin. Das macht aber Bayern. Deshalb erledigen wir dieses Bayernthema jetzt auch einmal.

Also noch einmal! Erstens: Wichtig ist, die Qualität in den bestehenden Schulen zu ändern, dazu brauchen wir die Lehrer. Die Pisa-Studie ergibt auch - ich will jetzt nicht weiter über Motivation reden -, dass Deutschland, was die Unterrichtsmethoden, den Umgang mit Kindern, den Umgang mit Kindern aus verschiedenen Bevölkerungsschichten im Unterricht und überhaupt in der Schule angeht, weit hinter den Erfordernissen und Praktiken anderer Länder zurück ist. Also müssen wir hier ansetzen, ansetzen durch Fortbildung der Lehrer, und zwar durch Fortbildung nicht nur in irgendwelchen Kursen, wo sie an irgendwelchen Präsenztagen hingesteckt werden, sondern durch Fortbildung, die sich aktuell mit den Problemen, die in der Schule auftreten, vor Ort beschäftigt, um Probleme zu lösen, um die Lehrer auch zu befähigen, mit den Kindern und Eltern zusammen im Unterricht unter sich die auftretenden Probleme lösen zu können. Das ist nämlich nicht nur abstraktes Wissen, sondern auch konkretes Wissen, das nötig ist.

(B)

Das kostet aber Zeit und Geld. Erstens, Personen, die diese Fortbildung machen, und zweitens kann man nicht immer noch eine Stunde, noch eine Stunde, noch eine Stunde, noch eine Stunde auf den Unterricht oben daraufpacken, auch nicht bei Lehrerinnen und Lehrern, es gibt einen normalen Arbeitstag. Wer Motivation haben will, der verschlechtert nicht die Arbeitsbedingungen, sondern sorgt dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer Zeit dafür haben, auch so ausgebildet zu sein, dass sie mit den Kindern umgehen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Wenn wir tatsächlich dazu kommen, dass alle Kinder in der Schule, nicht nur die aus sozial benachteiligten Schichten, sondern aus allen Kreisen, so gefördert werden, wie es jeweils ihrer Vorbildung entspricht, wie es auch ihren Wünschen, Ansprüchen und denen der Eltern entspricht – Herr Bürger, da haben Sie ja Recht, 40 Prozent der Eltern

meinen, in der Schule wird nicht genug geleistet, die Anforderungen sind nicht hoch genug, das mag ja richtig sein –, dann gehört dazu eben nicht nur, dass die Lehrer höhere Leistungen von den Kindern verlangen, sondern dass die Schule so organisiert ist, dass die Kinder überhaupt in den Stand gesetzt werden, diese Leistungsanforderungen zu erfüllen.

Wenn ich jetzt nach Pisa höre, in der Schule greift der Frontalunterricht wieder um sich, also vorn steht der Lehrer, erzählt, erzählt und erzählt, und die Kinder müssen irgendwie mitkommen, und wer nicht mitkommt, der hat eben Pech gehabt nach zwei, vier, sechs, acht Wochen oder spätestens beim Zeugnis, dann ist das die falsche Konsequenz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage noch einmal: Leistungsfähigkeit erhöhen heißt Vorleistung, Vorleistung heißt andere Arbeitsweisen in der Schule, anderen Umgang mit den Kindern, Fortbildung der Lehrer!

Jetzt komme ich noch einmal zur Ganztagsschule, meine Damen und Herren. Ganztagsschule ist nicht nur aus sozialpolitischen Gründen eine sinnvolle Sache, sondern Ganztagsschule als Schule, nicht nur als betreutes Angebot, gibt tatsächlich die Zeit, den Platz und vielfältige Möglichkeiten genau zu diesen Förderungen, die wir für alle Kinder wollen. Deshalb hat die Ganztagsschule als Ganztagsschule eine Perspektive. Wir als Grüne würden gern sehen, dass hier zügiger, mehr und schneller in allen Stadtteilen das nicht nur als Angebot, sondern auch als eine richtige Regelform der Schule für alle Kinder vorhanden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ganztagsschule erlaubt übrigens auch und zwingt auch zu anderen Arbeitsweisen, nämlich zu Teamarbeit unter den Lehrern, zu einer neuen Arbeitszeit, dann ist nicht mehr "nach eins ist meins" der Grundsatz, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer, Erzieher und Erzieherinnen müssen zu anderen Tageszeiten in der Schule sein. Daraus lösen sich viele Probleme, die wir jetzt auf dem Papier haben, praktisch, weil nämlich eine solche Organisationsform auch zu einem anderen Umgang mit der Zeit zwingt.

Jetzt als Letztes! Wenn wir dahin kommen, eine Schule für alle, die alle Kinder fördert und die den Wunsch von möglichst vielen Kindern und Eltern erfüllt, einen guten Schulabschluss zu machen, der höher liegt, als der heutige Schulabschluss ist, dann folgert daraus, dass man die Kinder möglichst lange zusammenlässt.

Wir können das Schulsystem nicht von heute auf morgen umstülpen, und erst einmal hat die Qualität Vorrang. Aber ich denke, wir brauchen eine Perspektive für diese Schulen. Diese Perspektive heißt nicht,

(A) am jetzigen Stufensystem festhalten, heißt nicht festhalten an der Orientierungsstufe, sondern heißt, die Grundschule weiterzuentwickeln, auf sechs Jahre, meinetwegen auch nur auf fünf Jahre, sie zusammenarbeiten zu lassen mit den Sekundarschulen, auch mit den Gymnasien, so dass mittelfristig daraus ein einheitliches Bildungs- und Schulsystem von der ersten Klasse bis zur zehnten, besser nur bis zur neunten Klasse, wie in Skandinavien, entsteht, wo alle Schüler differenziert zusammen unterrichtet werden können, damit anschließend möglichst viele auf eine gymnasiale Oberstufe gehen und nach zwölf Jahren Abitur machen können. Das ist die Perspektive und Vision, die wir in dem Zusammenhang haben. Ich glaube, ohne eine solche Perspektive mit einem anderen und besseren Unterricht, anderen und besser ausgebildeten Lehrern geht es nicht.

Jetzt komme ich noch einmal zur Frage der Zentralprüfung und all diesem Kram. Wir können zentrale Lernziele haben, zentrale Vorgaben haben und zentrale Überprüfungen. Ich bin sehr dafür, Vergleichbarkeit zu fordern. Aber zentrale Prüfungen verbessern nicht die Leistungen, wenn nicht die Voraussetzungen geschaffen sind, wenn nicht die Ziele definiert sind und die Schulen darauf ausgerichtet sind, die Kinder auch entsprechend auszubilden, sonst fallen sehr viel mehr als heute durch. Das kann nicht unser Wunsch sein, sondern wir wollen mehr Kinder zu besseren Abschlüssen bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann gehe ich einen Schritt weiter als Sie, Herr Bürger! Zentrale Bewertungen führen auch dazu, dass wir meiner Meinung nach, und das sage ich jetzt hier ganz persönlich, wegkommen müssen von den Standards, die jedes Bundesland für sich setzt. 16 Bundesländer, und jedes hat noch einmal seinen eigenen Flickenteppich! Wir brauchen da schon eine bundeseinheitliche Rahmenkompetenz für diesen Bereich des Bildungssystems, der sich dann auch deckt mit einer bundesweiten Finanzierung, wie sie ja für Ganztagsschulen vorgesehen ist.

Das beraubt nicht die Länder der Kompetenz, das gibt nachher den einzelnen Schulen, die kommunal wie in Bremen sein sollten, sogar eine größere Chance zur Selbständigkeit und Profilentwicklung, wenn es einen einheitlichen Rahmen gibt. Das wünsche ich mir, und das ist eine Perspektive für ein Bildungssystem, die nichts mit dem zu tun hat, was Sie hier abgeliefert haben an kleinlichem Hickhack, um Koalitionsspiele bis zur Bürgerschaftswahl durchzuführen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur auf einzelne angesprochene Stichpunkte eingehen. Es wird so getan, als wollten wir eine Selektion, die Guten ins Kröpfchen, die Schlechten ins Töpfchen.

(Zurufe von der SPD: Umgekehrt! – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer die alte Leier! Ist Ihnen das nicht selbst peinlich, Herr Rohmeyer?)

Meine Damen und Herren, ich habe es bewusst verquert, weil Ihre Argumentation da schon völlig verquert ist. Ich sage Ihnen ganz genau, und es wird gleich wieder Protest geben von der linken Seite des Hauses, wir wollen eine gute vierjährige Grundschule, an die sich anschließt bei Abschaffung der Orientierungsstufe ein gegliedertes, den Einzelnen förderndes, durchlässiges Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen noch einmal kurz das Wort Durchlässigkeit erläutern. Das gibt es heute in der Theorie, aber leider nicht in der Praxis. Nur, ich sage Ihnen ganz klar, den Auftrag, die Durchlässigkeit zu erhöhen, haben wir der Behörde des Senators für Bildung schon gegeben. Durchlässigkeit bedeutet, dass Schüler bei den entsprechenden Leistungen natürlich von der Hauptschule auf die Realschule, auf das Gymnasium wechseln können. Wie gesagt, in der Theorie gibt es das, die Praxis hat eine Durchlässigkeit in die andere Richtung hier in Bremen entstehen lassen, eine einseitige Durchlässigkeit. Wir wollen die Durchlässigkeit für diejenigen, die die entsprechenden Leistungen bringen, natürlich in die andere Richtung auch in der Praxis haben, meine Damen und Herren.

Dazu gehört, dass die einzelnen Schülerinnen und Schüler ihren Begabungen entsprechend gefördert werden, und dazu gehört auch eine Debatte, die jetzt gerade in Bremerhaven übrigens eine besondere Aktualität bekommen hat, dazu gehört auch, noch einmal zu sprechen - das haben wir hier im Landtag auch schon getan - über Sitzenbleiberregelungen, Versetzungsregelungen. Wie wir hören, soll es jetzt in Bremerhaven den Feldversuch geben - den wird es nicht geben, weil wir strikt dagegen sind, das sage ich Ihnen ganz klar -, dass dort das Sitzenbleiben bis zur Klasse neun in der Hauptschule abgeschafft werden soll. Damit kann man natürlich auf diesem Wege gegen die hohe Sitzenbleiberquote etwas machen, meine Damen und Herren, man löst aber das Problem nicht, wenn Sie einfach das Sitzenbleiben abschaffen. Es muss etwas für die Förderung der Schülerinnen und Schüler getan werden.

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) Herr Mützelburg, ich muss Sie daran erinnern, es geht ja etwas unter, Sie haben dieses Gremium, das ich jetzt ansprechen will, ja auch selbst schon abgeschrieben, die Kultusministerkonferenz, die nach Vorlage von Pisa einen Maßnahmenkatalog mit zwölf Punkten vorgestellt hat, der auch für Bremen gilt, den die Behörde auch umsetzt. Sie wollen jetzt hier einen Bildungszentralismus in Deutschland haben, der ein schlechtes System in ganz Deutschland gebracht hätte, wenn ich Ihre Vorstellungen hier eben richtig verstanden habe.

(Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Sie können das hier gern richtig stellen, Herr Mützelburg, aber dann stellen Sie sich hier nicht hin und sagen, Sie wollen hier auf einmal ein zentralistisches System einführen. Ich bin froh, dass wir in Deutschland einen Bildungsföderalismus haben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie hier von den Grünen alle gleichzeitig dazwischenrufen, kommt hier vorn sehr wenig an. Ich habe gehört, Sie wollen zentrale Bildungsstandards haben. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz klar, wir wollen uns am deutschen Meister orientieren. Die auf den vorderen Pisa-E-Plätzen lehnen sich ja nicht zurück und sagen, wir sind wunderbar. Sie arbeiten schon daran, dass sie noch besser werden, Frau Hövelmann!

(B)

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Der deutsche Meister heißt Borussia Dortmund!)

Der deutsche Meister bei Pisa-E heißt aber nicht Borussia Dortmund, Herr Mützelburg!

Es geht uns wirklich darum, ich will das nur noch einmal sagen, weil Sie so getan haben, als ob in Bayern ein entsprechend schlechtes Schulsystem ist: Meine Damen und Herren, die Qualität der bayerischen Schulausbildung, und das, denke ich, sollte Ihnen wirklich zu denken geben, liegt um Längen vor dem, was hier in Bremen leider zurzeit noch Usus ist. Ich sage Ihnen auch ganz klar, unser Ziel ist es, dass wir uns in einem ersten Schritt daran orientieren und dann im zweiten Schritt das nachholen müssen, was entsprechend in der Zwischenzeit in den vorderen Pisa-E-Ländern getan wurde.

Darum, meine Damen und Herren, ich will das hier nur noch einmal deutlich sagen, der Flickenteppich, der hier angesprochen wurde, trug vor Jahren noch die Überschrift Schulvielfalt.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, habe ich gesagt, daraus ist Schulbeliebigkeit geworden!) Es ist keine Schulbeliebigkeit geworden, Herr Mützelburg, aber ich sage Ihnen auch ganz klar, es gibt natürlich, da haben wir ja auch schon Ansätze gemacht, und da müssen wir noch viel stringenter weitergehen, Schulversuche wie zum Beispiel einen Schulversuch sechsjährige Grundschule. Da muss man sich genau fragen, ob man diesen Versuch noch weitermacht.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es gibt zwei übrigens!)

Ich weiß! Wir werden es uns in Zukunft nicht leisten können, in der einen Schule dies, in der anderen Schule jenes zu machen.

Nur, meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben das hier eben so eingeworfen, Sie haben selbst ganz erheblich zu diesem Flickenteppich beigetragen. An uns liegt es zum Beispiel nicht, dass es nicht das flächendeckende zwölfjährige Abitur für alle Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums gibt. Meine Damen und Herren, Sie von der SPD haben dafür gesorgt, dass es dies nicht für alle gibt, sondern dies noch auf Schulversuchsebene gemacht wird. Wir sind zum Beispiel sofort bereit, diesen Flickenteppich zu beseitigen. Sie wissen, es liegt an Ihnen, nicht an uns, dass dieser Flickenteppich hier weiter fortgeführt wird! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau Hövelmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition ist auch in diesem Feld zum Erfolg verurteilt, und zwar geht das nur gemeinsam. Ich möchte die Gelegenheit doch nutzen, öffentlich ganz freundlich und ruhig darauf hinzuweisen, dass das, was Sie eben gesagt haben, Herr Rohmeyer, nicht den pädagogischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht. Es ist komplett unstrittig, und zwar in der bundesdeutschen Debatte genauso wie in der internationalen, dass das Sitzenbleiben und das Zurückstellen - wobei wir in Bremen übrigens Weltmeister sind, da treffen wir uns dann mit den von Ihnen gern zitierten Bayern - nicht nur pädagogisch ineffektiv ist und für den Lernfortschritt überhaupt nichts bringt, sondern auch extrem teuer ist. Wenn wir dies zur Kenntnis nehmen, dann müssen wir uns doch damit auseinander setzen! Wir werden dieses Thema ja auch am runden Tisch Bildung behandeln.

Ich bitte an dieser Stelle nur sehr deutlich darum, das Thema Bildung, Entwicklung auch des Systems der Qualität des Unterrichts in Bremen sehr ernsthaft zu betrachten und dabei nicht die Gräben in den Köpfen so zu haben, dass wir uns immer nur

(A) nach hinten orientieren, sondern ich möchte mich erfolgreich in die Zukunft orientieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es soll in Zukunft besser werden, und ich möchte nicht von denen lernen, die das noch nicht erreicht haben, was ich mir wünsche. Das ist ein sehr freundlicher und unaufgeregter Appell an den Koalitionspartner: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, uns mit den Ergebnissen von Pisa intensiv inhaltlich auseinander zu setzen! Ich habe Sie ja schon ein paar Mal aufgefordert, dass wir einmal eine gemeinsame eintägige Klausur der Koalitionsmitglieder der Bildungsdeputation zu den Ergebnissen von Pisa organisieren.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss doch das Parlament nicht interessieren!)

Bisher hat das nicht geklappt, darum bitte ich hier öffentlich, und ich glaube, Herr Mützelburg, Sie sehen mir das nach, ich musste die Gelegenheit noch einmal nutzen. Ich appelliere an Ernsthaftigkeit!

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind doch hier keine Selbsterfahrungsgruppe der Koalition!)

Das habe ich auch überhaupt nicht so gemeint, aber es bleibt mir kaum etwas anderes übrig, wenn ich jetzt hier nicht auf die CDU-Positionen einschlagen möchte. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die politische Verantwortung für das Desaster bei der Pisa-Untersuchung trage ganz allein ich. Ich trage diese politische Verantwortung dem Haus gegenüber, aber was mich viel mehr bedrückt, ich trage diese politische Verantwortung den Bremer Eltern gegenüber, den Kindern gegenüber, denen gegenüber, die in meiner Verantwortung liegen. Das ist die große Last, die ich zu tragen habe.

Ich kann es aber nicht allein durch politische Alleingänge, Anordnungen oder einfach durch ein Hebelumschalten oder durch das Drücken eines Computerknopfes beheben, sondern ich kann dies nur verändern und meiner politischen Verantwortung gerecht werden, wenn wir alle uns unserer eigenen Verantwortung bewusst werden,

(Beifall bei der SPD)

auch Sie, meine Damen und Herren, als Abgeordnete, wenn es darum geht zu analysieren und mit ganz klarem Kopf die Ursachen zu erforschen: Wie konnte es passieren, dass die Bremer Schülerinnen und Schüler ein derartig schlechtes Zeugnis ihrem Bildungssenator präsentieren mussten? Natürlich viel wichtiger ist die Konsequenz, die Vorausschau: Wie können wir denn in Zukunft das Schiff so anders steuern, dass wir uns nicht schämen müssen, wenn wir hinausgehen aus Bremer Landen und hinausgehen in Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland oder in Europa?

Sie fragen zu Recht, Herr Dr. Kuhn, warum es keine Antwort gibt. Sie wissen so wie ich, Herr Mützelburg hat das ja gesagt, wir haben unsere Schularbeiten gemacht und dann aber gesagt: Ist es eigentlich sinnvoll, so auf halber Strecke oder kurz vor dem Ende der Diskussion, der Analyse uns hier schriftlich festzulegen?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Hatten Sie doch schon!)

Ich für meinen Teil, für mein Haus, habe das getan, aber wir haben es dann noch einmal sehr grundsätzlich diskutiert, ob es denn Sinn gibt, das so in schriftlicher Form zu manifestieren und auf halbem Weg oder kurz vor dem Ziel, können wir auch sagen, das schriftlich zu tun.

Wir fanden es richtig, und da gab es eine hohe Übereinstimmung zwischen den Koalitionspartnern und im Senat, zu sagen, nein, es ist nicht klug, jetzt einen Zwischenbericht zu geben, sondern wir wollen noch die nächsten Wochen nutzen. Wir wollen insbesondere auch die Ergebnisse des runden Tisches nutzen. Was gibt es denn für einen Sinn, meine Damen und Herren, wenn wir einen mit 42 hoch kompetenten, an Bildungsfragen interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit auswärtigen Experten bestückten runden Tisch einrichten und weit vor Ende des Abschlusses dieser Arbeiten uns schon manifestieren in konkreten Antworten auf Pisa?

Meines Erachtens war es richtig, auch wenn es formal nicht korrekt war. Ich bin ja auch diesbezüglich vom Präsidenten der Bürgerschaft angeschrieben worden, gerügt worden, wenn Sie so wollen. Ich nehme diese Rüge hin, ich sage, es soll möglichst nicht häufig wieder vorkommen, aber in dieser Situation haben wir im Senat gesagt, wir wollen Sie um Verständnis dafür bitten, dass wir noch einige Wochen brauchen.

Etwas verwundert war ich aber, lieber Kollege Mützelburg – in vielen Dingen stimmen wir überein –, als ich aus dem Urlaub zurückkam und in der Zeitung las, dass Sie empört sind, dass wir innerhalb von sechs Wochen keine strukturellen Antworten haben, keine Konsequenzen aus den Pisa-E-Ergebnissen gezogen haben! Ich sollte also die sechs Wochen

(D)

(A) Ferienzeit genutzt haben, um die Antworten auf dieses Desaster zu geben.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Haben Sie doch schon längst!)

Ich komme gleich dazu! Lieber Herr Mützelburg, Sie wissen besser als ich, dass sechs Wochen überhaupt nicht reichen, um nur eine einzige Antwort zu nennen. Das heißt, Sie nutzen dies, um hier politischen Honig zu saugen! Ich habe Verständnis aus der Situation, in der Sie sind als Opposition, aber ansonsten fehlt mir jegliches Verständnis dafür, dass Sie das nach sechs Wochen Ferienzeit hier von mir verlangen. Das zum einen, weshalb es heute hier keine Antwort gibt!

Ich werde Ihnen gleich die Maßnahmen nennen, die wir konkret angegangen sind, denn Sie haben mich zu Recht zitiert, dass ich gesagt habe, ich warte nicht, bis ich im Juni ein schlechtes Ergebnis bekomme. Sie können auch überall nachlesen, dass ich dieses schlechte Ergebnis schon vor dem Dezember 2001 prophezeit habe, weil ich meine Schulen kenne! Ich kenne mich in den Schulen aus, ich kenne die Lehrerinnen und Lehrer, deren Probleme, die Schulleiter, deren Probleme. Ich weiß das, ich brauchte nicht dieses furchtbare Zeugnis zu bekommen, Herr Mützelburg!

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann hatten Sie ja Zeit genug!)

(B)

Deshalb haben wir ganz viele Maßnahmen eingeleitet, die ich Ihnen alle noch einmal nenne, obwohl Frau Hövelmann in ihrem Debattenbeitrag einige sehr wesentliche schon genannt hat. Ich werde sie Ihnen nennen, aber bevor ich das mache, sage ich Ihnen noch einmal genau, warum ich angetreten bin.

Die Zielsetzungen meiner Arbeit: Ich möchte hier in Bremen mehr Kindern zu höheren Schulabschlüssen verhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mein allererstes Ziel, weil ich aus einer langjährigen, nichtpolitischen Erfahrung weiß, dass wir unseren Kindern dann Chancen verbessern und eröffnen, wenn wir die schulische und berufliche Ausbildung so gut wie möglich gestalten. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Wir müssen alle Begabungen unserer Kinder frühzeitig erkennen. Das tun wir sehr häufig nicht. Wir müssen sie dann auch viel gezielter fördern, als wir das bisher getan haben. Diesen Begabungen, die in unseren Schulen vorhanden sind, müssen wir viel besser gerecht werden, als wir das bisher in unserem bremischen Schulsystem tun.

Drittens: Jetzt gibt es aber auch Schwächen unserer Schülerinnen und Schüler, auch die erkennen wir leider nicht, weil offensichtlich die Lehrerinnen und Lehrer, Herr Mützelburg, nicht dazu ausgebildet worden sind, diagnosefähig zu werden. Deshalb ist das eine Baustelle, an der wir auch arbeiten und wozu wir auch Antworten zu geben haben. Aber zu diesem Punkt, wie kommen wir dazu, unseren Kindern bessere Abschlüsse zu geben, dazu, muss ich sagen, müssen wir die Diagnose, und zwar ganz früh in der Grundschule, schon deutlich verbessern.

Jetzt kommt ein weiterer Punkt, und den nehmen Sie mir bitte nicht krumm! Das besondere Desaster der Pisa-E-Ergebnisse ist doch, dass wir in den Familien, die bildungsfern sind, so ein furchtbares Ergebnis haben, dass 38 Prozent dieser Kinder, obwohl sie als Fünfzehnjährige getestet worden sind, auf dem Stand eines Fünftklässlers geblieben sind. Das ist ein Desaster, das wir natürlich auch in den vergangenen Jahren immer wieder erfahren haben, wenn wir von den Ausbildungsbetrieben die Ergebnisse der schriftlichen Arbeiten bekamen.

Bei der Deutschen Bundesbahn hat man mich einmal damit konfrontiert, die haben den Aktenordner gezogen und haben gesagt: Lesen Sie sich das einmal durch! Schauen Sie sich die Ergebnisse der Ausbildungseingangsprüfung einmal an! Ich bin fast in Ohnmacht gefallen, was ich da zu lesen hatte, und das aufgrund dieser Ergebnisse! Wir brauchen aber auch einen qualifizierten Beruf, der sich aus einem Hauptschulabschluss entwickelt. Deswegen müssen wir auch hierauf eine Antwort geben.

Ich kann nicht diese Familien allein lassen, sondern ich muss genau diese Familien, diese 38 Prozent, viel gezielter fördern, damit sie auch zum Hauptschulabschluss kommen, und zwar möglichst schon nach zehn Jahren und nicht erst nach zwölf Jahren oder noch durch Einschaltung von Volkshochschulkursen oder sonst etwas. Ich muss sie viel gezielter fördern, während sie ihre Schulzeit in der allgemeinen Schule verbringen.

Jetzt zu den Maßnahmen, die wir konkret eingeleitet haben! Wir haben mit der Kollegin Frau Röpke schon seit Dezember 2001, vorher mit ihrer Vorgängerin, die Maßnahmen diskutiert, und wir sind dabei, sie in sehr engem Schulterschluss umzusetzen. Das ist nicht immer selbstverständlich, dass Ressorts so offen und kooperativ zusammenarbeiten, wie wir das hier in Angriff genommen haben. Sie können aber nicht erwarten, dass das alles, die Sprachtests, die Sprachförderung im Kindergarten, die Ausbildung der Erzieherinnen, von jetzt auf gleich umgesetzt werden kann. Das sind ganz wichtige Dinge.

Übrigens, Herr Rohmeyer, Ihnen wollte ich sagen, ich orientiere mich nicht am deutschen Meister, dann müssen Sie bitte in der Sportlersprache sagen, ich orientiere mich am Champions-League-Sieger, und

(A) das ist Finnland. Die haben 60 Prozent Abiturienten, davon sind wir weit entfernt!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sie wollen Bremen ernsthaft immer noch mit Finnland vergleichen? – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Deutschland!)

Nein, Deutschland! Ich will den Industriestandort Deutschland mit dem Industriestandort Finnland vergleichen! Die haben eine hohe Technologie, denken Sie an viele Firmen, Nokia fällt mir ein, auch andere Firmen, die wirklich exzellent sind. Aber – das sage ich jetzt hier entschuldigend zu unseren Lehrerinnen und Lehrern – die haben zwei Prozent Migrantenkinder, wir haben hier getestet 40,6 Prozent! Das müssen wir all denjenigen, die uns attackieren, sagen. Vergleichen Sie bitte nicht die Ausgangssituation von Bayern mit 20 Prozent mit unserer mit 40,6 Prozent!

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch eine Ursache, das wissen wir doch alle, die zu diesem furchtbaren Ergebnis geführt hat, weil wir noch nicht die Antwort darauf gefunden haben, wie wir diese Kinder eben viel gezielter fördern, als wir das bisher getan haben.

(B) Den ersten Punkt habe ich genannt. Ich habe den zweiten Punkt auch genannt, Einsetzung eines runden Tisches schon zu Beginn des Jahres 2002. Die Ergebnisse werden nach einer sehr gründlichen Analyse im Oktober dieses Jahres erwartet, und ich werde sie Ihnen präsentieren. Ich habe gesagt, wir alle tragen Verantwortung. Ich habe Sie persönlich angesprochen, ich habe hier im Haus mehrfach die Elternhäuser angesprochen. Erziehung und Bildung fangen in den Elternhäusern an!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es gibt aber auch Familien, die wir gezielt fördern müssen, die das nicht aus eigener Kraft leisten können, meine Damen und Herren. Jeder, der sagt, wir können Chancengleichheit erzielen, der kennt die Wahrheit nicht. Wir bekommen keine Chancengleichheit hin, aber wir müssen uns heftig darum bemühen für die Kinder, die zum Teil mit gleichen kognitiven Leistungen antreten und nicht die Chancen bekommen, die Kinder aus Familien mit einem Bildungshintergrund bekommen. Das ist übrigens auch ein dramatisches Ergebnis aus Pisa, wenn Sie sich das einmal anschauen, dass Kinder mit gleichen kognitiven Voraussetzungen aus bildungsfernen Haushalten vierfach schlechtere Bildungschancen haben in Deutschland. Das ist kein Bremer Problem, sondern ein Problem in Deutschland, das ist eine Schande, meine Damen und Herren. Das haben

unsere Kinder in Deutschland, in Bremen nicht verdient.

(C)

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich habe über die Eltern gesprochen, und ich habe allen Eltern in Bremen einen Brief geschrieben, in dem wir ganz dezidiert auch noch einmal darauf hingewiesen haben, dass sie alle eine Mitverantwortung tragen. Wir können nicht den Lehrerinnen und Lehrern den Auftrag geben, das allein umzusetzen, sondern sie müssen ihren Beitrag auch dazu leisten.

Wir haben mehrere Schulleiterveranstaltungen durchgeführt, in denen wir mit den Schulleitern die Ursachen diskutiert haben. Eine Ursache ist ohne Frage die fehlende Testkultur an Bremer Schulen. Wir haben in Bremen leider nicht die Einstellung, dass Leistungen, dass Ziele gesetzt werden.

(Glocke)

Irgendjemand, Herr Präsident, hat mir einmal erzählt, die Redezeiten gelten nicht für Senatoren. Können wir das eben klären?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Normal ist das richtig! – Abg. Eck-hoff [CDU]: Normal hält sich der Senat daran!)

Heute halte ich mich nicht daran, weil das Thema viel zu wichtig ist, Herr Eckhoff!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mit den Schulleitern dieses Problem der fehlenden Testkultur besprochen. Die Schulleiter teilen meine Auffassung, dass es dringend erforderlich ist, hier umzudenken. Wir müssen dazu kommen, dass wir nicht immer nur reden, was wir in die Schulen geben, sondern wir müssen auch darüber reden, was bekommen wir an Rückmeldungen aus den Schulen, wie schaffen wir es, die Sitzenbleiberquote zu senken! Das ist mein Ziel.

Ich sage nicht, wir dürfen die Kinder nicht mehr sitzen bleiben lassen. Aber mein Ziel, Herr Rohmeyer, ist, die Schulen so auszustatten, dass sie das Geld gezielt einsetzen zur Förderung derjenigen, denen sie im Halbjahreszeugnis sagen: Du schaffst es nicht. Die sollen gezielt gefördert werden! Die sollen Nachhilfe bekommen, nicht von ihren Eltern, die sich das erlauben können, weil sie eine dicke Brieftasche haben, sondern weil wir die Verantwortung haben, weil wir das an die Schulen übertragen und sagen, liebe Lehrerinnen und Lehrer, bitte gezielt fördern, um die Sitzenbleiberquote zu senken!

Das ist angekommen bei den Schulen, die natürlich fragen: Okay, aber wie sollen wir es denn ma-

(A) chen? Jetzt hat Frau Hövelmann gesagt: Sprachkurse! Das ist eine ganz klare Antwort, da habe ich nicht erst bis zu Pisa-E gebraucht, sondern das haben wir am 1. Februar 2002, Herr Mützelburg, bereits durchgeführt, und es hat eine große Zustimmung gegeben in der Bevölkerung und auch bei den Schulen. Das läuft!

Wir machen Leseintensivkurse, das dient zur Förderung von Kindern. In der zweiten Klasse, meine Damen und Herren, gibt es die ersten Kinder, die keine Spur von Rechnen, Schreiben, Lesen mitbekommen haben. Das sind nicht viele, ein Kind, zwei Kinder, das ist unterschiedlich an den Schulen. Diese Kinder sind bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden, die sind mit durchgeschleppt worden. Das war schwierig, aber sie sind eben nicht gezielt gefördert worden.

Wir haben im letzten Jahr in drei Feldversuchen herausgefunden, wenn man diese Kinder ein Vierteljahr aus den Klassen herausnimmt, sie in Kleingruppen mit nur acht Kindern fördert, dann gibt es auf einmal ein Aha-Erlebnis. Diese Kinder, von denen wir gedacht haben, die schaffen es nie, die kommen auf einmal zurück in die Klasse, sind stolz wie Oskar und sagen: Ich kann jetzt lesen, ich kann jetzt schon ein bisschen schreiben, ich kann schon ein bisschen rechnen. Das, Herr Rohmeyer, verstehe ich unter einer gezielten Förderung von Kindern, die es brauchen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Das möchte ich entsprechend weiter fördern, und das ist eine Maßnahme, Herr Mützelburg, wo wir nicht auf irgendwelche Pisa-Diskussionen im Parlament gewartet, sondern gesagt haben, wir kratzen alles zusammen, was wir haben, nehmen den Schulen - was Sie eben kritisiert haben, was ich genau richtig finde - die mit der Gießkanne verteilten Mittel weg und sagen, wir wollen jetzt genau sehen, wofür ihr Sozialstrukturmaßnahmen ausgebt, ich will genau jede einzelne Stunde von euch belegt haben. Findet am Nachmittag eine Schach-AG statt, oder fördert ihr, wie ich das als Senator will, schwache Kinder, oder, was ich auch okay finde, macht ihr eine ganz gezielte Begabtenförderung über computergesteuerten Unterricht, wie auch immer? Wir können da Dinge parallel entwerfen, das ist auch okay.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Lemke, dafür brauchen wir verlässliche Richtlinien! Wo sind sie denn?)

Wir brauchen verlässliche Richtlinien. Aber wir brauchen als Wichtigstes grundsätzlich ein Umdenken, Frau Linnert! Wir brauchen ein Umdenken bei Eltern, bei Lehrern und bei Bildungspolitikern. Wir müssen eine bessere Schule schaffen, und zwar nicht, indem wir uns hier den Schädel einschlagen, sondern indem wir einen gemeinsamen Schulterschluss

hinbekommen. Da sind wir unseren Kindern gegenüber einfach in der Verantwortung.

Wir haben ja einige wenige Schüler, die hier noch dieser Diskussion folgen, die müssen doch eigentlich sagen: Das darf doch kein Wahlkampfthema sein, das muss doch ein Thema sein, das in die Zukunft gerichtet ist für unsere Stadt. Das Ergebnis ist so vernichtend, ich leide wirklich unter den Ergebnissen. Aber bitte, lassen Sie uns das nicht für einen Wahlkampf missbrauchen, sondern lassen Sie uns auch diese Chancen nutzen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein Wahlkampfthema!)

Herr Mützelburg hat nach weiteren Maßnahmen gefragt. Ich habe nicht die Vergleichsarbeiten erwähnt. Im November 2001 habe ich angeordnet, dass wir Vergleichsarbeiten in Klasse drei, in Klasse sechs, in Klasse zehn schreiben. In allen Bremer Schulen hat das mit Erfolg stattgefunden, an Bremerhavener Schulen übrigens auch. Da haben sie es nur nicht in Klasse zehn gemacht, weil sie es schon seit Jahren in Klasse neun machen, und das habe ich nicht in Frage gestellt. Wissen Sie, was die Konsequenz dieser Vergleichsarbeiten ist? Dass auf einmal Lehrerinnen und Lehrer aus den unterschiedlichen Klassen miteinander kommunizieren über Inhalte, über Ziele, sie reden mit anderen Schulen, das ist absolut gewollt, und das empfinde ich als ausgesprochen positiv!

Diese Standards, ausgehend von der KMK, werden wir weiter ausbauen. Es wird dort im nächsten Jahr zentrale Aufgaben geben. In diesem Jahr – ich musste ja diese Vergleichskultur erst einmal implementieren – haben wir es den Schulen überlassen. Im nächsten Jahr gibt es standardisierte, zentral ausgegebene Aufgaben, um zu sehen, wo befinden sich die einzelnen Schulen.

Jetzt wieder etwas Wichtiges, übrigens etwas, was ich in Finnland gelernt habe, die sagen: Macht nicht ein Ranking im Sinne von name, blame, shame, sondern schaut euch das Ranking, das ihr danach ja bekommt, an, und achtet darauf, dass die Schulen sich in einer Vergleichbarkeit mit anderen Schulen befinden. Ich kann nicht eine Osterholzer Schule mit einer Schwachhauser Schule vergleichen, aber untereinander gibt es sehr wohl vergleichbare Schulen! Da würde ich sehr gern dann die Schulen, die nicht die Ergebnisse erhalten wie die vergleichbaren Schulen, motivieren, sich mit neuen Methoden auseinander zu setzen oder erst einmal zu analysieren: Wie kommt das denn? War da Unterrichtsausfall? Hat da eine Lehrerin nicht das erreicht, was sie sich vorgenommen hat? Hat sie Disziplinarprobleme?

Diese Vergleichsarbeiten, meine Damen und Herren, sind eindeutig eine richtige Maßnahme, Herr Mützelburg. Wir haben nicht gewartet, sondern sie

(A) haben alle im Mai 2002 stattgefunden und werden in diesen Wochen auch bearbeitet und analysiert. Eine richtige und konsequente Antwort auf die Pisa-E-Untersuchung!

Ich sage Ihnen noch etwas! Bei den Schulleiterdienstbesprechungen ist mir versprochen worden: Lieber Herr Senator Lemke, glauben Sie nicht, dass wir unter diesen Ergebnissen nicht genau so leiden wie Sie, und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, lieber Herr Senator Lemke, im Mai 2003, wenn die nächsten Pisa-Untersuchungen anstehen, dann werden alle Bremer Schulen gemeldet, nicht die Privatschulen vergessen, sondern alle Fünfzehnjährigen kommen in den großen Topf, werden dann ausgelost, welche gezogen werden, ist eine andere Frage.

Aber wir werden unsere Schülerinnen und Schüler anders darauf vorbereiten, wir werden sie anders motivieren, und wir werden nicht sagen, kreuzt das an und gebt ab, das hat keinen Einfluss auf eure Noten, auf eure Zeugnisse. So ist es nämlich beim letzten Mal gemacht worden. Das verspreche ich Ihnen, das wird im nächsten Jahr nicht wieder stattfinden. Von daher garantiere ich Ihnen – die Wette gilt, das habe ich mit Professor Baumert gemacht, das mache ich auch mit jedem von Ihnen –, dass die nächsten Ergebnisse in Bremen, wir bekommen sie leider erst Ende 2004 hier zur Kenntnis, besser werden. Frau Linnert, da mache ich auch mit Ihnen eine Wette!

(B) Die letzten Punkte! Wir haben verschiedene Bereiche eingesetzt, um einen besseren Unterricht konkret umzusetzen, ich sage nur Schule und Partner. Herr Mützelburg, Sie wissen das, das Versuchsprogramm am AWI, eine exzellente Geschichte. In der Oberstufe wird Unterricht in den Naturwissenschaften am AWI mit den Forschern gemeinsam gemacht. Das sind ganz spannende und tolle Modelle. Die haben wir bereits, das sind Maßnahmen, die wir bereits umgesetzt haben.

Außerdem haben wir umgesetzt, das wissen Sie übrigens auch, Schulvermeidung, ein katastrophales Thema in Bremen! 2000 Schulvermeider, Frau Hövelmann hat das eben auch angesprochen! Wie können wir denn erwarten, dass die den Pisa-Test erfolgreich absolvieren, wenn sie wochen-, monateoder jahrelang überhaupt nicht in den Schulen gewesen sind? Das, Herr Mützelburg, wissen Sie, müssten Sie wissen, Sie sind immer bei den Deputationssitzungen dabei gewesen. Das sind Dinge, die wir umgesetzt haben.

Der allerletzte Punkt ist: Wir haben vor, die Behörde umzustrukturieren, auch da muss der Gedanke der Qualität verstärkt Einzug halten. Wir haben hier unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit umstrukturiert, damit nicht alle immer sagen können, dafür ist der zuständig oder jener, sondern ich möchte klare Verantwortung haben. Wir werden das im Herbst umsetzen. Die Behörde hat diesen Prozess hervorragend mitgetragen.

Schlusssatz: Pisa ist für uns alle ein Schock gewesen. Aber Pisa kann, weil es ein solch katastrophales Ergebnis für Bremen gewesen ist, auch eine große Chance für uns sein. Aber es muss in den kommenden Wochen und Monaten jede Ideologie beiseite geschoben werden, und wir müssen fragen: Was ist gut für die Kinder in unserer Stadt? Wie können wir die Lehrer erreichen? Das sind die entscheidenden Fragen.

Wenn es uns gelingt, die Schulleitungen mitzunehmen, den Schulen zu sagen, ja, wir sehen ein, ihr braucht für dies oder jenes ganz gezielt mehr Geld, und wir geben es euch auch, aber ihr müsst immer genau sagen, wofür ihr es ausgebt, wenn wir diesen Schulterschluss vorzeigen vom Parlament in die Schulen, zu den Schulleitungen, zu den Lehrerinnen und Lehrern, dann erreichen wir garantiert auch die Schülerinnen und Schüler, um die Beliebigkeit wegzubekommen, um die Leistungsbereitschaft, die Freude am Lernen zu wecken und da eine neue Motivation zu bekommen. Aber das geht nicht allein, und das geht auch nicht nur auf diesen schmalen Schultern, dazu brauche ich Sie alle. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, wir haben noch einen Redner auf der Liste.

Das Wort hat der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin gespannt, ob es ein Redner bleibt oder ob sich der eine oder andere doch noch zu Wort meldet. Herr Senator Lemke, den letzten Appell kann ich voll und ganz unterstreichen. Pisa war für Deutschland ein Schock, aber Pisa-E war ein Schock für Bremen. Wir müssen alle in dieser Frage zusammenstehen und darüber diskutieren, welche Antworten wir geben.

Daher, Herr Mützelburg, ist das überhaupt nichts Unanständiges, wenn heute keine Antwort debattiert wird,

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Unanständig habe ich nicht gesagt!)

sondern, Sie wissen das ganz genau, es wird sich am 8. September ein Koalitionsausschuss mit diesem Thema beschäftigen. Da wird es überhaupt kein Gerangel geben, sondern da wird man sich verständigen, welche Konsequenzen man aus Pisa zieht. Das ist unser Ziel, und dazu werden wir sicher auch unseren Beitrag leisten.

Ich möchte aber trotzdem einige Bemerkungen machen, vor welchem Hintergrund wir tatsächlich debattieren. Bremen, und deshalb finde ich es interessant und auch die Zwischenbemerkungen, die (D)

(A) Herr Lemke dazu gemacht hat, ist auf einem Abstiegsplatz, das Schlusslicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Nun ist es natürlich zu Recht redlich, über die Champions League zu sprechen, aber, liebe Frau Hövelmann, lieber Herr Lemke, Sie wissen das ganz genau, dafür muss man sich erst einmal qualifizieren. Dazu muss man unter die ersten drei Plätze kommen, damit man die Qualifikation für die Champions League hat. Insofern ist es überhaupt nichts Schlimmes, dass man natürlich auch über Bayern spricht und auch aus Bayern die richtigen Konsequenzen zieht.

Wir brauchen deshalb überhaupt keine bayerische Bildungsdebatte zu führen, aber wir werden uns natürlich in den Punkten auch an den Bundesländern orientieren, wo es einfach besser mit den Ergebnissen von Pisa geklappt hat. Wir machen dies ja nicht nur vor dem Hintergrund einer bildungspolitischen Dimension. Fragen Sie den Wirtschaftssenator Josef Hattig, der kann Ihnen berichten, wie häufig er aus dem Bereich der Wirtschaft auf Pisa angesprochen worden ist! Wenn es uns nicht gelingt, die richtigen Konsequenzen aus diesen Pisa-Ergebnissen zu ziehen, dann können wir uns wirtschaftlich noch so sehr anstrengen, dann werden wir damit immer wieder einen Rückschlag erleiden. Wir wollen sowohl im Bereich der Wirtschaft die richtigen Entscheidungen treffen als auch im Bereich der Bildungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(B)

Dazu muss man doch auch Folgendes sagen, und das mache ich völlig ohne Häme, aber, Frau Hövelmann, die Sozialdemokraten sind mit ihrer Bildungspolitik angetreten, um besonders den sozial Schwächeren zu helfen. Das Ergebnis von Pisa-E ist, dass es für die Leute aus den bildungsfernen Schichten in keinem Bundesland schwieriger als in Bremen ist, überhaupt einen Schulabschluss zu machen. Deshalb sind Sie leider mit Ihrem Ansatz, wie Sie hier Bildungspolitik gewählt haben, nach dieser Untersuchung gescheitert, und deshalb müssen wir gemeinsam neue Wege gehen, und Sie müssen auch in der Lage sein, die sozialdemokratischen Wege zu verlassen, liebe Kollegin Hövelmann!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hövel – mann [SPD]: Wir werden die neu definieren, nicht verlassen!)

Darüber hinaus auch noch diese Bemerkung: Es ist nicht nur eine Frage des Geldes, aber natürlich auch eine Frage des Geldes. Da machen wir uns überhaupt nichts vor. Wenn man sich allerdings die durchschnittlichen Kosten anschaut, die man pro Schüler hier in die Bildungspolitik gibt – da gibt es ja unterschiedliche Zahlen, einmal mit LIS, einmal ohne LIS –, kann man festhalten, da sind wir von

den Ausgaben her eher in der Spitzengruppe und von den Ergebnissen am Tabellenende. Deshalb ist doch der Stand der Dinge, dass irgendetwas in der Struktur nicht richtig sein kann. Wo bleiben die Gelder?

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Gesamtschulen wären viel billiger!)

Das müssen wir doch gemeinsam erarbeiten, wir können doch als Haushaltsnotlageland nicht das Geld hineingeben, und die Leistungen stimmen nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage aber auch ganz deutlich, wir wollen uns mit Ihnen da auch verständigen.

(Zuruf von der SPD: Na, dann einmal los!)

Wir haben daran Interesse. Wenn die Verständigung auch bedeutet, dass wir einen Umbauprozess finanziell begleiten müssen, dann werden wir, so wie wir das auch in anderen Bereichen des Haushalts gemacht haben, das natürlich tun und auch zusätzliche Finanzmittel dafür zur Verfügung stellen, aber für ein Umbauprojekt, liebe Frau Hövelmann!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich möchte zu drei bis vier Punkten darüber hinaus noch Bemerkungen machen. Wir selbst haben alle miteinander die Verantwortung, das hier zu diskutieren. Wir als CDU-Fraktion haben dazu Vorschläge gemacht, und zwar sehr ausgiebig in einem Diskussionspapier. Da kann man nun sagen, das eine oder andere gefällt uns nicht, aber wir hätten das schon ganz gern hier auch im Einzelnen debattiert. Herr Mützelburg hat gesagt, das ist alles Wahlkampfgeplänkel.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich nicht gesagt! Koalitionsgerangel!)

Oder Koalitionsgerangel oder was auch immer! Erst einmal ist es etwas völlig Natürliches, wenn in einer Koalition auch um Positionen gerangelt wird, Herr Mützelburg, das ist doch selbstverständlich!

(Beifall bei der CDU)

Aber wir haben die Angebote gemacht. Nun kann man sagen, das ist alles Ideologie, was Herr Rohmeyer da aufgeschrieben hat.

(Zurufe von der SPD)

Das sehe ich überhaupt nicht! Das ist ein kluges Papier, das sich mit den Problemen schon vor der

(A) Schule bis hin zum Abitur sehr differenziert mit einzelnen Punkten beschäftigt. Das ist unser Gesprächsangebot. Auf die Antworten aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion warten wir. Wir haben eine Antwort vom Senator bekommen. Er hat in der "Welt" vom 27. Juni 2002 mitgeteilt, 80 Prozent unseres Bildungspapiers unterstreicht er und trägt er mit. Welcome to the club, Herr Senator! Wir freuen uns, dass Sie 80 Prozent mit uns sofort umsetzen können.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir reichen Ihnen die Hand dazu. Ich hoffe, wir einigen uns am 8. September mindestens auf die 80 Prozent.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann waren das die Selbstverständlichkeiten darin, die 80 Prozent!)

Herr Kuhn, der Senator hat mir dazu sogar einen Brief geschrieben. Das sind nicht nur die 80 Prozent Selbstverständlichkeiten, die darin stehen. Das ist durchaus mehr, aber wir werden uns da schon entsprechend intern verständigen.

Ich möchte zu zwei einzelnen Punkten noch etwas sagen. Der Schulstart! Herr Senator, das sage ich auch ganz eindeutig, da hat man sich ja im Vorfeld zum Beispiel auf solche Sachen wie Präsenztage verständigt.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Das hat die CDU gemacht!)

Nein, das haben wir beide gemacht, Frau Jansen! Das hat nicht die CDU gemacht. Das haben beide Koalitionspartner gemeinsam beschlossen. Dies hat dazu geführt, dass der Schulstart in diesem Jahr deutlich besser geklappt hat, dazu beglückwünschen wir Sie, Herr Senator Lemke! Das ist eine wirklich gute Leistung gewesen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Es war mehr als nur die Präsenztage!)

Ja, es war mehr, aber es waren auch die Präsenztage!

Darüber hinaus zwei Bemerkungen: Nun kann man sich ja über pädagogische Fragen streiten und so weiter. Das nur als grundsätzliche Bemerkung: Unser Prinzip ist, dass wir gemeinsam fordern und fördern wollen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Na, da sind wir uns ja einig! Aber wie?)

Das ist das Entscheidende: Aber wie? Aber es ist schon eine deutliche Umkehr der Politik, die wir über viele Jahre hier gehabt haben. Da hat man gefördert, indem man das Niveau nivelliert hat.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ach, Quatsch!)

Das Ergebnis sieht man jetzt leider in den Pisa-Ergebnissen. Diesen Weg wollen wir nicht mehr! Meinetwegen und sicherlich auch nach Überzeugung der gesamten CDU-Bürgerschaftsfraktion können hier in Bremen 100 Prozent der Schüler Abitur machen, wenn sie denn die Leistung bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Deshalb müssen wir uns gemeinsam verständigen: Wo legen wir die Leistungslatten an? Was definieren wir für das Gymnasium? Was definieren wir für die Realschule? Was mir noch wichtiger ist: Was definieren wir für die Hauptschule? Die haben wir doch alle gemeinsam in den letzten Jahren sträflich im Stich gelassen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus müssen wir auch gemeinsam prüfen, wo Fördermaßnahmen ansetzen müssen. Da sind erste Maßnahmen verabredet worden, dazu haben auch die Bürgerschaftsfraktionen, da ging es ja um Finanzierungsprobleme, ihren Beitrag geleistet. Sowohl die SPD als auch die CDU haben Projekte zurückgestellt, um vordringliche Maßnahmen, erste Konsequenzen aus Pisa überhaupt finanzieren zu können. Das ist doch eine hervorragende Leistung für eine Koalition. Das werden wir auch in anderen Bereichen machen.

Um dies genau wissen zu können, müssen wir natürlich auch an jeder Schule erkennen und wissen, was an diesen Schulen geleistet wird und vor allen Dingen auch nicht geleistet wird. Wenn wir dies aufgearbeitet haben, dann können auch noch intensiver unsere Förderinstrumente für die Schülerinnen und Schüler dieses Bundeslandes einsetzen. Das muss der Weg sein, deshalb brauchen wir auch diese vergleichbaren Tests, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Aber die laufen doch schon, Herr Eckhoff!)

Wir wollen mit dem Koalitionspartner gemeinsam das Ziel erreichen, dass solch ein katastrophales Ergebnis im Bereich der Bildung nicht wieder vorgelegt wird. Wir haben als CDU unsere Vorschläge dazu gemacht. Wir reichen Ihnen die Hand. Ich hoffe und gehe fest davon aus, dass wir uns am 8. Sep-

(D)

(A) tember auf einen gemeinsamen Weg entsprechend verabreden können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.10 Uhr)



Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.46 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Kriminalitätsbekämpfung auf den Autobahnen und im Transitverkehr im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2002 (Drucksache 15/1182)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002

(Drucksache 15/1213)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse, ihm beigeordnet Staatsrätin Motschmann.

Herr Senator, Sie haben die Möglichkeit, wenn Sie es wünschen, die Antwort des Senats mündlich vorzutragen. Möchten Sie davon Gebrauch machen? – Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass eine Fraktion eine Aussprache wünscht. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

(B)

Das Wort erhält der Abgeordnete Knäpper.

Abg. **Knäpper** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kriminalitätsbekämpfung auf Autobahnen und im Transitverkehr im Land Bremen, die Große Anfrage liegt Ihnen vor, und ich stelle fest, sie ist sehr zufriedenstellend ausgefallen, allerdings so kleine Nuancen könnten nachgebessert werden. Ich werde gleich in meiner Rede noch einmal darauf zurückkommen.

In den letzten Jahren hat sich das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Umfeld in Europa in kurzen Zeitabständen grundlegend verändert. Neben der Wiedervereinigung in unserem Land mit der Öffnung der Grenzen auch zum Osten begann der Abbau der Hindernisse an den Binnengrenzen zwischen den Staaten der Europäischen Union, die das Schengener Vertragswerk ratifiziert haben.

Steigende Mobilität und Freizügigkeit im Personen-, Waren- und Kapitaldienstleistungsverkehr sind aktuelle Auswirkungen, die sich auch in Bremen auf den Autobahnen und Transitwegen abspielen. Seit dem 1. November 1993 ist die Europäische Union Wirklichkeit, und mit dem Beitritt Finnlands, Schwedens und Österreichs gehören ihr seit Anfang 1995 15 Mitgliedstaaten an. Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Freizügigkeit durch die Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsabkommens zum 1. April 1998 für Österreich, Italien und teilweise auch Griechenland und den damit verbundenen Wegfall der Grenzkontrollen in Bayern und auch in Österreich. Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 war der nächste Meilenstein auf diesem Weg. Nie zuvor hat es in Europa eine solche Freizügigkeit gegeben.

Die freien Grenzen, meine Damen und Herren, die Freizügigkeit und die Mobilität haben jedoch auch ihren Preis. Nicht nur, dass die kontinuierliche Zunahme des Lkw- und Personenverkehrs die Verkehrssicherheit nachhaltig beeinträchtigt, es ist auch eine Zunahme der Kriminalität auf den Autobahnen und unseren Straßen in Bremen zu verzeichnen.

Der gemeinsame Binnenmarkt eröffnet aber mit seinem freizügigen Personen- und Warenverkehr quasi als Nebeneffekt auch mobilen Kriminellen aus dem In- und Ausland neue Tatgelegenheiten und günstigere Kriminalitätsstrukturen. Die Autobahnen in Bremen und die Zufahrtsstraßen zu den Häfen, Flugplätzen und den gut ausgebauten Bundes- und Landesstraßen bieten ideale Anfahrts-, Schleusungsund Fluchtwege mit relativ geringem Entdeckungsrisiko. Drogenschmuggel und Drogenhandel, Kfz-Verschiebung, illegale Einreisen, Schleusungen sowie der Schmuggel von Zigaretten, Alkohol, Waffen und Sprengstoff gehören zum Kriminalitätslagebild Straße.

Insbesondere bei der unerlaubten Einreise und bei Schleusungen werden in zunehmendem Maße folgende Begleit- und Folgedelikte festgestellt: Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung, unerlaubte Beschäftigung, Vorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt, Betrug, Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Prostitution und Zuhälterei. Das Verbringen von Geschleusten durch die Transitstaaten und innerhalb der Bundesrepublik geschieht meistens unter menschenunwürdigen oder sogar lebensbedrohlichen Umständen. Wir haben hier auch noch in diesem Jahr selbst einen Schleusertransport festgestellt und die polizeilichen Maßnahmen danach eröffnet.

(A)

(B)

Für ein intelligentes und effizientes Fahndungskonzept sind Stichproben und lagebildabhängige Kontrollen der Verkehrsströme auf Bremens Straßen notwendig. Die Identitätsfeststellung ohne konkreten Verdacht gegen die zu überprüfenden Personen macht das Risiko der Straftat beziehungsweise der illegalen Einreise unkalkulierbar. Auch Niedersachsen hat in Paragraph 12 Absatz 6 Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz eine kompatible, jedoch weiter gehende Regelung getroffen. Zweck der polizeilichen Kontrolle soll die Verhütung oder Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sein. Verkehrssicherheitslagen und Kriminalitätslage erfordern zukünftig verstärkt eine ganzheitliche Betrachtung des öffentlichen Verkehrsraums als polizeilichen Aktionsraum zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit hier in Bremen, meine Damen und Herren.

Waren bisher polizeiliche Kontrollaktivitäten tendenziell verkehrsorientiert – Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung fielen als Nebenprodukt ab –, so gilt es, Verkehrsunfallbekämpfung und Kriminalitätsbekämpfung künftig noch stärker in Bremen und Bremerhaven zu verzahnen, um den aktuellen Herausforderungen strategisch begegnen zu können. Bremen hat vorgesorgt und setzt hier auf den Autobahnen und Schnellstraßen die Spezialeinheit BP 32, Verkehrsbereitschaft, mit besonders geschulten Beamten in einem Rund-um-die-Uhr-Dienst erfolgreich ein. Außerdem werden auch noch andere Dienststellen auf den Autobahnen und Transitstraßen eingesetzt.

In Bremerhaven, auf der A 27, ist die Polizei von Niedersachsen zuständig, obwohl sich diese im Bereich Bremerhavens auf Gebiet des Landes Bremen befindet, aber dies wurde vor Jahren in einem Staatsvertrag geregelt. Auf den Zufahrtsstraßen zu den Häfen in Bremerhaven sind einmal die Verkehrsbereitschaft, aber auch die Reviere und der Zivilstreifendienst zuständig.

Beide Polizeien in Bremerhaven und Bremen operieren hier in Zusammenarbeit mit dem Zoll und der Ermittlungsgruppe Rauschgift des Landeskriminalamtes sehr erfolgreich. Zugriffe bei Schleusungen, Festnahmen von Drogenkurieren und die Entdeckung von anderen Straftaten belegen dies. Hervorzuheben ist auch die Veränderung der Organisationsstruktur des Landeskriminalamtes und die Schaffung eines Sonderkommissariats LKA 55 zur Bekämpfung der illegalen Einreise und die Gründung der Ermittlungsgruppe Schleusung in Zusammenarbeit mit dem BGS. Trotzdem, ich sage dies hier noch einmal ganz deutlich, viele haben das vielleicht noch nicht mitbekommen: Wir haben hier in Bremen und in Bremerhaven eine EU-Außengrenze. Das starke Wohlstandsgefälle zwischen einigen Staaten des ehemaligen Ostblocks und der Bundesrepublik hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik und damit

auch das Land Bremen verstärkt zum Zielort krimineller Banden geworden ist. Der Reiseverkehr zwischen Polen und der tschechischen Republik nimmt Jahr für Jahr zu. Die Neuregelung des Asylrechts vor Jahren hat zudem eine verstärkte Attraktivität illegaler Grenzübertritte zur Folge, die in vielen Fällen mit Hilfe professioneller Schleusergruppen durchgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit der Polizei Niedersachsen ist die Polizei im Land Bremen an internationalen Fahndungsaktionen im Rahmen der Schengen-Projekte, "Routen-Kfz", "Routen BTM" und Schleusungskriminalität beteiligt. Leider kann unsere Polizei, und das ist sehr schade, wie auch aus der Antwort des Senats zu entnehmen ist, sich an diesen Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen in den von mir vorher bezeichneten Deliktsbereichen aufgrund des Fehlens einer Rechtsnorm für lagebildabhängige Kontrollen im Bremischen Polizeigesetz nur eingeschränkt beteiligen.

Bei den Diskussionen um die Erforderlichkeit der Einführung lagebildabhängiger Kontrollen erstaunen zwei Aspekte gleichermaßen: zum einen die Tatsache, dass tatsächlich vermeintliche oder selbst ernannte Experten, auch hier im Parlament, bei der Bewertung gleicher normativer Sachverhalte zu einem völlig entgegengesetzten Ergebnis gekommen sind, zum anderen aber auch der Umstand, dass die kriminalpolizeilichen Selbstverständlichkeiten mit zäher Langatmigkeit diskutiert werden, während die bremischen Sicherheitsbehörden im Wettkampf mit der internationalen grenzüberschreitenden Kriminalität nicht die erforderliche Ermächtigung im Polizeigesetz haben, weil unser Koalitionspartner hier leider eine andere Meinung vertritt.

Die bisherige rechtliche Grundlage bildet für Kontrollen der Paragraph 36 Absatz 5 StVO mit der Zielrichtung Überprüfung der Fahrtüchtigkeit der Fahrzeugführer, Überprüfung der mitzuführenden Papiere sowie des verkehrssicheren Zustands des Fahrzeugs und der Ausrüstungsvorschriften. Folgemaßnahmen nach der Strafprozessordnung kommen hier in Bremen erst dann in Betracht, wenn die einschreitenden Beamten einen Anfangsverdacht in puncto Straftaten haben.

Dies ist hier, und das sage ich noch einmal ganz deutlich, in Bremen unbefriedigend und wirkt auf die Beamten auch teilweise demotivierend. Die Bekämpfung und die Zurückdrängung der internationalen Kriminalität ist eine Aufgabe aller Länder in der EU. Kein Staat kann diese Aufgabe ganz allein lösen, weder in polizeilicher noch in politischer Hinsicht. Die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist eine ganz wesentliche, vielleicht sogar die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Straßenkriminaliät. So ist es auch nicht verwunderlich, dass nahezu alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Inselstaaten England und Irland über Befugnisse für eine ver-

(C)

(A) dachtsunabhängige Personenkontrolle verfügen und auch davon Gebrauch machen. In all den Jahren hat sich unser Koalitionspartner schwer getan, wenn es um die Verbesserung der inneren Sicherheit ging.

(Abg. Frau Marken [SPD]: Nein, nein!)

Doch, doch! Frau Marken, so ist es gewesen! Erst lange Verhandlungen im Koalitionsausschuss und die Ereignisse in New York am 11. September letzten Jahres haben dazu geführt, dass wir im Bremischen Polizeigesetz in vielen Bereichen nachgebessert haben. Es hat uns Kraft und viel Zeit gekostet. Ich will auf die einzelnen Punkte, die wir nachgebessert haben, gar nicht eingehen.

Wie wichtig diese Ermächtigung im Polizeigesetz ist, zeigen die großen Erfolge in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern, ich will die Länder gar nicht alle aufzählen, aber ich will einmal mit Genehmigung des Präsidenten eine Presseerklärung aus Schleswig-Holstein vorlesen:

"Der Minister bezeichnet die lagebildabhängigen Kontrollen der Verkehrspolizeidirektion zur Bekämpfung der Kriminalität auf den Autobahnen als äußerst erfolgreich. Die schleswig-holsteinische Landespolizei konnte auf diese Weise allein im vergangenen Jahr 1335 Täter und Tatverdächtige festnehmen, denen hauptsächlich Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und das Ausländerrecht, aber auch Auto- und Einbruchsdiebstahl zur Last gelegt werden" et cetera. Für meine Fraktion möchte ich hier erklären: Angesichts der kriminellen technischen Intensität des internationalen Verbrechens darf sich ein Rechtsstaat keine Fesseln anlegen und nicht tatenlos zusehen. Wir brauchen dieses Rechtsinstrumentarium in unserem Bremischen Polizeigesetz.

(B)

(Beifall bei der CDU - Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die Redezeit ist überschritten, Herr Kollege!

Abg. **Knäpper** (CDU): Ich werde sofort zum Schluss kommen!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Vielen Dank!

Abg. **Knäpper** (CDU): Die Effektivität der Fahndung nach Personen und Sachen zu steigern, das Entdeckungsrisiko für gesuchte Personen zu erhöhen und unkalkulierbar zu machen, die illegale Migration wirksam zu verhindern, Vorbereitungen von Straftaten zu erschweren, den Transport von deliktischen Gütern aufzudecken und die sichtbare Präsenz der Polizei zu verstärken, ich werde gleich noch einmal beim zweiten Redebeitrag darauf zurück-

kommen, weil ich noch einige Sachen habe, die hier noch gesagt werden müssen! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große, mit sicherlich viel Fleiß zusammengetragene Anfrage der CDU zur Kriminalitätsbekämpfung auf den Autobahnen und im Transitverkehr im Land Bremen bringt uns weder in der Fragestellung noch in der Beantwortung des Senats zu wesentlich neuen Erkenntnissen.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich wussten wir schon, dass Autobahnen für die international operierende Kriminalität von existenzieller Bedeutung sind. Jede Form von Personenverkehr und Warenaustausch benötigt Transportwege. Wir Hansestädter wissen, dass diese Wege nicht nur von redlichen Menschen benutzt werden, sondern auch von Räubern, Piraten, Schleusern und Drogenhändlern. Das ist auch keine neue Erkenntnis. Ebenso ist klar, dass die Polizei, der Zoll und alle anderen zuständigen Stellen die Kriminalität überall, also eben auch auf Autobahnen, bekämpfen müssen.

Was ist nun wirklich hier im Landtag darüber zu debattieren? Zu vermuten ist, dass die CDU mit den Fragen zum Teil schlecht verschleiert auf die verdachtsunabhängige Kontrolle zu jeder Zeit und an jedem Ort abzielt. Aber auch hier gibt das neue Bremische Polizeigesetz eine klare Richtung vor. Der Grundsatz, dass ein polizeilicher oder strafrechtlich relevanter Anlass bestehen muss, bevor die Polizei jemanden anhalten, durchsuchen oder seine Personalien mit polizeilichen Dateien abgleichen darf, gilt bei der Kriminalitätsbekämpfung auf Autobahnen genauso wie in allen anderen Bereichen. Grundsätzlich ist im Hinblick auf die Antwort des Senats positiv festzustellen, dass die Polizei im Land Bremen mit den Polizeien aus dem gesamten norddeutschen Raum sowie mit dem Bundesgrenzschutz und dem Zoll in den gemeinsamen Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen gut und abgestimmt zusammenarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie in Wahlkampfzeiten auch durch Große Anfragen versuchen, Ihre vermeintlichen Kernkompetenzen aufzupolieren, das machen wir schließlich auch, aber mit dieser Anfrage und der Antwort des Senators darauf kann man sich wirklich nicht profilieren,

(Beifall bei der SPD)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) zumal sie sich zum Wahlkampf überhaupt nicht eignet. Aber – schade, dass Herr Eckhoff gerade nicht da ist – da auch die Kollegen aus der CDU gern zu fast jedem Tagesordnungspunkt in dieser Landtagssitzung etwas aus Bayern beizutragen wissen, das kann ich auch! Die Kriminalitätsstatistik von Bayern, die eine Zunahme der Kriminalität in dem wunderschönen Bundesland bescheinigt, ist sicherlich kein Exportschlager für den Kanzlerkandidaten Stoiber.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen, dass ich es nicht verstehe, was der eigentliche Sinn dieser Großen Anfrage sein soll, und ich es immer wieder schade finde, Menschen in den Verwaltungen oder sonst wo mit unnötiger Arbeit zu belasten.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht sind damit zukünftig auch Große Anfragen zur Kriminalitätsbekämpfung auf Bundeswasserstraßen, Radwegen, Hauptverkehrsstraßen und so weiter zu vermeiden. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der Rede meiner Vorrednerin kann ich mich noch kürzer fassen, als ich das ursprünglich schon vorhatte.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Sie passen sich dem Niveau an!)

Herr Borttscheller, kommen Sie doch vor, und machen Sie einen Beitrag, der uns erhellt, warum die CDU-Fraktion diese Große Anfrage eingebracht hat! Das, fände ich, wäre einmal eine originelle Idee von Ihnen!

(Abg. K n ä p p e r [CDU]: Darauf kommen wir gleich zurück!)

Ich muss mich aber nicht an grüne, rote oder sonstige Positionen halten, sondern was man tun kann, ist, sich einzig und allein an die Antwort des Senats zu halten, die er auf die Anfrage gegeben hat, denn irgendetwas kann nicht ganz identisch sein in diesem Haus. Entweder stimmt die Beschreibung von Herrn Knäpper, dass wir da ein Riesenproblem haben, das wir nicht gelöst bekommen, oder aber die Antwort des Senats stimmt, die durchgängig, wir können ja auf einzelne Punkte zurückkommen, je-

weils besagt, das haben wir im Griff, das ist in Ordnung, das läuft alles normal, da gibt es überhaupt kein Problem. Entweder stimmt das nicht, was der Senat sagt, oder es stimmt nicht, was der Kollege Knäpper sagt, meine Damen und Herren.

Kriminalität auf Autobahnen oder Transitstrecken - es war mir gar nicht so ganz klar, welche weiten Transitstrecken durch unseren kleinen Stadtstaat Sie da im Einzelnen meinen und ob es wirklich das Vordringlichste ist, bei dem wir Bremer und Bremerhavener ein Problem haben -, diese Frage der Autobahnen und Transitstrecken, bezogen auf die Kriminalität, macht im Prinzip herausgelöst aus der normalen Kriminalitätsbekämpfung und aus den Aufgabenerledigungen der Polizei Bremen überhaupt keinen Sinn. Es ist nämlich so, dass natürlich zwar die Transportwege, Frau Möbius hat es angesprochen, auch gebraucht werden, um kriminelle Delikte zu begehen, aber gleichwohl ist es ja so, dass Autobahnen kein rechtsfreier Raum sind, wo jetzt noch ein Problem zu lösen wäre, dass man hier jetzt extra neue Maßnahmen oder neue Regeln oder neue Gesetze bräuchte, weil sie ja wohl von den üblichen Gesetzen und von den üblichen Vorkehrungen der Polizei voll abgedeckt sind. Ich habe noch nie gehört, dass wir hier etwas tun im Zuge der Kriminalitätsbekämpfung, bei dem etwa Autobahnen ausgenommen wären. Das ist mir jedenfalls in der Innendeputation so noch nie untergekommen.

Sie fragen dann auch, und das kann man manchmal machen, wenn man an der Regierung ist, das würden Grüne wahrscheinlich auch machen, haben sie auch schon einmal gemacht, dass man so genannte Loberheischungsfragen stellt!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die sehen dann so aus: Welche Erfolge gab es eigentlich von der Polizei im Zusammenhang mit diesem und jenem? Zum Beispiel in Ihrer Frage zwei! Der Senat allerdings war offensichtlich nicht so gestimmt, hat sich auch nicht viel Mühe gemacht, nun etwas auf Ihre Loberheischungsfrage zu finden, sondern er sagt im Wesentlichen, wenn man einmal die Antwort zu Frage zwei anschaut: "Da es keine gesonderte Statistik gibt, liegen konkrete Zahlen nicht vor." Zitat der Antwort des Senats! Das klingt nicht ganz so aufgeregt, wenn man ganz ehrlich ist, wie das vielleicht Herr Knäpper versucht hat, uns hier vorhin darzubringen.

Wenn Sie einmal schauen und weiter durch die Anfrage gehen: Wie bewertet der Senat, haben Sie gefragt, liebe Kollegen von der CDU, die Effektivität der bisherigen Aktivitäten der Polizei? Ist aufgrund einer höheren Gefährdungslage die Fahndung nach Personen und Sachen auf den Autobahnen und im Transitverkehr gesteigert worden? Das unterstellt in der Frage bereits, dass es eine höhere

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Gefährdungslage in diesem Zusammenhang gibt. Der Senat geht aber in seinen Antworten auf all Ihre Fragen in keiner Weise und an keiner Stelle und durch kein Zitat belegt davon aus, dass es eine solche erhöhte Gefährdungslage gibt und dass deswegen zusätzliche Maßnahmen notwendig wären, die wir hier gegebenenfalls politisch in den zuständigen Gremien zu entscheiden hätten. Jedenfalls ist in der Antwort des Senats davon nicht die geringste Rede

Jetzt gibt es einen Punkt, an dem zumindest Volkes Stimme immer sagen würde, aha, da ist etwas, das funktioniert bestimmt nicht so gut, und das ist in Ihrer Frage fünf versteckt. Man würde normalerweise annehmen, die Polizei hat ganz alte Fahrzeuge, die mit 30 PS hinter den Porsches der Kriminellen hinterherzuckeln, und ist völlig abgeschrieben.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Zumindest würden drei von vier Leuten sofort sagen, dass das stimmt, wenn Sie diese These aufstellen würden. Deswegen fragen Sie auch danach, ob es ausreichende Motorisierung gibt, um die Verfolgungsfahrten auf der Bundesautobahn aufzunehmen. Der Senat sagt auch dazu, wie im Übrigen auch, was ich aber sehr gut verstehe, nicht viel, sondern er sagt lediglich, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: "Die Verkehrsbereitschaft verfügt über neuwertige Funkstreifenwagen. Die Fahrzeuge und deren Motorisierung haben sich im Einsatzgeschehen bewährt." Da fragt man sich dann: Wo ist das Problem, sehr geehrter Herr Kollege Knäpper und sehr geehrte Kollegen von der CDU? Der Senat jedenfalls kann es nicht entdecken, und ich glaube, dass wir hier auch getrost annehmen können, dass es so ist, weil es auch ansonsten keinen Hinweis darauf gibt, dass sich hier etwa ein neues Deliktfeld aufgetan hat.

(B)

Nun haben Sie in der Tat aber noch einen Punkt angesprochen, der politisch in der Tat schon seit längerem eine Kontroverse ist, und das ist die Frage nach den verdachtsunabhängigen Kontrollen, in der Fachsprache auch lagebildabhängige Kontrollen genannt. Sie haben hier, das haben Sie aber in dieser Legislaturperiode schon wiederholt und vermutlich in früheren auch schon getan, nur eine Position wiederholt, die einfach in diesem Haus nicht mehrheitsfähig ist, dass nämlich in das Bremische Polizeigesetz genau dieser Passus aufgenommen werden soll. Wie in allen vorhergehenden Runden zu diesem Thema muss man auch heute wieder feststellen, dass es in der Bremischen Bürgerschaft keine Mehrheit dafür gibt, weil es natürlich nicht umsonst ist, dass man Kontrollen von einem konkreten Anfangsverdacht abhängig macht, weil es nicht umsonst ist, dass man hier an einer Gesetzeslage festhält, die, wie ja der Senat in seiner Antwort auch bestätigt, auch in diesem Punkt nicht dazu führt, dass es hier auf den bremischen Autobahnen, auf den knapp 70 Kilometern, die wir in unserem Land haben, nun zu ähnlichen Zuständen wie in Sodom und Gomorrha kommt, nur weil wir diesen Passus im Bremischen Polizeigesetz nicht hätten!

Es ist völlig legitim, dass Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, hier eine Minderheitenposition in diesem Haus zu haben. Das, denke ich, ist demokratisch vollständig in Ordnung, aber eine Mehrheit, um dies in dieser Legislaturperiode umzusetzen, haben Sie hier nicht.

Sie haben, das vielleicht zum Abschluss, die Frage der sich verändernden Situation in Europa angesprochen. Es ist in der Tat so, dass durch das Schengener Abkommen, das inzwischen in den Kernbestand der EU-Verträge nach dem Amsterdamer Vertrag aufgenommen worden ist, eine völlig neue Situation entstanden ist, und ich finde, dann müssen wir uns mit der Situation von Schengen auch abfinden. Wir haben nämlich eine Situation, in der wir Kontrollen an Außengrenzen der EU haben. Diese werden sehr scharf und sehr streng kontrolliert, während wir aber im Prinzip im Inneren der Schengenstaaten eine Freizügigkeit haben, das heißt, das ist der Sinn dieser ganzen Operation Schengen gewesen, Freizügigkeit in der EU und Sicherung der Grenzen nach außen! Das kann man nun schon gar nicht im kleinen Bremen mit seinen weitläufigen Transitstrecken irgendwie konterkarieren, dass wir hier noch zusätzlich auf unseren paar Kilometern Autobahn neue Kontrollmaßnahmen einführen.

Ich bin, als Sie am Ende noch einmal auf die Frage gekommen sind, wer hier eigentlich immer Defizite bei der Frage der inneren Sicherheit hat, durch Große Anfragen wie diese zu einem nicht existierenden Problem - ich weiß nicht, ob das ein besonderer Ausweis für besondere Kompetenz in Bezug auf innere Sicherheit ist -, noch einmal an ein Zitat erinnert worden, das unlängst in der "Norddeutschen Zeitung", am 10. Januar 2002, dem Innensenator Dr. Kuno Böse zugeschrieben wird. Er hat in einem Referat, das er beim Meyenburger Neujahrsempfang gehalten hat, gesagt, das wollte ich zum Ende meiner Rede gern noch einmal mit Genehmigung des Präsidenten zitieren, die Anschläge von New York und Washington seien nicht nur Angriffe auf die Vereinigten Staaten von Amerika gewesen, sondern hätten sich gegen die gesamte zivilisierte Welt gerichtet. "Bestürzt zeigte sich der Innensenator von Bremen darüber, dass einige der Attentäter in Deutschland gelebt hatten. Dass unsere Sicherheitsbehörden diese Schläfer nicht entdecken konnten, muss uns zu denken geben. Auf der Suche nach einer Erklärung für dieses Versagen fand Böse nur eine Antwort, die Politik der Sozialdemokraten." -Soviel zum Thema innere Sicherheit und große Koalition!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Knäpper.

Abg. **Knäpper** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Möbius, wenn Sie diese Erkenntnisse gehabt haben, warum handeln Sie nicht? Warum weigern Sie sich, dieses Gesetz mit uns zu verabschieden? Sie haben selbst festgestellt, dass Kriminalität auf den Autobahnen stattfindet und dass die Polizei, so meine ich und meint auch meine Fraktion, hier bessere Kontrollbefugnisse haben muss.

Herr Güldner, ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Phrasen über die Verbesserung der inneren Sicherheit, so wie Sie sie hier manchmal vortragen, bei den Bürgern keine Chancen mehr haben!

(Beifall bei der CDU)

Man braucht nicht täglich Schaum vor dem Mund zu bekommen. Die Methode, so wie es ja üblich ist, auf jeden schrecklichen Kriminalfall, der die Öffentlichkeit aufwühlt, standardisiert mit der Forderung nach Strafverschärfung zu reagieren, leiert sich spätestens dann aus, wenn wieder etwas passiert ist.

Da sind wir eigentlich am Kern, die Wiederholung, Leid, Verletzung, Furcht, Schaden in Zukunft zu vermeiden, das muss im Vordergrund unserer Anstrengungen, auch hier in Bremen, stehen! Hier geschieht noch nicht alles, was eine problembewusste Gesellschaft in Bremen und Bremerhaven leisten kann. Aber wir sind mit unserer Polizei auf dem richtigen Weg mit Erfolgen, die sich auch sehen lassen können, von denen wir auch sprechen müssen, weil wir in diesem Politikfeld für das Gelingen ebenso Optimismus brauchen wie in allen anderen Dingen. Aber auch wir könnten noch besser sein. Ich sehe doch schon des Öfteren einmal nach Süden, und Sie wissen das ja auch, Herr Dr. Güldner, selbst die Aufklärungszahlen im Süden sind besser als hier oben im Norden.

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, so ist es aber auf jeden Fall!

Allerdings, und das gebe ich hier zu, diese Autobahnkriminalität ist kein Phänomen, das schlagartig entstanden ist, das sich auch deshalb nicht mit einem Machtwort oder einem neuen Gesetz oder mehr Geld blitzschnell verändern lässt, wenn doch viele seiner Entstehungsbedingungen noch fortwirken. Diese Kriminalität allerdings zu bekämpfen, die auf allen Autobahnen und Transitwegen in Deutschland zu Hause ist, erfordert als Erstes, ihre Wurzeln und Erscheinungsformen richtig zu benennen. Diese Kriminalität ist kein Phänomen, das sich Kollegen in

der Innendeputation ausgedacht haben, sondern bittere, das Land langfristig bedrohende Realität. Ihre Wurzeln liegen in der weltweiten Mobilität, in der Mobilität von Menschen, Waren, Informationen, Geld, ebenso wie im Fall der östlichen Grenzen und der Diskrepanz der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wo vielen Menschen in fernen Ländern Westeuropa als Insel der Seligen erscheint und betrügerisch verkauft wird.

In diesem Bewusstsein gilt es, den entscheidenden Aspekt der organisierten Kriminalität, und dazu gehört leider auch die Kriminalität, die auf den Straßen stattfindet, herauszuarbeiten. Dass ihre Internationalität in doppelter Hinsicht grenzüberschreitende Bandentätigkeit, aber auch Ausländerkriminalität ins Land holt, das ist eben so. Bei über 60 Prozent ausländischen Tatverdächtigen, gerade im Bereich der organisierten Kriminalität, die aus 90 Nationen kommen, liegt hier offenkundig die zentrale Herausforderung. Jahrelang hat eine bestimmte Zeitsteuerung Tabus aufzurichten versucht, die zu brechen mühsam, aber unerlässlich war. Niemand wird sich in meiner Fraktion mit einem pauschalen diskriminierenden Vorwurf an ausländische Mitbürger wenden, die seit Jahrzehnten hier leben, ihre Kinder in die Schule schicken, arbeiten und unsere selbstverständlichen Partner sind. Ihre Belastung mit Kriminalität ist ähnlich der für Deutsche. Vor allem auch in deren Interesse geht es um jene andere Gruppe von Ausländern, die sich meist nur kurze Zeit -

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Güldner, passen Sie auf! – hier in Deutschland aufhalten, oft bereits zum Begehen von Straftaten ins Land kommen, ihre Schlepper finanzieren müssen und der Kriminalität anheim fallen.

Es geht um die Bekämpfung dieses ständigen Kriminalitätsimports auf unseren Autobahnen und Transitwegen. Wenn Sie das nicht glauben, Herr Dr. Güldner, dann fahren Sie doch einmal mit einer Streife unserer Polizei, dann werden Sie es ja selbst erleben! Sehen Sie einmal, Sie halten uns immer vor, wenn wir irgendwie etwas verbessern im Bereich der inneren Sicherheit, könnte die Freiheit des Einzelnen bedroht werden! Ich sage Ihnen einmal, wann die Freiheit bedroht wird: Wenn eine ältere Dame abends um neun Uhr nicht mehr auf die Straße gehen kann,

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

weil sie Angst hat, dann ist die Freiheit bedroht, Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU)

(D)

(D)

(A) Ja, ist ja gut! Ich weiß ja, dass Sie sich aufregen, Sie hören es ja nicht gern!

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]): Sie können sich mit Herrn Tittmann zusammentun! – Zuruf von der CDU: Na, na!)

Nur Erfolge in Bremen zählen! Wegen unserer Verantwortung für unser Land ist es deshalb unerlässlich, dass wir in Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner die Sicherheitspolitik noch weiter stärken. Unsere Polizei benötigt auf bremischen Straßen die lagebildabhängigen Kontrollen, denn erfolgreiche Verbrechensbekämpfung auf Autobahnen und Transitstraßen ist ein wichtiger Leistungsnachweis für ein kraftvolles Land, wie es Bremen in den letzten Jahren geworden ist. – Besten Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Güldner, ich habe diese Anfrage ganz gewiss nicht als eine Loberheischungsanfrage, wie Sie es formuliert haben, verstanden, sondern als eine Anfrage, die sich mit einem immer wichtiger werdenden Kriminalitätsfeld befasst, nämlich mit der organisierten Kriminalität, wie sie über Transitstrecken, wie sie über Fernstrecken in Deutschland und auch innerhalb der Schengengrenzen verstärkt stattfindet.

(B)

Ich bin sehr dankbar, dass wir hier einmal dieses Feld auch darstellen und erhellen können. Die Antwort, Herr Abgeordneter, gibt eine Darstellung, wie es gegenwärtig ist, nämlich, dass wir in Bremen gut gewappnet sind bei unserer Polizei, dass wir sie gut ausgestattet haben und dass die Verkehrsbereitschaft in der Bereitschaftspolizei hier gut tätig ist. In der Antwort ist aber auch enthalten, wenn Sie einmal die letzten Sätze in der Beantwortung zu Frage sechs sehen, dass wir bei diesem Kriminalitätsphänomen grenzüberschreitender Verkehr hier eng mit den Niedersachsen zusammenarbeiten. Wir haben nun einmal in Bremen, zumindest in Bremerhaven, eine Schengenaußengrenze, und wir müssen dies auch, da wir in dieser geographischen Situation sind, von Niedersachsen umgeben.

Wir haben in dieser Situation, wenn wir mit anderen zusammenarbeiten – natürlich ist es bei 70 Kilometern Autobahn nur sinnvoll, mit anderen zusammenzuarbeiten, entweder mit Niedersachsen, mit dem Zoll, mit dem Bundesgrenzschutz oder mit anderen Bundesländern, die alle entweder verdachtsunabhängige oder lagebildabhängige Kontrollen durch-

führen, dazwischen ist im Übrigen ein erheblicher Unterschied –, ein Handicap in Bremen: In der Antwort sind ja einige solcher bundesweit, teilweise sogar europaweit laufender Aktionen gegen Menschenhandel, gegen Rauschgifthändler und andere genannt, wir können mangels fehlender Rechtsgrundlage nicht lagebildabhängige oder verdachtsunabhängige Kontrollen machen. Herr Schily kann das mit seinem Bundesgrenzschutz, Herr Bartling kann das mit seiner niedersächsischen Polizei.

Die These, dass dieses Kriminalitätsfeld nun auf den wenigen Kilometern nicht stattfinden würde, sei nur dadurch widerlegt, dass die Polizei in Bremen vor wenigen Wochen bei einer Verkehrskontrolle – das war nun wirklich nur eine Verkehrskontrolle, ansonsten muss die Polizei sich manchmal mit Vehikeln wie Verkehrskontrolle behelfen, aber wehe, da wird dann nichts gefunden und derjenige zeigt die Polizei an, dass sie kontrolliert haben – auf dem Teilstück nach Oldenburg im Bremer Bereich, auf der Schnellstraße einen Lastwagen durchsucht hat, auf dem illegal eingeschleuste Ausländer waren. Das ist also ein Thema, auch in Bremen!

Wir haben, als es um die Verabschiedung des Bremischen Polizeigesetzes ging, immer wieder darauf hingewiesen, dass wir im Kontext mit den anderen zusammen doch bitte die gleichen Rechtsgrundlagen haben wollen. Die Bürgerschaft ist dem nicht gefolgt, die Polizei muss dem Rechnung tragen, selbstverständlich, aber dass das kein Thema ist, meine Damen und Herren, dem möchte ich doch widersprechen! Ich möchte gern, dass die Bremer Polizei die gleichen Rechte hat wie die Polizeien in den meisten anderen Bundesländern.

Herr Güldner, wenn Sie sagen, dass die Schengenaußengrenzen besonders scharf überwacht werden und es deshalb eine Freizügigkeit innerhalb der Schengengrenzen geben sollte, so ist das im Prinzip richtig, aber wir entdecken immer wieder, dass die Schengenaußengrenzen von bestimmten Partnerländern, und ich bin gegenwärtig Mitglied der Europäischen Innenministerkonferenz, es ist dort immer wieder Thema, eben nicht so überwacht werden. Deshalb führen andere Bundesländer - es ist nicht nur Bayern, es sind auch andere Länder, es sind auch sozialdemokratisch geführte Länder - solche Kontrollen auf den Autobahnen durch, die dann tief in Deutschland, im Binnenland Deutschland eben Rauschgifthandel oder Menschenhandel aufdecken. Warum, meine Damen und Herren, sollen sie dies nicht? Ich kann nur noch einmal wiederholen: Die Bremer Polizei macht das, was ihr rechtlich möglich ist, sie macht es gut, sie ist gut dafür ausgestattet, und wir wollen, dass das auch so bleibt. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1213, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Brandschutz für die Bürger intensivieren

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. Juni 2002 (Drucksache 15/1184)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Juli 2002

(Drucksache 15/1198)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse.

Wünschen Sie, Herr Senator, diese Antwort mündlich zu wiederholen? – Das ist nicht der Fall.

Wird gewünscht, in eine Aussprache einzutreten? – Davon gehe ich aus.

Dann treten wir in die Aussprache ein.

Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorweg sagen, diese Debatte, die wir jetzt hier führen, ist sicherlich nicht verdächtig, Wahlkampf zu sein, allein schon deswegen nicht, weil ja auch unser Koalitionspartner seine Unterschrift darunter gesetzt hat.

(Zuruf von der SPD: Dann haben wir das ja schon einmal klar!)

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht lange her, dass wir in diesem Haus die Debatte über das Bremer Hilfeleistungsgesetz geführt haben. Ich möchte heute diese Debatte zwar nicht wiederholen, dennoch daran erinnern, wie es auch in der Antwort des Senats zum Ausdruck kommt, dass das Hilfeleistungsgesetz eine wichtige Grundlage für eine effiziente Aufgabenwahrnehmung in der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr bildet. Dazu gehört auch die Intensivierung des Brandschutzes, gerade auch beim vorbeugenden Brandschutz.

Meine Damen und Herren, neben den ausdrücklich zu begrüßenden Konsequenzen aus diesem Gesetz, wie zum Beispiel weitere Etablierung der Brandschutzerziehung in Grundschulen, Mitwirkung der Feuerwehr in Baugenehmigungsverfahren, Schulungen und Unterweisungen durch die Feuerwehr in privaten und öffentlichen Einrichtungen sowie unter Umständen in absehbarer Zeit die Durchführung

von Brandverhütungsschauen bei besonders gefährdeten Objekten, gibt es aber, und das gibt ja auch die Antwort her, den Punkt Brand- und Rauchmelder, der in diesem Zusammenhang zu nennen ist. Auch heute stelle ich noch einmal heraus, dem Senat, initiiert durch den Senator für Inneres, ist hier auch im präventiven Brandbekämpfungsbereich durch das Hilfeleistungsgesetz ein großer Wurf gelungen.

Ich möchte hier ein Segment aus diesem vorbeugenden Programm aus dem Hilfeleistungsgesetz herausgreifen, ich habe es gesagt, nämlich Förderung der Verbreitung von Rauchmeldern als autarke Brandmelder, insbesondere im privaten Bereich! Ich gebe zu, dass man auf den ersten Blick den Eindruck haben könnte, dies sei kein Thema für den Landtag, aber ich glaube, wenn man sich etwas tiefer damit beschäftigt –

(Beifall bei der SPD)

Frau Hammerström, ich finde es gut, dass Sie dazu klatschen, hoffentlich klatschen Sie gleich auch noch! –,

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ich habe mich mit dem Gesetz sehr intensiv beschäftigt, aber das mit dem Brandmelder könnte man vielleicht in der Fragestunde klären!)

dass hier diese Debatte gerechtfertigt ist.

Wenn diese Große Anfrage der CDU und der SPD dazu beiträgt, die Sensibilität der Öffentlichkeit für die überall vorhandenen Brandgefahren zu schärfen und Erkenntnisse darüber zu vermitteln, welche Schutzmöglichkeiten auch jede Bürgerin oder jeder Bürger hat, dann hat diese Debatte sicherlich einen Sinn. Jeder Mensch, der durch von ihm nicht zu vertretende äußere Einwirkungen zu Tode kommt oder gesundheitlich geschädigt wird, ist einer zu viel. Deshalb ist meine Einschätzung, die vom Senat gelieferten Zahlen zur Brandhäufigkeit, aber insbesondere der Folgen, nämlich der getöteten und verletzten Personen durch Brände, sind nach meiner Auffassung erschütternd. Deshalb muss alles getan werden, um die Ursachen für die Schädigung oder Tötung von Personen zu vermeiden.

Unabhängig davon müssen auch Möglichkeiten und Maßnahmen ergriffen werden, Brandstiftungen möglichst zu vermeiden. Die Annahme, 15 Prozent der Brände seien von Brandstiftern oder fahrlässigen Mitbürgern verursacht, wie es die Mitteilung sagt, ist nicht hinnehmbar. Deswegen muss auch hier im präventiven Bereich weiter darüber nachgedacht werden, wie man dies möglichst verhindert. Am 19. Mai 2002 war in einer Zeitung zu lesen: "Rauchmelder für Kindergärten, Schornsteinfeger engagieren sich für den vorbeugenden Brandschutz!" Was stand dahinter? Bezirksschornsteinfeger haben sich in Bre-

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) men zusammengeschlossen, um 118 kinderbetreuende Einrichtungen mit Rauchmessgeräten, also mit Rauchmeldern, auszurüsten. Ich meine, zunächst einmal eine gute Tat!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Schornsteinfeger wollten mit dieser Aktion deutlich machen, dass die frühzeitige Warnung vor Brand und Rauch nicht nur im Bereich der Kinderbetreuung, sondern auch im Haushalt der erste Schritt zur Rettung ist. Das Motto war: Rauchmelder retten Leben! Im Übrigen kein bremisches, sondern ein bundesweites Motto, zum Beispiel haben die Länder Nordrhein-Westfalen, Berlin oder auch die Feuerwehren und die Feuerwehrverbände unter diesem Motto gezielte Aktionen durchgeführt, um Aufklärung und Sensibilisierung in der Bevölkerung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Vorfälle aus der jüngsten Vergangenheit in Bremen unterstützen nachhaltig die Aufforderung, private wie öffentliche Gebäude mit Brandmeldern auszustatten. In anderen Bundesländern ist sogar darüber diskutiert worden, in den entsprechenden Rechtsgrundlagen wie der Bauordnung beispielsweise Brandmelder zur Pflicht zu machen. So weit möchte ich allerdings hier und heute nicht gehen und dies nicht fordern. Aber Vorfälle in Bremen wie am 24. Februar, ein Mann starb an den Folgen einer Rauchvergiftung, oder am 3. Juli 2002, Brand und Rauchvergiftung schicken eine Frau in den Tod und verletzen drei weitere Personen schwer, geben allein schon Veranlassung, die Öffentlichkeit damit zu konfrontieren.

(B)

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bränden sollte genauso wichtig genommen werden wie der Schutz vor Kriminalität. Hier hat jeder Bürger gegen relativ geringen Kostenaufwand die Möglichkeit, Eigenschutz zu erhalten. Meine Damen und Herren, der Berliner Landesbranddirektor hat festgestellt: "In Deutschland ist Unwissen und Unsicherheit um den Brandschutz vorhanden. Täglich sterben zwei Menschen bei Bränden im eigenen Haushalt, 70 000 Menschen werden jährlich vom Feuer im eigenen Wohnzimmer lebensbedrohlich verletzt. In den USA, Großbritannien und Schweden sind Rauchmelder gesetzlich vorgeschrieben." - Soweit das Zitat!

Diese Feststellungen sollten alarmieren. In den eben genannten Ländern hat sich gezeigt, dass Brandmelder die Zahl der Brandtoten nahezu halbiert haben. Es ist also belegbar, dass Brandmelder Leben und Gesundheit schützen können. Vor diesem Hintergrund, meine ich, sollten alle Menschen in diesem Lande angestoßen werden zu überlegen, ob sie sich nicht für maximal 50 Euro erhöhte Brandsicherheit ins Haus holen. Potentiell sind alle Menschen gefährdet. Deshalb ist jeder gut beraten, Rauchmelder in der Wohnung zu installieren. Gerade auch die Gefährdung von Kindern ist groß. Brandmelder können helfen, rechtzeitig Hilfe für Kinder in Brandgefahr sicherzustellen. Meine Damen und Herren, ich darf der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass es auch Rauchmelder für Gehörlose gibt. Von daher ist auch hier der gezielte Schutz für diese Personen möglich.

Ohne zu sehr ins Detail gehen zu wollen, welcher Brandmelder mit welcher technischen Ausrüstung zu bevorzugen ist, sage ich, es können da Fachleute beraten. Aber eines möchte ich doch herausstellen: Diese Brand- oder Rauchmelder sind auch deshalb besonders wichtig, weil sich zum Beispiel bei Wohnungsbränden Rauch um ein Vielfaches schneller ausbreitet als Feuer. Deshalb können die Warnungen der Rauchmelder auch schnellere Hilfe sicherstellen oder auch noch die Möglichkeit zum Fliehen geben. Nicht zuletzt kann die Feuerwehr schneller am Brandort sein und unter Umständen Schlimmstes verhüten.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch einmal an Sie appellieren, das Thema unter dem Motto "Rauchmelder retten Leben" in die Öffentlichkeit zu transportieren und entsprechende Anlässe zu nutzen, um die Bevölkerung auf die Notwendigkeit, aus Eigenschutzgründen Rauchmelder in Wohnungen zu installieren, aufmerksam zu machen. Damit kann Leben gerettet, Gesundheit gesichert und können Sachschäden vermieden werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Markus.

Abg. Frau Markus (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht geht es Ihnen ja so wie mir. Wenn ich die Feuerwehr höre und sie sogar noch anrücken sehe, denke ich, oh Gott, was ist denn jetzt passiert! Hoffentlich ist es nicht so schlimm, und hoffentlich sind keine Menschenleben in Gefahr. Aber dann ist mein nächster Gedanke schon, es wird sicher alles gut gehen, hier sind ja Profis im Einsatz.

Nun aber weg von diesen Emotionen und hin zu den Sachinformationen des Senats mit der Überschrift "Brandschutz für die Bürger intensivieren"! Die Überschrift selbst und der erste Blick in die Statistik, die da aufgeführt ist, können neugierig machen, weil man vermuten könnte, dass bei uns in Bremen die Brandsicherheit für die Bürger doch nicht den Stellenwert haben könnte, den sie im Sinne des Gemeinwohls haben müsste. Um es vorwegzunehmen, dem ist ganz und gar nicht so, und das will ich hier jetzt auch darstellen!

Wenn man die aufgeführten Brände in Wohngebäuden, ich weiß nicht, ob Sie die Mitteilung gelesen haben, in den Gewerkeinheiten und öffentlichen

(A) Gebäuden in Bremen und Bremerhaven über einen Zeitraum von sechs Jahren mit der Einwohnerzahl der beiden Städte zusammenführt, so ist der Durchschnittswert in unseren beiden Städten identisch mit dem von Fachleuten ermittelten Bundesdurchschnitt. Nun können natürlich Statistiken nicht über Verlust und Trauer hinweghelfen, aber, und das sage ich deutlich, Bürgerverunsicherung oder gar Panik ist hier nicht angesagt.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal und ganz deutlich: Ich habe bewusst diese Statistiken hier erwähnt, um die etwas emotionale Überschrift, so wirkte sie auf mich, auf eine Sachebene zu heben. Trotzdem, das sage ich auch, müssen wir schauen, wo und wie wir den Brandschutz verbessern können. Ich möchte mich auf einige konkrete Dinge beziehen. Es gibt hier in der Mitteilung eine Aussage des Senats, dass 70 Prozent der Brandfälle im Brandbericht der Feuerwehr mit dem Vermerk "Ursache nicht ermittelt" gekennzeichnet sind. Diese Kennzeichnung erfolgt, wenn nicht sofort nach dem Brand für die Feuerwehr die Ursache erkennbar ist. Diese Ursachenermittlung findet dann später bei der Polizei beziehungsweise bei den Versicherungen statt. Man sollte versuchen, diese Ermittlungen noch einmal auswerten zu lassen, um dann im Sinne des Brandschutzes Präventionsmaßnahmen einzuleiten.

Jetzt zu den Rauchmeldern! Da stimme ich Herrn Herderhorst total zu, auch ich appelliere, dass man diese Rauchmelder installiert, und sage, die Rauchmelder sind ein leicht zugängliches und preiswertes Hilfsmittel. Sie sind, und das habe ich herausbekommen, auch schon für sieben bis acht Euro im Baumarkt zu haben. Klar, die 40-Euro-Rauchmelder habe ich auch gefunden! Sie sind leicht zu installieren, und das Wichtigste an der Bedienung ist, darauf zu achten, dass die Batterie nicht leer ist. Ja, so einfach ist das eigentlich!

(Abg. Te i s e r [CDU]: Dem Einfachen ist alles einfach!)

Für öffentliche Gebäude sind die Rauchmelder natürlich auch geeignet, nur müssen da natürlich Menschen leben und arbeiten und die Gebäude so gestaltet sein, dass man den Alarm auch hört. Ganz besonders richtig und wichtig sind diese Rauchmelder für den privaten Bereich, das hatte ich auch eben schon erwähnt. Rauchentwicklung bei defekten Elektrogeräten, brennenden Zigaretten, eventuell sogar beim Schlafen, werden so bemerkt, und viel Schaden und Kummer und auch Trauer können erspart bleiben, denn man muss wissen, dass bei 90 Prozent der Todesfälle die Brandgase und nicht die Flammeneinwirkung die Ursache des Todes sind.

Die Mitwirkung der Feuerwehr in Baugenehmigungsverfahren für besondere Objekte als vorbeu-

gender Brandschutz ist eine der vielen Präventivmaßnahmen. Natürlich auch ganz wichtig ist die Aufklärungsarbeit der Feuerwehr in vielfältigsten Angebotsformen. Beispielhaft sei hier ein für die Eltern ganz wichtiger Punkt genannt: die Sicherheit ihrer kleinen und auf Hilfe angewiesenen Kinder im Alter von null bis sechs Jahren!

Von einer konzentrierten Aktion möchte ich hier kurz berichten! Bei einer Baumaßnahme wurde entdeckt, dass die Eltern-Kind-Gruppen, meistens auch privat initiiert, allzu häufig in Räumen arbeiten, die überhaupt nicht den Brandschutzbestimmungen entsprechen. Hier hat das Sozialressort mit Geld und der Fachberatung der Feuerwehr die Eltern in die Lage versetzt, die Räume schnell und vorschriftsmäßig im Sinne des Brandschutzes zu sichern. Die Kinder konnten weiterhin in ihren Räumen verbleiben.

In den Grundschulen wird die Brandschutzerziehung schon freiwillig angeboten, also auf freiwilliger Basis. Vielleicht sollte man überlegen, ob man nicht die Brandschutzerziehung verpflichtend in den Unterricht aufnehmen kann. Das wichtigste, weil teuerste Argument habe ich mir bis zum Schluss aufbewahrt. Um den Brandschutz für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ja sogar, wie hier gefordert, zu intensivieren, bedarf es eines Brandschutzbedarfsplans, der finanziell so ausgestattet sein muss, dass materiell und personell die Feuerwehr den Brandschutz auch gewährleisten kann. Hierzu, zu dem Brandschutzbedarfsplan, kommt unsere gemeinsame Verantwortung, dass Politik, also wir, definieren muss, wie denn unser Schutzziel in Bremen aussehen muss. Das ist der entscheidende Punkt. Ich sage einmal, was ein Schutzziel ist, wer sich da nicht so auskennt: Das Schutzziel ist in diesem Fall die Zeit vom Ausrücken der Feuerwehr bis zum Eintreffen am Ort des Geschehens, und im Augenblick sind das bei uns in Bremen zehn Minuten.

In der Zusammenführung von Brandschutzbedarfsplan, Schutzziel, begrenztem Budget, dem Sicherheitsbedürfnis und Anspruch auf Sicherheit der Bevölkerung und unserer politischen Verantwortung müssen wir die Forderung – jetzt wieder der Titel der Veranstaltung "Brandschutz für Bürger intensivieren" – diskutieren und nach Lösungen und Verbesserungen suchen. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf diese Große Anfrage "Brandschutz für die Bürger intensivieren" werde ich, selbstverständlich wie immer mit Zahlen und Fakten belegt, auf unzählige tödliche Schlampereien im Zu-

(D)

(A) sammenhang mit insbesondere Brandfällen im Altenheim besonders eingehen!

Meine Damen und Herren, vor zirka zwei Monaten in Baden-Württemberg: Brand im Altenheim Schönbrunn, vier Frauen sterben. Das Altenheim war wie so oft in einem Altbau untergebracht. Die Brandmeldeanlagen waren nicht auf dem neuesten Stand. Das, meine Damen und Herren, ist kein Einzelfall. Fakt ist doch, dass gerade in den Altenheimen die Brandschutztechnik völlig, aber auch völlig unzureichend ist. Es fehlt zum Beispiel oftmals eine Brandanlage, die zur Feuerwehr durchgeschaltet ist, und so weiter. Ein Skandal sondergleichen ist, dass man praktisch alte Gebäude einfach provisorisch und kostengünstig zu Altenheimen umrüstet, damit eine Menge Geld macht und verdient, aber aus Profitgier kein Geld für eine ausreichende überlebenswichtige Brandschutztechnik investiert wird.

Für die Deutsche Volksunion ist es unerträglich, dass dieser Skandal zum Teil auch noch von den zuständigen Behörden geduldet wird. Es werden zwar Auflagen erteilt, aber oftmals wird wegen Überlastung der Behörde nicht einmal kontrolliert, ob diese Auflagen auch umgesetzt worden sind. Es müsste eigentlich gerade in Altenheimen eine regelmäßige Kontrolle durch die zuständigen Behörden stattfinden, aber die Realität sieht anders aus. Die Behörden sind zum Teil überlastet, so dass dort eine regelmäßige Kontrolle überhaupt nicht stattfinden kann. Intensive Kontrollen allein helfen aber auch nicht weiter.

(Zuruf der Abg. Frau Wangenheim [SPD])

(B)

Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann kommen Sie nach vorn und brabbeln da nicht in den Bart, was keiner versteht! Das ist doch unmöglich!

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström [SPD])

Sie verstehen das sowieso nicht! Das kann ich mir vorstellen, dass Sie das nicht kapieren bei Ihrem Niveau! Ja, Pisa, dafür sind Sie verantwortlich, das merkt man jetzt ganz deutlich!

Meine Damen und Herren, für Senioren in Altenheimen gibt es meines Erachtens keine Gesetze, die modernste Brandschutztechnik wie zum Beispiel Brandabschnittstüren verlangen. Es liegt also im Ermessen der Träger, ob Minimalstandards mit Rauchmeldern und Feuerlöschern erfüllt werden oder aber zum Beispiel lebenswichtige Brandmeldeanlagen mit Verbindungen zur Feuerwehr installiert werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, strengere Gesetze sind hier dringend erforderlich, und wenn Sie es mit Ihrer Großen Anfrage wirklich ernst meinen, ziehen Sie schnellstens die entsprechenden Konsequenzen aus dieser Anfrage, indem Sie hier dementsprechende Anträge einbringen, die wir dann zum Wohl der Bevölkerung beschließen und umsetzen können, denn nur eine Große Anfrage reicht bei weitem nicht aus, um diese von mir eben genannten Missstände zu beseitigen! Es geht eben nur mit härteren Gesetzen und drastischen Sanktionen, sonst lässt sich der Mensch zu kostenintensiven Maßnahmen schwerlich oder gar nicht bewegen. Nur mit Sanktionen kann man die Situation verbessern. Die Betreiberverantwortung allein reicht bei weitem nicht aus, die Situation hier zu verbessern.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Träger auf die Ausbildung des Pflegepersonals aus Kostengründen nur sehr wenig Wert legen. Ein Brand trifft das Pflegepersonal oft völlig unvorbereitet. Meistens hat das Personal nur die Brandschutzverordnung gelesen. Feuerschutzübungen gibt es so gut wie keine. Oft wissen die Pflegekräfte nicht einmal, wie ein Feuerlöscher funktioniert. Hinzu kommt noch, dass nachts, wenn die Brandgefahr am größten ist, meistens nur eine Nachtwache für das ganze Heim mit zirka 60 Personen und mehr allein verantwortlich ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie einmal davon ausgehen, dass zum Beispiel in einem Pflegeheim zirka 60 zum Teil sehr schwer pflegebedürftige Menschen anwesend sind, dann können Sie sich ja vorstellen, dass es da für eine einzelne Person unmöglich ist, im Brandfall diese Menschen zu evakuieren. Ich denke, dass sich hier dringend die Rahmenbedingungen ändern müssen, um mehr Personal zu bekommen, um die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen auch durchführen zu können.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, das Pflegepersonal ist hoffnungslos überlastet. Hinzu kommt noch, dass eine Vielzahl des Pflegepersonals kaum Deutsch spricht.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Diese unzumutbaren Umstände sind der blanke Wahnsinn. Das ist eigentlich schon ein Super-GAU, zumal die personellen Probleme und die Menge beim Brandschutz den verantwortlichen Politikern schon seit Jahren bekannt sind. Meine Damen und Herren, ein Riesenskandal ist auch, dass die Gesetze bis heute keinen sicheren Brandschutz in deutschen Altenheimen fordern. Es steht doch außer Frage, dass der Brandschutz für alle Bürger dringend intensiviert werden muss, insbesondere aber auch vorrangig für unsere älteren und pflegebedürftigen Menschen in den Pflegeheimen, die im Brandfall den Flammen hilflos und gnadenlos ausgeliefert werden. Hier besteht in Bezug auf den Brandschutz ein dringender Handlungsbedarf.

Ich habe Ihre Große Anfrage sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen. Deshalb fordere ich Sie im Namen der Deutschen Volksunion auf, schnellstens

(A) aus den von mir vorgetragenen Missständen politische Konsequenzen zu ziehen, das heißt im Klartext, hier nicht nur schöne Sonntagsreden zu halten, sondern schnellstens dementsprechende Anträge einzubringen, um diese gravierenden Missstände effektiv beseitigen zu können. Also, meine Damen und Herren, reden Sie nicht nur, sondern handeln Sie, bevor es zu spät ist!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meinen Vorredner möchte ich ausdrücklich von dem, was ich jetzt gleich sagen werde, ausnehmen, aber die beiden Kollegen, die davor gesprochen haben, ansprechen.

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Ich wollte Sie ausnehmen, nicht aufrufen, den Mund aufzumachen, Herr Tittmann!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Herrn Herderhorst und Frau Markus wollte ich gern ansprechen, wie gesagt, Herrn Tittmann weniger, weil ich glaube, dass wir hier eine Debatte haben - das kommt ja auch nicht so häufig vor, es sind aber solche Debatten, die in diesem Haus auch sehr notwendig sind -, bei der wir im Grunde genommen eine größtmögliche Einigkeit zwischen den drei Fraktionen hier im Hause haben. Es hat sich ja schon, und Herr Herderhorst hat es angesprochen, bei der Diskussion und späteren Verabschiedung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes gezeigt. Auch hier ist es ja gemeinsam diskutiert und verabschiedet worden. Nachdem es nach dem ersten Entwurf noch eine Reihe von Verbesserungen und Veränderungen gegeben hatte, ging der Konsens ja nicht nur hier im Hause durch die Fraktionen, sondern eigentlich auch durch alle beteiligten gesellschaftlichen Kreise und Kräfte.

Deswegen kann ich mich in den wesentlichen Punkten eigentlich nur den Kollegen anschließen. Auch mich haben die Zahlen, so wie sie der Senat jetzt vorgelegt hat, erschreckt, und zwar nicht nur die absoluten Zahlen der Brände und der dabei zu Tode gekommenen und verletzten Menschen, sondern auch, und das hatte ich, vielleicht weil man es doch nicht aus der Zeitung so registriert, etwas anders eingeschätzt, die doch sehr hohe Zahl der Brandstiftungen, die wir hier im Lande haben. Wenn Sie einmal die Gesamtzahlen der Jahre 1996 bis 2001 anschauen, dann haben wir allein – und auch hier hatte ich eigentlich das Verhältnis zwischen vorsätz-

licher Brandstiftung und fahrlässiger Brandstiftung aus dem Bauch, aus dem Gefühl heraus eher andersherum erwartet – in diesen sechs Jahren 1166 vorsätzliche Brandstiftungen im Lande Bremen. Das sind unheimlich viele, und dazu kommen noch die 311 fahrlässigen Brandstiftungen.

Ich glaube, dass es also in der Tat gerechtfertigt ist, dass wir uns in der Innendeputation, aber auch hier im Haus mit diesem Thema immer wieder beschäftigen, weil natürlich auch klar ist, dass bei einer solch hohen Anzahl der Brände, und das zeigen die vorgelegten Statistiken auch, es zu wirklich einer so in der Form völlig unvertretbar hohen Zahl von Verletzten und auch Toten kommt. Dies hat der Senat ja auch hier noch einmal ganz deutlich gemacht

Ich habe interessiert den beiden Kollegen in ihren Ausführungen zu diesen automatischen Brandmeldern gelauscht, denn ich habe zu Hause bei mir so einen, und es ist in der Tat richtig, dass, wenn die Batterie leer ist, er dann anfängt zu fiepen. Das ist immer so zwischen 2.30 Uhr und 3.30 Uhr nachts, davon kann man hundertprozentig ausgehen, einmal im Jahr. Dann wird man daran erinnert, dass das Ding zum einen da ist, dass man zum anderen darauf achtet, eine Batterie im Hause zu haben, um es weiter zu betreiben, und man kann dann, wenn man das gemacht hat, auch wieder beruhigt einschlafen, nicht nur, weil es aufhört zu fiepen, sondern - da teile ich Ihren Aufruf sowohl an die privaten als auch an die öffentlichen Einrichtungen auch voll und ganz - weil man in der Tat mit einem solchen Brandmelder im Haus nicht nur besser leben, sondern auch beruhigter schlafen kann. Deswegen auch von mir aus der Aufruf, diese Geräte, die in der Tat nicht teuer zu beschaffen sind, anzuschaffen!

Wir kommen vielleicht im Weiteren, wenn wir das so ein bisschen begrenzen, noch auf die Fragen, die möglicherweise hier auch politisch dann doch an der einen oder anderen Stelle eine Rolle spielen können, des Schutzziels und der Brandbekämpfung. Ich glaube, dass wir hier von den Fachpolitikern aus einig sind, jedenfalls habe ich es immer so verstanden, dass die Feuerwehr in Bremen im Grunde genommen durch PEP-Quoten, durch die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre, so nötig sie aus finanzpolitischer Sicht sind, an einem Punkt sind, an dem wir eigentlich nur die Haushaltspolitiker in diesem Haus sehr ernsthaft auffordern können, diese Grenze, die jetzt meines Erachtens nach unten erreicht ist, was die Stärke der Feuerwehr angeht, um dieses Schutzziel, das die Kollegen vor zehn Minuten genannt haben, aufrechtzuerhalten, bei den Aufstellungen der nächsten Haushalte, so mein Appell, nicht zu unterschreiten.

Ich glaube, es wäre in der Tat sehr fahrlässig, wenn wir hier versuchen würden, mit weniger Personal, mit möglicherweise veralteter oder fehlender Ausstattung hier unsere Bremer und Bremerhavener Bür(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) gerinnen und Bürger tatsächlich ernsthaft vor der Brandgefahr zu schützen. Ich glaube, wir sind hier an einem Punkt, an dem wir auch feststellen müssen, dass wir mit PEP-Quoten in ihrer Funktion sozusagen als Heckenschere und als ein Instrument der Einsparungen einfach bei so etwas wie der Feuerwehr, wo eine bestimmte Personalstärke völlig unverzichtbar ist, um die Menschen vor der Brandgefahr zu schützen, nicht weiterkommen.

Wir merken es immer mehr, bei der Polizei ist es schon so gewesen. Beim Verfassungsschutz hatten wir wiederum einen Dissens in dieser Frage, aber bei der Feuerwehr sind wir uns da wieder ganz einig, dass es äußerst fahrlässig wäre, in diesem Bereich eine PEP-Quote weiter anzuwenden, und dass wir hier diesem Haus noch einmal ganz stark ans Herz legen wollen, dass Sie diese Grenze bitte schön bei der Haushaltsaufstellung nicht weiter nach unten überschreiten sollen.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt, der möglicherweise, vor allem aber ortspolitisch, hin und wieder zu einem Problem führt, sind die angesprochenen Brandverhütungsschauen. Aus der fachpolitischen Sicht sind sie sehr notwendig, um einfach in den Kindergruppen, in den Altenheimen, in all diesen Bereichen zu schauen, wo der Brandschutz im Argen liegt.

(B)

Andererseits dürfen sie aber nicht, und das hat man ja in einigen Diskussionen dann vor Ort gemerkt, zu einer Art verkappter Standortentscheidung für die einzelnen Gruppen werden. Das heißt, wenn wir Missstände finden bei diesen Brandverhütungsschauen - und es macht ja nur Sinn, dass wir auch so genau hinsehen bei den Brandverhütungsschauen, dass wir dann auch auf solche Missstände kommen -, dann muss man sich eben auch zusammensetzen und schauen, woher das Geld kommen kann, um die dort festgestellten Mängel auch tatsächlich abzustellen. Wenn es dann nur heißt, ihr könnt hier eure Einrichtung nicht weiter betreiben und jetzt machen wir euch dicht, seht zu, wo ihr bleibt, kann das nicht die Konsequenz sein, sondern, ich glaube, dass wir dann mit den Einrichtungen gemeinsam nach einerseits vom Kostenbereich her möglichen, andererseits auch von der Brandsicherheit her notwendigen Lösungen suchen. Auch hier ist, glaube ich, ein Konsens möglich, soweit das bisher der Fall war.

Man könnte, und das ist hier zunächst einmal außen vor gelassen worden in der Großen Anfrage, natürlich noch nach der Rolle der Feuerwehr bei der Frage der Messung von Umweltgefährdungen bei Bränden, bei der ganzen Frage der Lagerung von feuergefährlichen und toxischen Stoffen sprechen, aber auch dies ist wirklich aus den Eindrücken aus den Gesprächen mit Herrn Knorr, dem Leiter der Feuerwehr, oder vor Ort mit den Beamten so weit in guten Händen, dass man sagen kann, dass wir hier mit dem Stand, den wir jetzt erreicht haben, wenn

wir ihn nicht weiter absenken, sicherlich gut fahren werden.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Aspekt ansprechen, der möglicherweise etwas unter den Tisch fällt, wenn man zum Beispiel über diese Frage der Brandmelder redet! Wir haben ja nicht nur private Wohnungsbesitzer, sondern wir haben ja auch Großwohnungsanlagen, wir haben auch große Wohnungsgesellschaften. Wenn Sie sich zum Beispiel einmal die Situation in Tenever über viele Jahre in den Krause-Wohnungen anschauen, dann ist das natürlich eine Frage, inwieweit wir verschiedene Gruppen in der Bevölkerung hier möglicherweise einmal für eine gewisse Zeit lang außen vor lassen. Wenn ich das richtig sehe, was in den Krause-Wohnungen in Tenever über viele Jahre passiert ist, dann ist ja nicht nur an den Brandschutz dort nicht gedacht worden, da ist an vieles mehr noch, was das tägliche Leben und die täglichen Verrichtungen angeht, nicht gedacht worden, aber eben auch der Brandschutz in solchen Anlagen ist mit Sicherheit viel zu kurz gekommen.

Deswegen meine Bitte von dieser Stelle auch noch einmal an alle Verantwortlichen, aber auch die Verantwortlichen in den Wohnungsbaugesellschaften, hier als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und die Menschen, die in diesen Wohnungen leben, in der Frage des Brandschutzes nicht schlechter zu stellen, als wir das mit dem Rest der Bevölkerung machen würden! Ansonsten glaube ich, dass man mit der Antwort des Senats hier für die weitere Zeit sehr gut leben kann. Wie gesagt die Bitte: Unterschreiten Sie diesen Level nicht! Wir sind sicherlich auf einem Level, bei dem, wenn wir hier weiter nach unten gehen würden, wir für die Sicherheit der Bürger keine Garantie mehr übernehmen könnten. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal sehr dankbar, dass hier das Bremer Hilfeleistungsgesetz von allen gelobt wird. Ich glaube, dass wir mit diesem Gesetz das modernste Gesetz in der Hinsicht in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich bin auch dankbar, dass dieses Thema einmal im Parlament behandelt wird, denn anders als Sie, Frau Markus, bin ich der Meinung, dass die Feuerwehr hier in Bremen nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhält, wie sie sie andernorts erhält. Ich merke es immer wieder, dass Themen der Feuerwehr in den Medien nicht den Stellenwert haben, wie ich es zum Beispiel kenne. Die Zahlen, meine Damen und Herren, belegen, dass hier Gefahrenabwehr genauso

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) notwendig ist wie im polizeilichen Bereich. Ich wünschte mir häufiger eine Diskussion über die Feuerwehr.

Herr Abgeordneter Güldner, bei aller Gegensätzlichkeit sonst bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Bemerkung geäußert haben, dass die Standards nicht unterschritten werden dürfen. Der Meinung bin ich auch in Bremen, denn wir müssen sehen, dass die bundeseinheitlichen Standards auch in Bremen gelten. Einige Standards sind nicht mehr so wie bundesweit im Konsens, nämlich zum Beispiel, wenn ein Löschzug, in der Bundesrepublik als Standard allgemein anerkannt, mit zehn Mann in acht Minuten eintrifft. In Bremen trifft er mit acht Leuten in zehn Minuten ein. Das ist meiner Ansicht nach gerade noch so akzeptabel, aber nur gerade noch so, denn wenn etwas geschieht, dann werden wir hier auch an solchen Beschlüssen gemessen.

Ich will jetzt nicht noch einmal die Zahlen wiederholen, Sie haben sie genannt. Sie sind auch nach meiner Ansicht erschreckend, auch wenn sie im Bundestrend oder vielmehr im Bundesdurchschnitt liegen. Ich meine, dass wir uns auf die Maßnahmen konzentrieren sollten, und die Maßnahmen sind in der Antwort des Senats auch angegeben. Ich will das noch einmal kurz anreißen.

Das heißt, die Einführung regelmäßiger Brandverhütungsschauen bei besonders gefährdeten Objekten ist für mich alternativlos. Dies muss geschehen, auch wenn es viel Geld kostet.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Wir brauchen eine bessere Beteiligung der Feuerwehr in Baugenehmigungsverfahren. Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik diskutiert seit Jahren die so genannte Deregulierungsproblematik, das heißt, dass gerade im Bereich der Bauordnung bestehende Vorschriften herausgelöst werden. Das ist meiner Ansicht nach auch sehr notwendig, aber man hat sich vor allem auf Vorschriften kapriziert, die Brandverhütung zum Inhalt haben. Das kann nicht sein! Das heißt, wir brauchen hier diesen Standard auch in der Bauordnung.

Über die Rauchmelder ist genügend gesagt. Ich darf noch einmal wiederholen, dass ich sehr dankbar bin, dass die Schornsteinfegerinnung hier in Bremen eine Aktion gemacht hat. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, solche Aktionen zu wiederholen und das auch hier in die öffentliche Meinung hineinzutragen, dass wir Rauchmelder brauchen. Es gibt Länder, meine Damen und Herren, Schweden zum Beispiel, da haben 80 Prozent der Privathaushalte einen Rauchmelder. In Deutschland liegt das bei unter 20 Prozent. Ich glaube, das müssen wir alle gemeinsam verändern.

Wir brauchen weiterhin die Etablierung der Brandschutzerziehung in den Grundschulen, Schulungen und Unterweisungen für Mitarbeiter privater und öffentlicher Einrichtungen, und wir brauchen Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten auch hier in der Landesfeuerwehrschule in Bremerhaven, die so ausgestattet sein muss, dass sie hierfür zur Verfügung steht.

Insgesamt, meine Damen und Herren, ist der Standard, den wir haben, gerade noch ausreichend. Er kann verbessert werden, und ich glaube, wir müssten ihn auch in der nächsten Zeit verbessern im Interesse der Verbesserung der Brandsituation oder vielmehr der Möglichkeit, dass Brände ausbrechen im Land Bremen. – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1198, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Zuwanderungsgesetz im Land Bremen umsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Juni 2002 (Drucksache 15/1185)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Motschmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sehen, wie facettenreich der Landtag in Bremen, die Bremische Bürgerschaft, ist bei unserem innenpolitischen Nachmittag mit dem Innensenator heute, von der Kriminalität auf den Transitstrecken über die Brandverhütung direkt zum Zuwanderungsgesetz.

Worum geht es, meine Damen und Herren? Das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden, davon bin ich fest überzeugt, ab dem 1. Januar 2003 ein Gesetz umzusetzen haben, das in seiner Bedeutung, was die große Politik angeht, gar nicht unterschätzt werden kann, was aber in seiner Herausforderung für unser Land und für unsere beiden Stadtgemeinden ebenfalls nicht unterschätzt werden darf. Es gibt eine Reihe von Neuerungen, die dieses Gesetz bringen wird, die zu äußersten Anstrengungen auf der Ebe-

(C)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ne des Landes und der Kommunen hier in Bremen hinweisen. Deswegen unser Antrag, nicht um hier eine allgemeine Debatte, die wir auch schon einmal hatten, noch einmal aufzuwärmen, sondern um darauf aufmerksam zu machen, am 1. Januar 2003 wird dieses Gesetz in Kraft treten, und wir müssen,

(Zuruf des Abg. Pietrzok [SPD])

da sind wir ziemlich sicher, diesen Zuruf nehme ich hier als Zustimmung, in Bremen und Bremerhaven darauf gefasst sein.

Ich darf vielleicht einmal kurz aus einem Artikel der "Frankfurter Allgemeinen" vom 13. Juli 2002 mit Genehmigung des Präsidenten zitieren. Die "Frankfurter Allgemeine", die ansonsten nicht so verdächtig ist, grüne Argumente bedingungslos zu unterstützen, schreibt zu diesem Punkt: "Der Sprachverband erinnert zudem daran, dass die neuen Zuständigkeiten schon zur Jahreswende funktionieren müssen. Bislang wisse aber noch keine einzige Volkshochschule, unter welchen Bedingungen sie vom Herbst an Deutsch für Ausländer anbieten könne beziehungsweise von Anfang nächsten Jahres an. Das heißt, worauf hier die "FAZ" anspricht, wir haben in mindestens drei großen Feldern den Auftrag, und mich würde sehr interessieren, wie der Senat heute hier vorträgt, wie er diesem Auftrag gerecht werden will, hier in Bremen das neue Zuwanderungsgesetz umzusetzen.

(B)

Ich will nur diese drei großen Felder nennen. Das erste ist, die Sprachkurse völlig neu zu ordnen und unter neuen Voraussetzungen effektiver und teilweise auch ausgeweiteter anzubieten. Das ist nicht nur für die Träger eine Herausforderung, sondern auch für die Behörden, die dies hier vor Ort mit überwachen. Das zweite Feld ist, völlig neue Integrationskurse anzubieten, die es in der Form bisher nicht gegeben hat, Staatsbürgerkunde und erweiterte Kenntnisse über das Ankunftsland Bundesrepublik Deutschland. Das dritte Feld, das möglicherweise politisch noch viel weitreichender ist, der Innensenator hat sich häufig dazu geäußert, nicht nur in diesem Hause, sondern auch gegenüber der Presse, ist, dass wir ab dem 1. Januar 2003, um den Härtefallklauseln des neuen Gesetzes zu entsprechen, eine Härtefallkommission im Land Bremen einzurichten haben. Bisher habe ich von Vorbereitungen für dieses Unternehmen allerdings noch nichts gehört.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich komme gleich noch einmal auf diese Punkte zurück, weil sie jetzt als konkreter Auftrag hier ins Haus stehen, möchte aber noch einmal kurz zurückschauen, warum wir überhaupt an diesen Punkt gekommen sind

Das Thema Zuwanderung, seine Regulierung, seine Gestaltung existiert so lange wie die Zuwande-

rung nach dem Krieg, vor allen Dingen die so genannte Gastarbeiterzuwanderung, nämlich seit 1955. Ich würde sagen, dass alle Regierungen seit dieser Zeit, und Sie wissen selbst sehr gut, dass das Regierungen unterschiedlicher Couleur waren, wenn man einmal einen Strich darunter zieht und es einmal grob betrachtet und nicht so sehr ins Detail geht, dass alle Regierungen seit dieser Zeit an kaum einer anderen Aufgabe, die wir in diesem Land hatten, so gescheitert sind, wie an der Frage, die Zuwanderung und die Integration der Zuwanderer ausreichend zu regeln. Das gilt für Regierungen der einen wie der anderen Farbe. Im Wesentlichen lief es dadurch, dass man zunächst einmal das Problem, das man zu lösen gehabt hätte, grundsätzlich in Frage gestellt hat, sich grundsätzlich geweigert hat, sich diesem Problem überhaupt zu stellen, und wie man leicht absehen kann, dann natürlich die Frage der konkreten Problemlösungen in der Praxis umso schwieriger war.

Ich hoffe, Sie folgen mir, wenn wir es jetzt nicht nur parteipolitisch sehen, dass die sechzehnjährige Phase der Regierung Kohl bei dieser Problemstellung sicherlich mit besonderem Augenmerk zu betrachten ist, weil in dieser Phase natürlich die Probleme und auch die Reaktionen in der Bevölkerung auf diese Probleme sehr stark überhand genommen haben, ohne dass die Regierung die Kraft gefunden hat, hier tatsächlich Abhilfe zu schaffen.

Ich möchte Sie kurz daran erinnern, wie das aus dieser Regierung selbst gesehen wurde, weil wir dann noch einmal sehen, warum diese Regierung etwas sehr Mutiges getan hat, nämlich das Problem tatsächlich mit einer sehr weitreichenden Gesetzesinitiative anzugehen und dieses Gesetz eben auch durch die zuständigen Gremien zu bringen. Wir haben, um zu schauen, wie dies in der Regierung Kohl gelaufen ist, zum Beispiel ein Zitat von der damaligen Bundesausländerbeauftragten Frau Funke. Das möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten sehr gern zitieren. Frau Funke ist, wie Sie wissen, damals zurückgetreten aus Protest und hat in ihrem Abschiedsbrief an den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 17. Juni 1991 Folgendes geschrieben:

"Die ausländische Arbeitnehmerbevölkerung sieht sich einer wachsenden Abwehr in der deutschen Bevölkerung und sogar tätlichen Angriffen ausgesetzt, ohne dass von politischer Seite ihre Anwesenheit begründet und ihre erwiesenen Leistungen gewertet werden. Ermutigungen zur Integration sind kaum erkennbar, ebenso wenig Maßnahmen und ausreichender Schutz gegen fremdenfeindliche Jugendbanden. Die deutsche Bevölkerung ist zunehmend verunsichert angesichts einer ständig ungeregelten Zuwanderung, für deren Bewältigung sie kein politisches Konzept erkennen kann. Die sich daraus ergebenden Ängste schlagen sich nicht selten in mehr oder weniger heftigen Beschuldigungen gegen die Ausländer nieder und belasten damit die Stimmung

(A) auf beiden Seiten. Die Gefahr einer Eskalation ist nicht von der Hand zu weisen."

Soweit die Bundesausländerbeauftragte der Regierung Kohl über den Zustand der Frage, regeln wir dieses Thema Zuwanderung in dieser Regierungszeit Kohl, ja oder nein, und wie regeln wir es, als Insiderin aus der Regierung selbst in ihrem Rücktrittsschreiben an den Bundeskanzler! Ich glaube, das spricht für sich als Leistungsbilanz dieser Regierung in dieser Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun hat die jetzige Bundesregierung sich dieses Themas angenommen und hat ein Gesetz vorgelegt. Manchmal habe ich das Gefühl, wenn ich Stellungnahmen aus dem Bereich der CDU höre, dass die Klage, die jetzt einige CDU-geführte Bundesländer in Karlsruhe eingereicht haben, etwas missverstanden wurde. Manchmal hört sich das so an, als ob Klage gegen die Inhalte des Zuwanderungsgesetzes eingereicht worden wäre. Dem ist aber, wie Sie wissen, nicht so, sondern die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht umfasst lediglich die Frage: Ist das Gesetz bei der Verabschiedung im Bundesrat rechtmäßig und verfassungskonform zustande gekommen? Das ist eine Verfahrensfrage, und wenn Sie mich fragen, ist dieser Tag im Bundesrat von allen Seiten weidlich in den Sand gesetzt worden und wahrlich kein Ruhmesblatt für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Soweit ist es auch richtig, dass das Bundesverfassungsgericht hierzu Stellung nimmt, inwieweit das Abstimmungsverhalten der Länder in dieser Art und Weise gestaltet werden kann, ja oder nein.

Aber zu den Inhalten, und das stand auch eine Zeit lang zur Debatte, ob die Bundestagsfraktion der CDU sich zum Beispiel diesen Inhalten, diesen Klagen anschließt, klagen sie nicht. Was sie hier machen, ist, dass sie lediglich sagen, dass, wenn sie an die Regierung kommen am 22. September, sie dann dieses Gesetz wieder zurücknehmen. Ich glaube, dass ihnen wahrscheinlich nicht ganz klar ist, wie breit die Zustimmung zu diesem Gesetz inzwischen ist und was sie damit, wenn sie dies tatsächlich tun sollten, anrichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU)

Sie lachen! Das sind normalerweise Bereiche, die eher zu Ihren Unterstützern und Sympathisanten gehören, das ist der Bundesverband der Industrie, sind die Unternehmerverbände, das sind aber auch die Gewerkschaften, das sind die Kirchen, das sind im Grunde genommen alle gesellschaftlichen Kräfte in diesem Land. Sie sagen, es war gut, was die Bundesregierung gemacht hat. Wir haben manche Kritik an einzelnen Punkten dieses Gesetzes, es ist kein

perfektes Gesetz. Ich bin der Letzte, der sich hier hinstellt und sagt, hier ist der Bundesregierung ein perfektes Gesetz gelungen. Das geht auch gar nicht in dieser Frage. Aber insgesamt, unter dem Strich, dieses Gesetz zu erarbeiten, vorzulegen und in der jetzt bestehenden Form durch den Bundestag zu bringen, ist in der Tat historisch eine gar nicht zu unterschätzende Leistung, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich werde in einer zweiten Runde auf die Inhalte des Gesetzes etwas näher eingehen, weil Sie wissen, dass es ein sehr komplexes und breites Gebiet ist, das hier geregelt wird. Wir werden dann noch einmal auf den Punkt zurückkommen, ich bitte aber auch schon die anderen Kollegen, dazu Stellung zu nehmen, wie wir in Bremen gedenken, dieses Gesetz dann tatsächlich im Januar in die Tat umzusetzen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir uns hier überhaupt über ein Konzept zur Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes unterhalten können, möchte ich zunächst einmal feststellen und festhalten, dass meines Erachtens das Verfahren, die Abstimmung im Bundesrat, absolut verfassungswidrig gewesen ist. Bundespräsident Rau tadelt zwar die Mitglieder des Bundesrats, sie hätten mit ihrem Verhalten bei der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz dem Ansehen von Staat und Politik großen Schaden zugeführt, Bruder Johannes aber hat dem deutschen Volk das Vertrauen auf das Grundgesetz und das Amt des Bundespräsidenten einen noch größeren Schaden zugefügt, weil er ein Gesetz unterschrieben hat, das nach überwiegender Rechtsmeinung zweifelsfrei und offenkundig grundgesetzwidrig zustande gekommen ist.

Meine Damen und Herren, im Grundgesetz heißt es – ich erkläre Ihnen das einmal, falls Sie das Grundgesetz nicht kennen –, die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder abgegeben werden. Das war bei den Mitgliedern Brandenburgs, als sie uneinheitlich abgestimmt haben, eindeutig nicht der Fall. Meine Damen und Herren, dass dies nicht dem Grundgesetz entspricht, ist für jeden normal Denkenden zweifelsfrei offenkundig, nicht aber dem derzeitigen Bundespräsidenten. Das allein ist schon ein Armutszeugnis schlechthin. Man kann diesen traurigen Skandal auch mit folgenden Überschriften betiteln: Ge-

(D)

(A) setze zwecklos, Volkes Wille wertlos, Bundesrat sinnlos, Einwanderung endlos!

Demzufolge ist die Aussage der stellvertretenden Direktorin des mit Steuergeldern geförderten Essener Zentrums für Türkeistudien, Frau Akkaya, ein deutlicher Beweis einer betriebenen antideutschen Zuwanderungspolitik der etablierten Altparteien. Sie sagt nämlich wörtlich, Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren: "Wir begrüßen das Gesetz. Die Leute" – und das muss man sich einmal ganz langsam zergehen lassen – "werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen."

Ich aber verspreche Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion, dass die Deutsche Volksunion, an der Spitze der Bundesvorsitzende und Herausgeber der "Nationalzeitung", Dr. Frey, rechtsstaatlich dafür sorgen wird, dass Deutschland den Deutschen auch zukünftig gehören wird. Wenn der türkische Fußballnationaltrainer, Herr Günes, bei der Weltmeisterschaft in Japan großspurig erklärt: "Heute sind wir Gäste in Japan, zur WM 2006 laden wir ein", so ist es dringend erforderlich – und wir machen das –, dass man diesem Herrn überdeutlich macht, dass die Fußballweltmeisterschaft 2006 immer noch in Deutschland und nicht in der Türkei stattfindet. Aber das nur nebenbei!

Die Deutsche Volksunion sagt nein zum Zuwanderungsgesetz. Die Deutsche Volksunion sagt nein zu diesem Antrag der Grünen, und ich sage in aller Deutlichkeit, weil uns Einwanderer mehr kosten als sie uns einbringen! Deutschland hat 82 Millionen Einwohner, zirka 7,8 Millionen sind Ausländer. Rechnet man einmal die Dunkelziffer von zirka 800 000 Illegalen dazu, ist die Zehn-Prozent-Marke weit überschritten. Aber nur zwei Millionen der hier lebenden Ausländer gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Mehr als die Hälfte aller Asylbewerber in Europa fanden schon in den neunziger Jahren Aufnahme in Deutschland. Jährlich werden zirka 190 000 Ausländer eingebürgert, etwa 40 000 Kinder ausländischer Eltern erlangten mit ihrer Geburt im Jahr 2000 die deutsche Staatsangehörigkeit. Bald, meine Damen und Herren, werden es auf Grundlage der EU-Osterweiterung noch mehr sein, das kann ich Ihnen hier garantieren!

(B)

Das von der rotgrünen Chaosregierung geplante Zuwanderungsgesetz soll ja angeblich den Massenzustrom bedarfsgerecht steuern und regeln. Ich aber sage Ihnen, genau das Gegenteil wird geschehen, denn mit neuen Anreizen lockt man weitere Zuwanderer ins Land, ohne Rücksicht auf die negativen Folgen für das Sozialsystem, ohne Rücksicht auf den Mehrheitswillen des deutschen Volkes.

Meine Damen und Herren, Hunderttausende bislang nur geduldete Ausländer erhalten nun ein Daueraufenthaltsrecht. Das Nachzugsalter für Jugendliche wird von bisher 14 auf 16 Jahre angehoben, obwohl in diesem Alter der Einstieg in Schulen und Berufsausbildung eher unwahrscheinlich ist. Hinzu kommen neue Asylgründe, wie zum Beispiel Frauen, die keinen Schleier mehr tragen möchten oder unter anderen Traditionen leiden müssen. Diese Frauen müssen künftig bei uns aufgenommen werden. Das könnten theoretisch 100 Millionen sein. Auch Homosexuelle und Lesben aus aller Welt dürfen mit Aufnahme rechnen, wenn sie ihre Neigungen in ihren Heimatländern nicht ungehindert und zügellos ausleben dürfen. Meine Damen und Herren, bei aller Toleranz, aber das sind nun wirklich keine dringenden notwendigen Asylgründe!

Dass nun die Wirtschaft dem neuen Zuwanderungsgesetz zustimmt, das ist mir schon klar. Importierte Fremdarbeiter erlauben Lohndumping zum Nachteil deutscher Arbeitnehmer, Billiglohnarbeiter aus aller Herren Länder kosten weniger und haben weniger Rechte. Dass die SPD eine verstärkte Einwanderung unterstützt, das allerdings ist mir auch klar, denn die meisten Immigranten werden aus reiner Dankbarkeit die SPD oder die Grünen wählen. Darum ist es für mich auch kein Wunder, dass die SPD und die Grünen mit türkischen Wahlkampfplakaten auf Stimmenfang gehen. Es ist ihnen also egal, wer Deutschland überschwemmt, solange sie selbst die Macht behalten, und gerade die jüngsten fortlaufenden SPD-Skandale haben es doch deutlich bewiesen. Wer meint, durch Geld alles erreichen zu können, wird für Geld auch alles tun, das sage ich Ihnen hier!

Zu dem Antrag der Grünen kann ich nur Folgendes sagen:

(Zuruf des Abg. Günthner [SPD])

Ihre Politik hilft der Umwelt wirklich am besten, denn Ihr Wahlprogramm, Ihre Anträge bestehen zu 100 Prozent aus Müll! Wer bei über vier Millionen Arbeitslosen und jährlich über 100 000 neuen Asylbewerbern überhaupt noch über Zuwanderung redet und dazu hier noch einen solchen unverantwortlichen Antrag einbringt, muss entweder bösartige Ziele verfolgen oder aber weltfremden Ideologien anhängen, die wahrscheinlich den Zusammenbruch unserer sozialen und kulturellen Ordnung und den Untergang unseres Volkes schnellstens umsetzen wollen! Ich werde Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU) *): Herr Präsident, liebe Kollegen! Lieber Herr Dr. Güldner, als Sie vorhin ausführten, dass Sie keine allgemeine Zuwanderungsdebatte führen wollten, weil diese schon mehrfach auch

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) in diesem Hause geführt worden ist, hatte ich mir erst gedacht, man könnte die Debatte vielleicht kurz fassen. Möglicherweise hätte ich sie so kurz gefasst, dass ich Ihnen nur gesagt hätte, Sie haben Recht, wir werden das Gesetz aufheben, und hätte mich wieder hingesetzt. Aber Sie haben nun auch den großen Rückgriff in die Vergangenheit noch einmal genommen und wollten jetzt nachweisen, wie dieses sechzehnjährige Versagen der Kohl-Regierung dann dazu geführt hat, dass Ihre Bundesregierung nun zu einer historischen Leistung fähig war.

(Abg. Manfred Oppermann [SPD]: Das ist so!)

Sie haben das unter anderem damit begründet, dass Kirchen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften auch dieses Gesetz begrüßt hätten und dass das also auf allgemeine Zustimmung stößt. Wenn ich mir gestern die Tageszeitungen, die man so morgens in den Briefkasten geliefert bekommt, anschaue, aus denen dann dieses Werbeblatt der Bundesregierung gefallen ist, und zwar aus jeder dieser Zeitungen – –.

(Abg. Frau Iletmis [SPD]: Gut gemacht! - Zuruf von der CDU: Steuergeldverschwendung!)

Darüber will ich mich gar nicht streiten, ob das gut gemacht ist oder nicht. Aber das zeigt doch zumindest, dass in Ihrer Regierung Zweifel daran bestehen, dass die Bevölkerung die Debatte bisher so aufgefasst hat, als ob Sie eine historische Leistung vollbracht hätten,

(Beifall bei der CDU)

sondern dass sie doch eher das Gefühl hätten, da tut sich etwas, das sie nicht wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Wangenheim [SPD])

Nun sage ich Ihnen vorweg, obwohl wir ja trefflich streiten könnten, denn der Regierungschef ist ja nicht da, das heißt, die Fraktionen könnten sich jetzt also trefflich auseinander setzen,

(Heiterkeit bei der CDU)

ich sage Ihnen aber vorweg, was im Endergebnis herauskommen wird. Wir werden nämlich der Überweisung zustimmen, damit Sie nicht denken, dass wir irgendwie den Koalitionsfrieden stören wollen. Trotzdem muss es ja möglich sein, dass, wenn die Grünen einen Antrag einbringen, wir zumindest dann noch unsere Meinung zu den einzelnen Punkten deutlich machen.

Der Bereich des Landes und unserer beiden Kommunen, Herr Dr. Güldner, Sie fordern ein, der Senat soll jetzt sagen, wie er es genau machen will. Der Senat müsste Ihnen jetzt sagen, also, wir machen es logischerweise so, weil wir gesetzestreu sind, wie es die Verordnungen der Bundesregierung vorsehen werden. Werden, weil sie noch nicht vorliegen! Herr Schily sieht sich nicht imstande, vor der Bundestagswahl den deutschen Innenausschuss zu beehren, um das Ganze auf den zu Weg bringen. Nun frage ich mich natürlich wieder, da ich ja unterstelle, dass Sie das wissen, dass die noch nicht da sind, warum fragt der das jetzt, vier Wochen vor der Wahl!

(Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt hat uns heute Herr Herderhorst klar gemacht, wie das hier ist mit dem Wahlkampf im bremischen Parlament. Bei 17 Debattenpunkten wurde klar gemacht: Also, meine Damen und Herren, hier geht es nicht um den Wahlkampf, hier geht es um die Sache! Es ist immer dann kein Wahlkampf, das hat Herr Herderhorst auch nachgewiesen, wenn CDU und SPD gemeinsam darunter stehen. Hier stehen nur Sie allein darunter, also ist es Wahlkampf!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich finde, das ist eine schlüssige Begründung, und wenn Sie Wahlkampf machen wollen, dann sollen Sie den Wahlkampf auch haben!

(Beifall bei der CDU)

Ich räume ein, es ist uns in 16 Jahren, mir auch in vier Jahren, nicht gelungen, das, was CDU und CSU unter einem Zuwanderungsgesetz verstanden hätten, auf den Tisch zu bringen. Wir hatten leider einen Koalitionspartner, der nicht willens war, das, was wir als Intention hatten, nun in Gesetzesform zu gießen, und bevor wir das hineingeschrieben hätten, was die FDP seinerzeit wollte, haben wir lieber darauf verzichtet, überhaupt etwas zu schreiben, und haben es also gelassen.

(Zuruf von der SPD: Den wollen Sie doch wiederhaben!)

Jetzt haben Sie in historischer Leistung auf 100 Seiten hier dieses Gesetz vorgelegt, das Sie jetzt in dieser Kurzform gestern dem Bürger praktisch mitgeteilt haben, um ihn an Ihren Wohltaten teilhaben zu lassen. Sie haben vorhin angekündigt, Sie wollten auf die einzelnen Teile des Gesetzes noch eingehen, und haben uns aufgefordert, da schon vorab Stellung zu nehmen. Da ich nicht weiß, ob ich nachher noch einmal Lust habe, in der zweiten Runde zu reden, sage ich Ihnen schon einmal in fünf Minuten in Kurzform, wo die größten Mängel sind.

Sie versuchen, der Bevölkerung deutlich zu machen, dass hier Zuwanderung begrenzt wird, und

(D)

(A) wissen sehr wohl, dass das nicht der Fall ist. Insofern erklärt sich auch die seinerzeitige Siegesansprache Ihrer Parteifreundin, oder wie auch immer man das bei Ihnen nennt, Beck, die im Radio erklärt hat, sie sei völlig überrascht, völlig erstaunt, hätte nie erwartet und nie geglaubt, dass die Sozialdemokraten das mitmachen. Dass geschlechtsspezifische Verfolgung, nichtstaatliche Verfolgung nun auch ins Gesetz aufgenommen würden, halte sie für einen großen Triumph, den es zu feiern gelte. Gut, den kann man ja feiern, wenn man diese Meinung vertritt, und man setzt sich durch, ist das völlig klar. Ob die Sozialdemokraten insgesamt darüber so begeistert waren oder eher in der Begeisterung verharrten, die wir seinerzeit bei der FDP hatten, lasse ich einmal dahingestellt!

Trotz alldem führt das nicht zu einer Begrenzung von Zuwanderung. Wenn Sie der Öffentlichkeit erklären, machen Sie sich keine Sorgen, Sie, die Masse des Volkes, sind gar nicht betroffen, beim Arbeitsmarkt geht es nur um die Spitzenkräfte, dann verweisen Sie immer auf Paragraph 19 des Gesetzes und verschweigen, dass es vorher noch einen Paragraphen 18 gibt. Das ist nämlich meistens so, wenn es 19 gibt, gibt es auch 18.

(Heiterkeit bei der CDU)

(B) In dem Paragraphen steht dann gar nichts mehr von Spitzenkräften, sondern vom allgemeinen Arbeitsmarkt, und der lässt alles offen. Sie sagen, wir sind ja auch bereit gewesen, der CDU entgegenzukommen, wir haben das Nachzugsalter heruntergesetzt, dann aber gleichzeitig im Gesetz relativ vage Ausführungen dazu gemacht, wie denn Ausnahmen anschließend bearbeitet werden, so dass man im Prinzip zu dem Ergebnis kommen kann, zumindest im Lande Bremen, sage ich einmal, wird man eher dazu neigen, diese Ausnahmen so aufzufassen, dass die Ausnahme im Prinzip anschließend zur Regel wird.

Wenn Sie sich das Gesetz weiterhin in seinen wesentlichen Inhalten anschauen, dann ist außer in der Gesetzesüberschrift von Begrenzung und Steuerung im gesamten Tenor anschließend eigentlich nicht mehr viel zu finden, sondern Sie setzen weiter darauf, dass das als Bundesregierung mit dem Schwerpunkt dessen, was die Grünen immer wollten – –. Man könnte jetzt viele Grüne zitieren, ich würde das jetzt auch machen, aber der hat inzwischen sein Mandat niedergelegt, und man sollte da deswegen nicht mehr nachtreten, der das seinerzeit mit den Worten begrüßt hat, so sinngemäß, also künftig heißen deutsche Kinder Ali und was weiß ich, und jetzt ist der große Sieg errungen. Ich glaube, dass das in diesen Punkten der falsche Weg ist.

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Sie sind sogar so weit gegangen, dass sie nach den Debatten bei den Anforderungen von Deutschkenntnissen in Sprache und Schrift nicht zu Verschärfungen gekommen sind, wie man das eigentlich allgemein hätte erwarten müssen, sondern diese Regierungskoalition ist auf Druck von wem auch immer dazu übergegangen, in der zweiten überarbeiteten Entwurfsfassung das noch einmal wieder herunterzusetzen und nur noch vage zu formulieren, die müssten dann beim Niederlassungsrecht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse haben. Wenn es sich verfestigen würde in allen Bundesländern, bei allen Gerichten, was, glaube ich, der hessische Staatsgerichtshof entschieden hat, wäre mir ein Teil meiner Sorge genommen, weil ich mir dann sicher wäre, dass da viele Probleme bekommen werden, sich das Niederlassungsrecht zu erstreiten, wenn sie diese Kenntnisse nachweisen müssen.

Aber ich sehe auch da schon wieder unterschiedliche Behandlungen, was ausreichende Sprachkenntnisse dann eigentlich sein sollen. Da das nicht definiert ist, da das nicht vergleichbar ist, wird der eine das so auslegen und der andere so. Wenn wir ins Ausland fahren, gibt es ja viele, die sagen: Ich habe ausreichende Sprachkenntnisse. Ich kann nämlich Guten Tag sagen, Auf Wiedersehen und die Speisekarte auf Englisch lesen, insofern habe ich ausreichende Sprachkenntnisse. Ich kann mich durchschlagen. Das ist allerdings in diesem Fall wohl nicht gemeint. Das muss weiter gehen.

Insofern ist die Frage, wie das geregelt werden soll, wiederum ein Punkt, der auf diese Verordnung zuläuft, Herr Dr. Güldner, die allerdings wiederum auch noch nicht vorliegt, so dass wir im Prinzip alles, was Sie angesprochen haben von den Trägern, von den Behörden, wie das gehandhabt werden soll, was überhaupt bei Integrationskursen, bei Sprachkursen vermittelt werden muss, das kann eigentlich noch gar nicht vorliegen. Es würde mich sehr überraschen, wenn nachher der Innensenator Ihnen hier die Umsetzung präzise deutlich machen könnte, ohne die Verordnung, die es noch nicht gibt, aus Berlin vorgelegt bekommen zu haben.

Insofern kann ich abschließend noch einmal sagen, Sie haben sich vorhin selbst widersprochen, Sie wollten keinen Wahlkampf machen, haben dann aber selbst im Prinzip alles widerlegt, indem Sie noch einmal alle Facetten aufgegriffen haben. Es ging Ihnen nicht nur um die drei Säulen, was nun in Bremen geschehen muss. Insofern werde ich bei der zweiten Runde abwarten, inwieweit Sie weiter Wahlkampf machen, ansonsten muss ich mich zwangsläufig noch einmal zu Wort melden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Iletmis.

(A) Abg. Frau **Iletmis** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange zunächst einmal damit an: Was haben Sie denn als Deutsche dagegen, wenn jemand den Namen Ali hat? Ich habe auch einen deutschen Pass und heiße mit Vornamen Gule. Das ist kein typisch deutscher Name, aber trotzdem!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir die Debatte heute auch ein bisschen anders vorgestellt. Ich habe gedacht, die Grünen haben ihre Position deutlich gemacht, wir werden kurz darüber debattieren, und dann ist die Sache für mich erledigt. Als Südländerin habe ich immer gemeint, wir sind für die Emotionalität zuständig und die Norddeutschen für die Sachlichkeit. Das habe ich heute hier nicht angetroffen.

(Beifall bei der SPD)

Alle drei Parteien, ich glaube, auch die DVU, haben im Juni ausführlich darüber diskutiert. Ich weiß nicht, ob Sie damals gesprochen haben. Sie sprechen ja meistens zu verschiedenen Themen, wenn es auch nicht zutreffend ist. Irgendwann bringen Sie Ausländer, Flüchtlinge immer wieder ins Gespräch. Sie wiederholen sich ständig, und durch die Wiederholungen werden Ihre Unwahrheiten auch nicht wahr.

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Das tun Sie immer wieder, und deswegen gehe ich darauf gar nicht mehr ein. Ich finde, was Sie gesagt haben, war inhaltlich falsch, nicht zutreffend und wiederholend. Ich hoffe, irgendwann lernen Sie auch, ein bisschen sachlich zu argumentieren, damit wir Ausländer uns damit auseinander setzen können und nicht immer fragen müssen: Was ist jetzt schon wieder?

Ich will dann heute ganz kurz sagen, trotz Kritik an einzelnen Regelungen habe ich immer das Grundanliegen des Zuwanderungsgesetzes begrüßt, weil mir zwei Sachen wichtig waren. Zum ersten Mal wird Deutschland, was schon lange Realität war, als Zuwanderungsland anerkannt. Das ist eine Tatsache. Zweitens, die Integration ist gesetzlich festgeschrieben, wie man das machen muss. Frühere Regelungen haben auch immer von Integration gesprochen und gute oder schlechte Regelungen getroffen. In 16 Jahren Kohl war auch nicht immer alles schlecht. Wir haben damals auch eine erleichterte Einbürgerung gehabt, aber das war nicht ausreichend. Jetzt geht das Gesetz nach meiner Meinung den ersten wichtigen Schritt nach vorn. Es ist nicht alles perfekt, aber das perfekt zu machen hängt von uns ab. Insbesondere wenn wir über Bremen debattieren, hängt es davon ab, wie wir das in Bremen realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, spätestens seit der Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes durch Bundespräsident Rau, das war sehr wichtig, das musste erst einmal geschehen, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Länder und Kommunen auf die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2003 vorbereiten. Ich denke, wir gehen immer schrittweise. Das ist bei allen Bundesgesetzen so. Es wird verabschiedet, der Bundesrat diskutiert darüber, das war ein Theater, darüber hat man tausendmal diskutiert, Rau hat unterschrieben, und jetzt müssen wir das durchsetzen.

Solche Vorbereitungen können allerdings nicht isoliert getroffen werden, sondern sie bedürfen der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wie es auch bei anderen Gesetzen vorgesehen ist. Hier läuft nach meinem Wissen eine Menge, auch unter der Beteiligung von Bremen. Ich nenne hier nur einige: die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlingsfragen und Integration, die Konferenz der Ausländerbeauftragten der Länder, die Sitzung der Ausländerbehörden großer Städte zum Erfahrungsaustausch und die Sitzungen des Deutschen Städtetages oder auch die Ländertreffen beim neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, das für die Durchführung der Integrationskurse und für die Sprachförderung zuständig ist. Es wird zurzeit auf allen Ebenen intensiv beraten, abgestimmt und vorbereitet.

Es muss natürlich auch eine ganze Reihe von Durchführungsverordnungen beziehungsweise Rechtsverordnungen, insbesondere was die Finanzen betrifft, in den Ländern vorbereitet und abgestimmt werden, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Zurzeit habe ich den Eindruck, dass wir hier aus zwei taktischen Gründen diese inhaltlichen Sachen auch nicht vergessen sollten. Wir sollten nicht, wie es in Frankfurt auch die Oberbürgermeisterin gemacht hat, einfach sagen, ich will das nicht umsetzen. Das ist nach meiner Meinung Rechtsbruch. Ich bin keine Juristin, aber ich denke, wenn ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet ist, müssen die Länder das so oder so umsetzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleen [SPD]: Der Senator handelt nie contra legem!)

Eine solche Verhaltensweise ist angesichts der Größe der Gesellschaft unverantwortlich. Ich hoffe deshalb auch, dass der Innensenator in Bremen eine solche Verhaltensweise nicht mitträgt.

Ich weiß, dass die Senatorin für Soziales und die Ausländerbeauftragte in Bremen diese Bund- und Länderverordnung aktiv unterstützen, und zwar aus(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) gehend von den Richtlinien der bremischen Integrationspolitik. Ich erwarte natürlich, dass sich der Innensenator mit seiner Ausländerbehörde und der Aufgabe der Einbürgerung produktiv in den laufenden Abstimmungsprozess einbringt und sich auf die neuen Aufgaben für die Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven, aber auch auf neue Kosten rechtzeitig vorbereitet und einstellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe den vorliegenden Antrag so, dass die zuständigen Ressorts bis Ende Oktober über ihre bis dahin in Bund- und Ländergremien abgestimmten, konkreten Vorbereitungen berichten. Für mich ist auch klar, dass das Land Bremen ein Interesse daran haben muss, dass der im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote, das heißt Sprachkurse, darüber haben wir gesprochen, 300-Stunden-Basiskurse, 300-Stunden-Aufbaukurse und die Einführungskurse in die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte von Deutschland durch Integrationskurse beziehungsweise Orientierungskurse, das heißt zirka 30 Stunden, reibungslos umgesetzt wird.

Ich denke aber auch, dass dieser neue Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen über den Oktober hinausgehen wird, so dass auch in den Fachdeputationen, Inneres und Soziales, auch in anderen Ausschüssen und auch hier im Parlament über diese Fragen zu beraten und abzustimmen sein wird. Entscheidend wird dabei auch sein müssen, dass das bremische Integrationskonzept die neuen Anforderungen und Aufgaben aus dem Zuwanderungsgesetz aufnimmt, ohne die erfolgreich laufenden Maßnahmen und Programme in Bremen und Bremerhaven dabei in Frage zu stellen.

(B)

Nur durch die gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern kann die große Aufgabe der Integration zum Erfolg geführt werden. Wenn wir Ergebnisse im Oktober oder November vorliegen haben, denke ich mir, können wir ausführlich darüber diskutieren, da können wir dann vielleicht die zweite Phase durchführen. Deswegen sind wir auch zuerst einmal für die Überweisung an die Fachdeputationen, und wenn das Konzept wieder vorliegt, dann können wir hier noch einmal diskutieren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde nicht inhaltlich zu dem neuen Gesetz reden. Das ist auch gar nicht Gegenstand des Antrages, sondern Gegenstand des Antrages ist ja, dass der Senat aufgefordert wird, ein Konzept zur Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes bis Ende Oktober 2002 vorzulegen.

Meine Damen und Herren, nachdem Sie vorhin, als wir über die Kontrollen auf den Autobahnen gesprochen haben, die Bedeutung des Landes Bremen heruntergeredet haben im Kontext mit den anderen Ländern, indem Sie gesagt haben, 70 Kilometer, das ist schon nicht so wichtig, sind Sie jetzt der Meinung, dass Bremen hier allein etwas machen und erarbeiten könnte, was es nun wirklich nicht leisten kann.

Meine Damen und Herren, wie ist der Stand? Der Stand ist, dass nach den bekannten Vorgängen im Bundesrat und der Unterschrift des Bundespräsidenten zehn Innenminister, die von der CDU und von der CSU gegenwärtig gestellt werden, gesagt haben, wir beteiligen uns im Moment nicht an der Diskussion zur Umsetzung dieses neuen Gesetzes, weil von den acht Ländern, die von der CDU/CSU geführt wurden - ich weiß jetzt nicht, wie viele - eine Verfassungsklage eingereicht worden ist und weil die Umsetzung dieses Gesetzes in Form von Rechtsverordnungen, in Form vieler Rechtvorschriften hier durch den Bundesrat muss. Der Bundesrat hat aber gegenwärtig eine Mehrheit, auch wenn die beiden großen Koalitionen dem, was ja nicht ist, wie Sie wissen, aufgrund der Koalitionsvereinbarungen zustimmen würden, mit der die Änderungen gar nicht durchgehen würden. Deswegen hat auch Bundesinnenminister Schily bei einer Besprechung Anfang Juli gesagt, wegen der politischen Auseinandersetzung um dieses Gesetz lege ich keine Rechtsverordnungen vor, das mache ich nicht.

Nun können wir uns hier natürlich einzelne Gesetzesparagraphen vornehmen und sagen, die setzen wir so und so um. Wir kommen nicht weiter ohne diese Vorlagen, die vom Bundesinnenminister – und im Übrigen auch noch von andern Ministerien, zum Beispiel vom Bundessozialminister – vorgelegt werden sollen. Wir können also gar nicht, an die Adresse der Grünen, hier bis Ende Oktober irgendetwas vorlegen. Insofern ist dieser Antrag, darf ich von meiner Einschätzung ausgehen, wirklich nicht etwas, was real umgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Städtetag, der im Übrigen an den Besprechungen der A-Länder, also der SPD-geführten Länder, teilgenommen hat, hat in einer Stellungnahme, die mir heute zugegangen ist, noch einmal darauf hingewiesen und beklagt, dass es bisher keinerlei Vorstellungen der Bundesregierung gibt zur Umsetzung besonders – und das ist in dem Antrag der Grünen auch – der Finanzierung der neu gestalteten Integrationsmaßnahmen.

Der Deutsche Städtetag schreibt in dieser Woche, dass für die Praxis besonders wichtige Rechtsverordnungen vom Bundesministerium für Arbeit und

(A) Sozialordnung zu erlassen sind. Gerade für die kommunalen Ausländerbehörden ist dies besonders wichtig, weil in diesem Zusammenhang viele neue Aufgaben auf sie zukommen, aber da hier ein. Vielzahl neuer Ermessenstatbestände und unbestimmte Rechtsbegriffe im Gesetz seien, brauche man solche Vorlagen der zuständigen Ministerien, um überhaupt einschätzen zu können, was auf die Kommunen, was auf die Länder zukomme.

Ich will das jetzt nicht weiter hier vorlesen und zitieren. Der Deutsche Städtetag, nicht nur seine Präsidentin, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, sondern der Städtetag insgesamt kommt zu dem Ergebnis, gegenwärtig kann hier nichts gemacht werden. Die Wahl muss abgewartet werden, und dann werden wir sehen, wie die Mehrheiten sind.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Gesetze setzen Sie nach Wahlen um?)

Das In-Kraft-Treten eines Gesetzes, wenn denn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, hinauszuschieben, geht schnell im Bundestag. Ich verlange von der Bundesregierung, bevor wir hier weitermachen, erst einmal Grundtatsachen, wie was finanziert werden soll, wie welche Rechtsbegriffe denn nun zu interpretieren sind, unbestimmte Rechtsbegriffe, wie wir was umzusetzen haben. Wir haben bisher nichts vorliegen, und so lange wie wir nichts vorliegen haben, können wir auch hier in Bremen nichts machen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir allmählich doch zum Kern der Sache. Mit Verlaub, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und Herr Innensenator, das ist natürlich eine etwas erklärungsbedürftige Haltung. Ich kann mich natürlich hinstellen und sagen, mir passt das Ganze nicht, ich versuche, das im Bundesverfassungsgericht zu verhindern. Ich nehme, das haben Sie nicht gesagt, Herr Innensenator, an den Beratungen, die bundesweit in der AG Flü stattfinden, nicht teil, nehmen die CDU geführten Länder nicht teil, um die Erarbeitungen solcher Richtlinien zu blockieren und sich da querzustellen. Dann kann ich der Bundesregierung vorwerfen, dass sie bisher noch keine Entwürfe für die entsprechenden Richtlinien vorgelegt hat. So sieht das nämlich aus.

So ist auch die Haltung der CDU in dieser Frage. Sie versucht mit allen Mitteln, und zwar weniger mit inhaltlichen als mit Verfahrensmitteln, die Umsetzung dieses Gesetzes zu verhindern, und sagt dann hier an dieser Stelle dem Haus, tut uns furchtbar leid, weil die Bundesregierung da noch nicht zu Potte gekommen ist, darum können wir das leider in Bremen nicht umsetzen. Das ist kein Fairplay, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies hier so zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Wer erlässt denn die Rechtsverordnungen?)

Sie wissen genau, dass in der AG Flü bundesweit inzwischen nur die sozialdemokratisch geführten Länder und die Rotgrünen zusammensitzen. Die CDU hat, glaube ich, darum gebeten, wenigstens informiert zu werden über den Fortgang der Gespräche dort. Immerhin wollen Sie wenigstens auf dem Laufenden bleiben, das ehrt Sie, aber Sie verweigern im Grunde genommen Ihre Mithilfe der CDU geführten Länder an der Erarbeitung der entsprechenden Richtlinien.

Wir kommen noch einmal zu Bremen: Es ging überhaupt nicht darum, das hat auch nie jemand behauptet, dass Bremen nun für den ganzen Bund hier irgendetwas erarbeiten soll. Es geht darum, dass wir hier in Bremen, wenn das Gesetz in Kraft tritt, vorbereitet sein müssen, um es dann umzusetzen. Nehmen Sie beispielsweise die Frage der Härtefallkommission! Da brauchen Sie den Bund überhaupt nicht, denn wir haben bereits das Vorbild von vier Bundesländern, die diese auch ohne Zuwanderungsgesetz eingerichtet haben.

Nun haben Sie immer gesagt, ohne Bundesgesetz mache ich das nicht, ohne Bundesgesetz gibt es keine Härtefallregelung in Bremen. Nun soll das Bundesgesetz kommen, nun sagen Sie, jetzt kann ich es aber leider nicht umsetzen. Da merkt man genau, worum es wirklich geht, dass es letztlich doch darum geht, die Inhalte zu blockieren, hier eine Verweigerungshaltung einzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Regelungen in Bremen letztlich nicht zum Tragen kommen. Das ist der Kern der ganzen Geschichte, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie könnten ansonsten auf der Basis der gesetzlichen Zustände jetzt, wenn die von Ihnen so oft erbetene Steilvorlage des Bundes mit der Härtefallklausel kommt, selbstverständlich beginnen mit den Vorarbeiten für die Einrichtung einer Härtefallkommission im Lande Bremen. Sie haben das zur Regelung der humanitären Einzelfälle immer gewünscht und begrüßt. Nun sagen Sie, ich kann es nicht, weil der Bund mich daran hindert. Das macht überhaupt gar keinen Sinn.

Ich glaube, dass die Senatorin für Soziales sicherlich noch einmal etwas aus den bundesweiten Ver(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) handlungen und Besprechungen beitragen kann, wie sich einzelne Länder nun bemühen, die Umsetzungsschritte gemeinsam zu erarbeiten, das findet ja wie gesagt statt. Ich glaube, dass die Verweigerung der CDU, hier daran teilzunehmen, bestimmt kein Ruhmesblatt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Teiser, lassen Sie mich nur ganz kurz, wir sind ja hier jetzt bei dem Kern der Umsetzung für Bremen gewesen, noch einmal auf das eingehen, was Sie zum Beispiel zur nichtstaatlichen und zur geschlechtsspezifischen Verfolgung gesagt haben! Ich möchte hier nur einen Parteikollegen, er war langjähriger Generalsekretär der CDU, nämlich Heiner Geißler, zu dieser Frage zitieren. Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich Herrn Geißler aus der Zeit zu Beginn dieses Jahres.

Heiner Geißler sagt zu dieser Frage: "Warum beispielsweise will die Union eigentlich verhindern, dass die Opfer von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung einen verbesserten Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonventionen bekommen sollen, was dem Standard fast aller zivilisierter Nationen entspricht?" Soweit die Frage von Herrn Geißler! Er kommt am Ende zu dem Schluss: "Oder sollen auch in Zukunft Frauen, die Vergewaltigungen und Folter hinter sich haben, alle drei Monate beim Polizeiarzt sich melden müssen, der ihre Traumatisierung zu beurteilen hat?" Soweit Heiner Geißler zu der Frage, inwieweit man mit den wenigen hundert Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt, die das im Moment in der Bundesrepublik Deutschland betreffen würde, wenn wir hier zu einer eindeutigen, endlichen und gesetzlichen Regelung kommen, inwieweit man mit diesen Frauen Politik machen kann, inwieweit man diese Frauen als neue Zuwanderung, die uns hier überschwemmt, Stimmung machen kann, das sei wirklich die Frage. Es ehrt Herrn Geißler sehr, dass er darauf eingeht. Auf die vielen anderen Dinge möchte ich jetzt an dieser Stelle nicht mehr eingehen.

Es ist auf alle Fälle klar, Sie versuchen mit allen Mitteln, das ist von Herrn Stoiber auch eindeutig so anerkannt worden, dieses Gesetz, und zwar hauptsächlich auf dem Verfahrungsweg, zu behindern und zu blockieren. Bremen hat die verdammte Pflicht, und Sie haben sich heute Frau Roth ja auch nicht ausdrücklich angeschlossen. Das hätten Sie dann ja einmal tun können, ob Sie es so sehen wie Frau Roth in Frankfurt, die einfach sagt, das setzen wir hier nicht um, bei uns gibt es das nicht. Das wäre einmal ganz interessant gewesen. Wenn wir uns aber nicht verhalten wie Frau Roth, dann haben wir die verdammte Pflicht, ab 1. Januar 2003 hier für die entsprechenden Verhältnisse im Land Bremen zu sorgen. Ich glaube, dass es auch genügend Kräfte im

Land geben wird, die mit uns mitziehen und dafür sorgen werden, dass im Januar dieses Gesetz zum Wohl nicht nur der Migranten, sondern der gesamten Gesellschaft hier umgesetzt wird. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Dr. Güldner, erst einmal haben wir zur Kenntnis genommen, dass die von Ihnen mit geführte Bundesregierung der Hilfe der CDU und der von ihr regierten Bundesländer bedarf, um ihre Rechtsverordnungen zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hoch [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir lassen Sie teilnehmen!)

Die Rechtverordnungen, das wissen Sie, wer dafür zuständig ist,

(Abg. Herderhorst [CDU]: Nein, das wissen sie nicht!)

für den Bund zu erarbeiten, dafür ist nicht der Innensenator in Bremen zuständig, dafür ist auch nicht die CDU oder irgendeine Koalition verantwortlich.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Und wie geht es weiter?)

Es ist ja peinlich, wenn Sie hier erklären, weil Sie uns nicht bei der Erarbeitung dieser Rechtsverordnungen helfen, deswegen sind die noch nicht fertig und kommen nicht.

(Unruhe - Zurufe von der SPD)

Das haben wir zur Kenntnis genommen. Nun sage ich Ihnen, schlägst du mich mit Geißler, schlag ich dich mit Helmut Schmidt und zitiere mit Genehmigung des Präsidenten wie folgt, Altbundeskanzler Schmidt kritisiert Zuwanderungspolitik: "Wir haben unter idealistischen Vorstellungen viel zu viele Ausländer hereingeholt. Wir haben heute sieben Millionen Ausländer, die nicht integriert sind, von denen sich die wenigsten integrieren wollen, denen auch nicht geholfen wird, sich zu integrieren. Jetzt sitzen wir da mit einer sehr heterogenen, de facto multikulturellen Gesellschaft und werden damit nicht fertig."

(Zurufe von der SPD)

(B)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Maischberger, N-TV, 27. März 2002! Ich will damit nur deutlich machen, man muss sich weder dem einen noch dem anderen anschließen. Wenn Sie aber glauben, die Bevölkerung insgesamt oder die CDU mit ihren hunderttausenden von Mitgliedern oder CDU-Landtagsfraktionen mit der Einzelmeinung eines CDU-Mannes nun besonders beeindrucken zu können und das als letztendlichen Wahrheitsbeweis nun heranführen zu können, dann könnte ich Ihnen eine Palette von Zitaten, die quer durch die Parteien in Deutschland geht, immer heranholen, wo man immer etwas herausgreifen kann, um dem anderen zu sagen: Du liegst völlig falsch, einer von euch hat das auch gemacht!

Herr Dr. Güldner, die Frage, inwieweit die geschlechtsspezifische Verfolgung tatsächlich in der Menge zum Tragen kommt, lasse ich einmal völlig dahingestellt. Ich will auch nicht im Detailfall mit Ihnen darüber diskutieren, wie das berechtigt ist, ob das berechtigt ist und wie man das handhaben muss. Aber aus diesen ganzen Segmenten, wo Sie, aus Ihrer Sicht auch völlig zu Recht, nicht nur bei diesen, in anderen Bereichen sagen, aus unserer Sicht muss das gemacht werden, aus unserer Sicht müsste das ergänzt werden, dann sagen Sie wenigstens zum Schluss, dass sich ganz im Ergebnis nicht eine Verminderung der Zuwanderung ergibt, sondern sagen Sie, es gibt gute Gründe für uns, dies und das auszuweiten. Es wird dann vielleicht zu vermehrter Zuwanderung kommen, die nehmen wir in Kauf, weil wir das für berechtigt halten.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie können nicht erst anfangen aufzuaddieren und zum Schluss sagen, und deswegen ist die Überschrift "Die Zuwanderung wird begrenzt und zurückgeführt und reduziert" irgendwie halbwegs gerechtfertigt. Die von mir eben gerade geschilderte Position würde ich auch für die Diskussion dann ehrlich gesagt für fairer halten. Darüber könnte man sich auseinander setzen, aber man kann nicht Gründe ausweiten und anschließend sagen, das ist unsere Verminderung. Das hat inzwischen auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gemerkt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch aus der Sicht der Sozialsenatorin etwas zum Stand der Dinge sagen. Es ist so, dass unser Ressort mit großem Engagement an der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns darauf vorbereiten, es gibt einen Rechtsanspruch für alle Neuzuwanderer ab 1. Januar 2003. Wir haben jetzt August, wir haben auch noch genug Zeit, das auf den Weg zu bringen. Ich bin ganz optimistisch, dass das bis dahin klappt. Es gibt, das ist schon mehrfach angesprochen worden, einen Umsetzungsprozess, der vom Bund geleitet wird. Es gibt ein neues Bundesamt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, seit dem 1. Juli 2002, das den Auftrag hat, das Integrationsprogramm und die Vorbereitung der Integrationskurse voranzutreiben. Das läuft auch mit Hochdruck. Sie wissen, dass die Integrationskurse sich aufgliedern in Basiskurse, Orientierungskurse und Aufbaukurse. Nach meinen Informationen ist die Finanzierungsfrage auch so weit geklärt, dass der Bund die Basis- und Orientierungskurse finanziert und die Länder die Aufbaukurse übernehmen. Das müssen wir in Bremen noch klären, wie wir diese Finanzierungsfrage lösen, aber auch das werden wir hinbekommen.

Es gibt Vorbereitungen für die Erarbeitung dieser Rechtsverordnungen. Der Prozess beim Bundesministerium des Innern ist so weit, dass jetzt hausintern abgestimmt wird. Natürlich wird der Bundesinnenminister angesichts dieser politischen Gefechtslage jetzt keinen Entwurf im Bundesrat vorlegen, er wäre er ja auch mit dem Klammerbeutel gepudert, aber intern ist er dabei und gut aufgestellt und kann dieses Rechtswerk dann auch in Kürze präsentieren.

Es gibt gute Vorbereitungen für die Integrationskurse sowohl bei den Ministerien als eben auch in dieser eben schon erwähnten Arbeitsgruppe der Länder, der so genannten AG Flü. Der Bundesinnenminister wird in Kürze einen Zeitplan für die Auswahlverfahren der Sprachkursträger vorlegen, daran werden wir von Bremen uns dann auch beteiligen. Wir arbeiten sehr intensiv in dieser Länderarbeitsgruppe, dieser AG Flü, und wir bedauern es ausdrücklich, dass die CDU/CSU-geführten Länder sich dieser Zusammenarbeit entziehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es wäre wirklich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger und Neuzuwanderer, wenn wir da zu inhaltlicher Zusammenarbeit kämen. Auch die CDU/CSU hat es ja immer gefordert, dass zum Beispiel Sprachkurse für die Integration notwendig sind, was auch gut und richtig ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Müller-Konzept!)

In dieser AG Flü laufen genau diese Definitionsbestimmungen, die Sie eingefordert haben, was Sprachkurse nämlich leisten sollen, was sie leisten müssen, damit zum Beispiel die Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen kann, was ja von zentraler Bedeu(D)

(A) tung ist. Es sind Unterarbeitsgruppen gebildet worden, die Qualitätsstandards für Sprachniveaus entwickeln. Es sind Unterarbeitsgruppen gebildet worden, die die Schnittstellen für die Umsetzung des Gesetzes entwickeln. Es wird also auch da mit Hochdruck gearbeitet. Wie gesagt, die Menschen, die in den Arbeitsgruppen mitarbeiten, bedauern es ausdrücklich, dass die CDU/CSU-Länder sich entziehen. Nach meinem Kenntnisstand ist nur Sachsen dabei, aber wohl mehr oder weniger nur mit Beobachterstatus.

Wir haben als Senat schon einiges vorgearbeitet. Sie wissen, wir haben das Integrationskonzept. Da ist ja einiges schon vorweggenommen. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, dieses Integrationskonzept anzugleichen mit dem, was das Zuwanderungsgesetz des Bundes uns vorgibt. Auch das werden wir dann leisten, aber da haben wir nicht mehr so viel zu tun, weil wir da in Bremen ganz gut aufgestellt sind. Ich bin insgesamt sehr optimistisch, dass wir die Umsetzung des Integrationsprogramms, der Integrationssprachkurse bis zum Ende des Jahres hinbekommen, dass wir gut vorbereitet sind, so dass es dann am 1. Januar 2003 hier losgehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

(B)

Meine Damen und Herren, stimmt meine Information, dass beantragt worden ist, diesen Antrag der Grünen an die Deputation für Inneres und an den Ausländerausschuss zu überweisen, wobei Inneres federführend sein soll?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Inneres und Soziales!)

Inneres und Soziales, federführend Inneres!

 $\label{eq:memory} \mbox{Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur } \mbox{Abstimmung.}$

Wer den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1185 an die Deputation für Inneres und an die Deputation für Soziales, wobei die Deputation für Inneres die Federführung haben wird, überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes – praktische Unterstützung für Opfer von Gewalt in der Familie

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2002 (Drucksache 15/1187)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wirkungsweise eines Gesetzes ist nur so gut wie die praktische Umsetzung. Im Dezember 2001 hat die rotgrüne Bundesregierung einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorgelegt. Gewalt in Familien gilt nicht mehr als Privatsache. Es ist jetzt im öffentlichen Interesse, dass Gewalt in der Familie wirkungsvoll bekämpft werden kann. Mit dem Slogan "Das Private ist politisch" hat die Frauenbewegung das Thema Gewalt in der Familie immer wieder aus der Tabuzone herausgeholt und öffentlich gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viel zu lange waren Justiz und Polizei auf einem Auge blind und haben entsprechende Fälle als Privatangelegenheit oder Familienstreit gewertet. Der Aktionsplan der rotgrünen Bundesregierung hat wesentlich dazu beigetragen, dass hier ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Häusliche Beziehungsgewalt ist jetzt keine Privatangelegenheit mehr, so stand es auch auf den Plakaten in Bremen und in Bremerhaven. Sie waren Teil einer Öffentlichkeitskampagne, die von der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau initiiert wurde.

Ein zentraler Punkt im Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist das Gesetz zur Verbessung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung und Trennung, kurz gesagt das so genannte Gewaltschutzgesetz, unter dem Namen kennen wir es ja meistens. Es ist seit dem 1. Januar 2002 in Kraft.

Mit diesem Gesetz hat die rotgrüne Bundesregierung die Möglichkeit geschaffen, dass häusliche Gewalt konsequent angegangen werden kann. Bislang mussten die geprügelte Frau und die Kinder zu ihrem eigenen Schutz die gemeinsame Wohnung verlassen. Das haben wir geändert. Auf eine kurze Formel gebracht: Der Täter geht, das Opfer bleibt! Das

(A) gilt natürlich auch in den seltenen Fällen, bei denen die Gewalt von einer Täterin ausgeht. Das Gesetz gilt auch für nichteheliche Haushaltgemeinschaften. Das, meine Damen und Herren, halten wir für sehr wichtig, denn es berücksichtigt damit die veränderten Lebensformen unserer heutigen Gesellschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch entscheidend für die Unterstützung der Opfer von Gewalt in der Familie ist, inwiefern aktive Unterstützung erfahren wird. Das sind Beratungen, konkrete Hilfeleistungen, also soziale Begleitung. Die Organisation und Sicherstellung eines solchen Angebotes obliegen den Ländern. Deshalb hat die grüne Fraktion Ihnen hier einen Antrag vorgelegt, der zum Ziel hat, dass die praktische Unterstützung für Opfer von Gewalt in der Familie sichergestellt wird. Hier geht es also nicht nur um das effektive polizeiliche Vorgehen, nein, es muss eine Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, Sozialamt, Beratungsstellen und in Bremen auch Sozialzentren und so weiter stattfinden! Ich sage, nur wenn es eine sinnvolle Interventionskette gibt, dann kann den Opfern auch schnell geholfen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb fordern wir in unserem Antrag einen Bericht, der zeigen soll, wie die praktische Umsetzung im Land Bremen aussieht. Zum Beispiel: Welche detaillierten Handlungsempfehlungen und Anweisungen gibt es für die Polizei, Empfehlungen bei Meldungen und Einsätzen in Fällen von häuslicher Gewalt? Es ist uns allen ja klar, nur wenn es klare Handlungsanweisungen gibt und auch Fortbildungen zu diesem Thema stattfinden, dann kann die Polizei adäquat reagieren.

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel "Häusliche Gewalt und polizeiliches Handeln", eine sehr schöne Broschüre, wie ich meine, Informationen für die Polizei, aber auch für Beteiligte. Sie ist nicht nur sinnvoll, sondern auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit für die Polizei.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Broschüre einigen Beamten in Bremerhaven gezeigt. Diese Beamten aus der Praxis würden sich auch Informationsmaterial in dieser Form wünschen. Sie fühlten sich schon mit dem Wegweisungsrecht, das letztes Jahr bei der Novellierung des neuen Polizeigesetzes eingesetzt wurde, allein gelassen. Noch im November des letzten Jahres sagte der Polizeichef von Bremerhaven dazu in der "Nordsee-Zeitung", ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: "Das Gesetz ist in Kraft getreten, und somit bleibt es jedem Beamten selbst überlassen, ob er es anwendet." Ich denke, das ist kein gutes Beispiel für vorausschauendes Handeln und Denken!

Auf meine Nachfrage beim Polizeichef, ob diese Probleme sich jetzt gelöst hätten, wurde mir versichert, dass es sich gebessert habe. Ein Merkblatt zur häuslichen Gewalt wurde erstellt mit einer Telefoninformationsnummer. Bei einem mir bekannten aktuellen Fall konnte unter dieser Nummer aber keine kompetente Auskunft gegeben werden. Fazit ist, dass das beste Gesetz nichts nützt, wenn es in der Praxis nicht ankommt. Deshalb halten wir vom Bündnis 90/Die Grünen es für sehr wichtig, sich auch um die Umsetzung zu kümmern. Aus diesem Grund haben wir auch diesen Antrag hier eingebracht.

Es ist nötig, Zahlen zu haben über die Häufigkeit und über die Art der Fälle. Im Vorfeld habe ich gehört, dass Teile der CDU mit diesem Zahlenaspekt unseres Antrags Probleme hatten. Das kann ich überhaupt nicht verstehen, meine Damen und Herren! Schon in der Pressemitteilung vom 8. August 2001 hat Herr Eckhoff gefordert, dass die Gewaltdelikte im häuslichen Bereich objektiv sichtbar gemacht werden müssten. Er forderte, dass diese Delikte zukünftig in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert ausgewiesen werden. Außerdem hat Herr Senator Böse in der "taz" im März dieses Jahres Zahlen von 2001 vorgelegt. Also, wo liegt Ihr Problem?

Ich denke, Ihr Unbehagen schien eher daher zu kommen, dass dieser Antrag von den Grünen kommt und Ihnen wahrscheinlich dann durch den Kopf gegangen ist, den müssten Sie naturgemäß ablehnen, aber ich hoffe auf sachorientierte Kolleginnen und Kollegen aus der CDU. Zum Schluss möchte ich noch auf zwei Punkte aus unserem Antrag kommen, die für die interdisziplinäre Arbeit sehr wichtig sind.

Erstens, welche Stellen sind im Bundesland Bremen dafür vorgesehen, direkt von der Polizei oder von den Gerichten bei häuslicher Gewalt benachrichtigt zu werden, so dass diese Stellen von sich aus dann auf die Betroffenen zugehen können, ihnen aktive psychosoziale und juristische Beratung und Unterstützung anbieten? Um es noch einmal deutlich zu machen: Wir fragen hier nicht nur nach einer Auflistung von Institutionen, sondern nach einem griffigen Konzept der Zusammenarbeit.

In Österreich zum Beispiel gibt es dafür extra Interventionsstellen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Interventionsstellen kommen nach der Benachrichtigung automatisch bei den Betroffenen vorbei. Sollen das in Bremen die Fallmanager der Sozialzentren abdecken, in Bremerhaven die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der sozialen Dienste? Das sind die Fragen, meine Damen und Herren, die wir beantwortet haben möchten. Es handelt sich hier um aufsuchende Arbeit, die kann nicht am Schreibtisch erledigt werden. Hier möchten wir eine klare Zuständigkeit und eine angemessene Qualifikation.

Nun noch zum zweiten Punkt, nämlich der Einbeziehung von Beratungsangeboten, Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Hilfsangeboten!

(D)

(A) Wie sollen hier ein Austausch und eine Zusammenarbeit aussehen? Wie sind hier die Strukturen? Von nichts kommt nichts, denke ich! Auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsangeboten hat auch Herr Eckhoff in seiner Pressemitteilung, die ich bereits eben erwähnt habe, gesprochen. Auch da hat er betont, für wie wichtig er die Zusammenarbeit ansieht.

So sehen Sie, dass wir schon zwei Punkte der Übereinstimmung ausgemacht haben. Deshalb bin ich auch froh, dass Sie sich endlich dazu durchgerungen haben nach langem Zaudern, Bauchschmerzen oder auch anderen körperlichen Beschwerden, die Überweisung dieses Antrags an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau anzuregen. Wir sind damit einverstanden. – Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Körperliche und seelische Gewalt im häuslichen Bereich wurde lange totgeschwiegen oder verharmlost. Sie gehört für viele Opfer, überwiegend Frauen und Kinder, leider zum Alltag. Ihre Leidensgeschichte erstreckt sich vielfach über Jahre. Das von der rotgrünen Mehrheit im Bundestag verabschiedete Gewaltschutzgesetz ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung von Gewalt in einem Bereich, wo der Schutz vor Gewalt bisher am wenigsten gewährleistet war. Es verankert den Grundsatz: Wer schlägt, muss gehen, das Opfer bleibt in der Wohnung! Damit wird den Opfern nicht länger zugemutet, um den Preis des Verlustes der vertrauten Umgebung selbst für ihren Schutz sorgen zu müssen.

(B)

Nicht nur für Frauen, sondern gerade auch für Kinder, die bereits genug unter dem Miterleben von Gewalt leiden, ist der Verbleib im gewohnten Umfeld besonders wichtig. Die SPD-Fraktion begrüßt das Gewaltschutzgesetz ebenso wie den von der Bundesregierung vorgelegten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen außerordentlich.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Initiative der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, die wir bereits zu Beginn der Legislaturperiode im Jahre 1999 gestartet haben, geht auch die Verankerung des so genannten Wegweisungsrechtes im Bremischen Polizeigesetz zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wir Frauen der SPD-Fraktion haben dieses Recht schon gefordert, als viele noch glaubten, es handele sich hierbei um einen Wegweiser oder Ähnliches. Der Senat hat zum Thema Prävention häuslicher Gewalt eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet. Auch dies ging zurück auf einen Beschluss des Parlaments, das ja dann gefordert hatte, dass der Senat uns hier in der Bürgerschaft ein Präventionskonzept vorlegt. Dies ist im April 2000 geschehen, und bereits im März letzten Jahres, also im März 2001, wurde dem Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau über die Umsetzung dieses Präventionskonzeptes im Einzelnen berichtet.

Der Ausschuss hat sich also schon mehrfach mit diesem Thema befasst, und auch wir finden es wichtig, dass die Umsetzungsschritte im Einzelnen genau angeschaut werden müssen und von uns als Parlamentarierinnen begleitet werden sollten. In der Zwischenzeit hat sich auch einiges getan. Es fanden Fortbildungen, zum Beispiel für Ärzte, statt. Es gibt den Verein "Neue Wege", auch dieser Verein hat uns über die Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz auf diesem Gebiet im Ausschuss berichtet. Es wurde uns gesagt, in den neu geschaffenen Sozialzentren der Stadt Bremen sollte es jeweils Ansprechpartner, also Mitarbeiter geben, die für dieses Thema zuständig sind.

Außerdem ist zum Beispiel von der Ausländerbeauftragten des Landes Bremen eine Broschüre zum Thema häusliche Gewalt in verschiedenen Sprachen vorgelegt worden. Das halte ich für besonders wichtig, dass dies gelungen ist, denn wir wissen aus den Frauenhäusern, dass es sich bei einem großer Teil der dort untergebrachten Frauen um Migrantinnen handelt und das Problem der Gewalt in Familien gerade bei diesem Personenkreis noch besonders schwerwiegend ist.

Unser Parlamentsausschuss für die Gleichberechtigung der Frau hatte sich schon in der Jahresplanung für 2002 und Anfang 2003, also bis zum Ende der Legislaturperiode, vorgenommen, sich im Januar 2003 vertieft noch einmal mit dem Thema zu befassen, denn dann ist das Gewaltschutzgesetz ein Jahr in Kraft und das bremische Wegweisungsrecht ebenso, so dass wir es für sinnvoll hielten, uns nach einem Jahr einen ersten Erfahrungsbericht vorlegen zu lassen. Insofern kann ich dem Antrag der Grünen nicht zustimmen, obwohl von den Fragen ich alles voll teilen kann, aber dass Sie einen Bericht bis zum 30. September dieses Jahres fordern, halte ich nicht für angebracht, sondern ich möchte einen Bericht bekommen aufgrund einer einjähriger Erfahrung.

Darum schlagen wir eben auch seitens der SPD-Fraktion vor, dass der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen heute zur Beratung und Berichterstattung an den Gleichstellungsausschuss überwiesen wird. Dann würden wir das Thema aufgrund der Stellungnahme des Ausschusses wieder im Parlament debattieren. Ich halte es eben für sinnvoll, dass das

(A) dann möglichst früh im Jahr 2003 geschieht, um die einjährige Erfahrung auszuwerten. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Windler.

Abg. Frau **Windler** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes, praktische Unterstützung für Opfer von Gewalt in der Familie. Gewalt in der Familie ist keine Privatsache, Gewalt in der Familie ist Horror, nicht zu begreifen für die Kinder, die es hautnah miterleben müssen, für die Opfer, die Gewalttaten hautnah erleben und nie wieder vergessen. Gewalt ist nicht zu akzeptieren, ganz gleich, welcher Partner sie ausübt. Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Einführung des Wegweisungsrechtes in Bremen, das mit der Änderung des Bremischen Polizeigesetzes in Kraft getreten ist.

Wir CDU-Frauen haben mit allen Frauen aus dem Gleichstellungsausschuss daran gearbeitet, dass das Wegweisungsrecht im neuen Polizeigesetz mit verankert wird. Im Januar 2002 ist dieses Gesetz in Kraft getreten. Die alltägliche Gewalt gegen Frauen wird in Deutschland seit dem internationalen Jahr der Frau 1975 thematisiert. 1976 wurde das erste Frauenhaus in Deutschland gegründet. Meine Damen und Herren, auch heute sind die Frauenhäuser noch nicht überflüssig. Das Neue daran ist nur, dass in diesem Jahr in Oldenburg eine Männerwohnung eingerichtet worden ist. Ich brauche es, glaube ich, nicht zu kommentieren. Es hat sich etwas bewegt.

Diese Maßnahmen wie auch die Gesetzesänderung zugunsten der Opfer von Gewalt haben zwar zu punktuellen Verbesserungen geführt, nicht aber zu einer wirklichen und nachhaltigen Verminderung von Gewalt in unserer Gesellschaft. Gewalt in der Familie ist immer noch ein Tabuthema. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass es so nicht weitergehen kann.

Gewalt in der Familie muss in die Öffentlichkeit, ob es der Professor ist, der seine Frau schlägt, oder der Geschäftsmann, der sagt, seine Frau hat sich an der Tür gestoßen, oder aber der Partner, der die Treppe heruntergefallen ist. Meine Damen und Herren, wir reden hier auch über Gewalt an Partnern. Auch das muss ausgesprochen werden, obwohl schlagende Frauen einen ganz geringen Anteil an Gewalt in der Familie haben. In der Regel üben Männer Gewalt an Frauen aus. Das Wegweisungsrecht soll auch hier greifen, Gewalt ist nie zu tolerieren. Frau Hoch hat in ihrem Antrag zum Beispiel um die Darlegung der Fallzahlen über Gewalt in der Familie gebeten. Wir als CDU-Fraktion meinen, dass es noch zu früh

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

dafür ist, so kurz nach Einführung des Gesetzes. Wir hoffen aber, dass die Zahlen nicht zu hoch ausfallen, denn wir sehen auch das Elend in den Familien. (C)

(D)

Beratungsstellen und Notrufe gibt es flächendekkend in der ganzen Bundesrepublik. Diese Hilfsangebote werden aber leider von den Menschen, die Gewalt in den Familien ausüben, nur mäßig angenommen. Daran muss noch gearbeitet werden. Der Aktionsplan der Bundesregierung zielt in seiner Gesamtheit darauf ab, ein gesellschaftliches Klima der Gewaltächtung zu schaffen. Wir glauben, dass es ganz wichtig ist, dass Gewalt in der Familie geächtet wird. Es darf nicht nur interner Familienstreit sein, nein, es ist Gewalt in der Familie. Die Sensibilität des Umfeldes erreichen, das ist es, Zivilcourage leben!

Jeder Einzelne von uns ist gefragt. Ich glaube, wir können unseren Nachbarn ganz gut einschätzen. Nicht wegschauen, hinschauen ist hier gefragt! Zur Durchbrechung des Gewaltkreislaufes und zur Förderung einer gewaltfreien Erziehung müssen die präventiven Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern ansetzen. Jedes Kind hat das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung,

(Beifall bei der CDU)

so wie jeder Mensch das Recht hat, gewaltfrei zu leben. Wir als Politikerinnen und Politiker sind gefragt, dies auch umzusetzen. Mit dem Gewaltschutzgesetz sind wir auf dem richtigen Weg.

Gewalt, warum wird Gewalt ausgeübt? Gewalt ist ein Ausdruck von Hilflosigkeit. Wo können wir da ansetzen, was können wir tun? Wie können wir all das Elend mildern? Wir als CDU-Fraktion meinen, wenn wir den Gewaltkreislauf unterbrechen, kann der Täter sein Verhalten ändern. Soziale Trainingskurse können zu einer Verhaltensänderung der Täter beitragen. Das Wegweisungsrecht ist hierbei sehr hilfreich. Der Täter hat eine angemessene Zeit zum Überlegen, zehn Tage, in denen Frauen und Kinder wieder zur Ruhe kommen können. Sie überlegen in dieser Zeit, wie es weitergehen kann. Es ist sehr hilfreich, wenn Frau und Kinder in der gewohnten Umgebung bleiben können, und das gerade in dieser Krisensituation.

Leider ist in vielen Familien Gewalt in der Familie ein Tabuthema. Die Opfer genieren sich, und sie zerbrechen daran. Die CDU-Fraktion ist sehr zuversichtlich, dass das Wegweisungsrecht auch in Bremen und Bremerhaven greifen wird und Not lindert. Den Antrag der Grünen überweisen wir an den Parlamentsausschuss zur Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Beratung. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Hoch, wenn man Ihren Antrag liest und Ihren Debattenbeitrag hört, möchte man meinen, dass das Land Bremen irgendetwas versäumt hätte in diesem so schwierigen Feld, was gerade eben noch einmal richtig dargestellt wurde von Frau Windler. Das Gegenteil ist doch der Fall. Wir haben nicht nur hier in der Bremischen Bürgerschaft wiederholt darüber debattiert. Bremen gehört zu den ersten Ländern, nach drei misslungenen Versuchen in anderen Bundesländern, wo das Wegweisungsrecht zum ersten Mal gerichtsfest formuliert und hier auch verabschiedet wurde. Bremen ist das Land, das zum ersten Mal alles angewandt hat. Ich werde das gleich noch einmal darlegen. Wir haben nicht nur das Wegweisungsrecht angewandt, ich kann auch Zahlen nennen, werde es auch tun, sondern Bremen hat auch mit als erstes Land dann die bundesrechtlichen Vorschriften angewandt.

Wir haben hierüber eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ich selbst habe Pressekonferenzen mit der Frauenbeauftragten, mit der Polizei und sonst wem gemacht, es ist breit darüber auch überregional berichtet worden, und hier jetzt eine Berichterstattung zu verlangen – wir haben im Übrigen schon einen zweijährigen Berichtsauftrag, das hat das hohe Haus bereits beschlossen –, jetzt noch einmal einen jährlichen Berichtsauftrag, meine Damen und Herren, ich sehe da wirklich keine Notwendigkeit. Wenn Sie das beschließen, gern, aber ich sage, wir können uns wirklich gut sehen lassen im Konzert der anderen Länder.

(B)

Wir haben, wie gesagt, das Gewaltschutzgesetz am 25. Oktober von Ihnen verabschiedet bekommen, Paragraph 14 a des Bremischen Polizeigesetzes, wir können mit Hilfe der polizeilichen Wohnungsverweisung einen Täter in Fällen häuslicher Gewalt für einen Zeitraum bis zu zehn Tagen aus der Wohnung verweisen und mit einem Rückkehrverbot belegen. In dieser Zeit ist es dann dem Opfer auch möglich, weiterreichende zivilrechtliche Schritte gegen den Täter einzuleiten. Im Ausnahmefall kann die Frist sogar um weitere zehn Tage verlängert werden durch die Polizei, wenn dem zuständigen Gericht ein Antrag auf Zuweisung der Wohnung vorliegt, über den noch nicht entschieden werden konnte.

Die polizeirechtliche Wohnungsverweisung dient nicht nur der Erreichung einer kurzfristigen räumlichen Trennung von Opfer und Täter, sondern der Vorbereitung zivilrechtlicher Maßnahmen, die auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes durchsetzbar sind, das, in Kraft getreten am 1. 1. 2002, hier ja uns oder den Betroffenen weitgehende Rechte einräumt. Das heißt, die unmittelbare Fortsetzung der polizeirechtlich begonnenen Wohnungsverweigerung in Form eines zivilrechtlichen Anspruchs auf Wohnungsüberlassung bei Gewalttat in häuslichen Gemeinschaften außerhalb der Ehe wird ermöglicht.

Mit dem Gewaltschutzgesetz wurde eine klare Rechtsgrundlage geschaffen für Schutzanordnungen des Zivilgerichts bei vorsätzlichen Verletzungen von Körper, Gesundheit oder Freiheit einer Person. Wir haben bei der Polizei ein ganzes Bündel von Maßnahmen nicht nur beschlossen, sondern umgesetzt, ob das jetzt die Ausbildung ist, in der Polizeifachhochschüler lernen, wie sie denn umgehen mit dieser schwierigen Thematik häusliche Gewalt, wo man früher eben weggeschaut hat, wenn man gerufen wurde vom Nachbarn, wenn die Polizei überhaupt gerufen wurde. Da lernen sie dann Ursachen und Folgen des Gewaltphänomens zu erkennen, das Täter-Opfer-Verhalten, die strafprozessualen, zivilrechtlichen und polizeigesetzlichen Möglichkeiten, die Beweismittelsicherung unter kriminalistischen Aspekten, die Rolle der Polizei, das Hilfsangebot anderer Institutionen in dem Sinne, auch zu helfen, zu beraten, die Opfer zu beraten.

Die Beweissicherung ist etwas ganz Wichtiges in diesem Fall, wo man früher eben auch gesagt hat, na gut, dann hat die Frau blaue Flecke, und hat weggeguckt. Unhaltbare Zustände! Jetzt gibt es die Möglichkeit, nicht nur die Möglichkeit, sondern sie werden angehalten, dass hier eine Beweissicherung erfolgt zur Erstellung von Tatortfundberichten, Fotoaufnahmen von den Verletzungen der Opfer und so weiter, was dort alles gemacht wurde.

Wir haben, Frau Abgeordnete, anders als Sie es dargestellt haben, ein Merkblatt für das polizeiliche Handeln bei häuslicher Beziehungsgewalt, das auch überall ausliegt, das auch jeder bekommen kann, für den Einsatz und den Ermittlungsdienst, also für die Polizei. Dieses behandelt den Aspekt, den betroffenen Frauen in der konkreten Extremsituation mehr Selbstsicherheit zu vermitteln und ihnen die Möglichkeit zu geben, zu einer von den gewalttätigen Partnern unbeeinflussten Aussage zu kommen.

Wir haben den Opfer-Notruf eingerichtet, wo unter einer bestimmten Nummer Opfer von Straftaten Hilfestellungen erfragen können, natürlich auch misshandelte Frauen, die durch häusliche Gewalt beeinträchtigt werden. Wir haben polizeiliche Hilfestellung für Opfer durch einen direkten Kontakt. Die Kontaktbereichsbeamten sind besonders geschult worden, sie kennen ja ihre Bereiche. Sie kennen die Familien, in denen so etwas vorkommt, und man kann auf diese Kontaktbereichsbeamten zurückgreifen. Das wird im Übrigen auch getan, wie wir in einer Pressekonferenz mit der Polizei dargestellt haben. Wir machen auch eine statistische Auswertung dieser Fälle häuslicher Gewalt, zwar nicht in der polizeilichen Kriminalstatistik, sondern das

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) kann nur der Bund mit allen Ländern zusammen machen, aber wir machen es in unserem Datensystem, dem Isa-System, dass diese Fälle von häuslicher Gewalt gesondert erfasst werden, das ist bereits alles umgesetzt.

> Ich will Ihnen einmal darstellen, wie das in der Praxis geschieht, wenn es zu einer Wohnungsverweisung kommt! Die Polizei weist eine Person aus einer Wohnung und untersagt ihr die Rückkehr, dabei ist die betroffene Person verpflichtet, der Polizei eine Anschrift oder eine zustellungsbevollmächtigte weitere Person zu benennen. Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot enden, wie ich dargestellt habe, mit dem Ablauf des zehnten Tages, so sagt es das Gesetz, nach der Anordnung, soweit von der Polizei nicht eine kürzere Geltungsdauer festgelegt wird. Die gefährdete Person hat nun die Möglichkeit, innerhalb dieses Zeitraumes einen Antrag auf zivilrechtlichen Schutz beim Amtsgericht, dem Familiengericht, mit dem Ziel zu stellen, dass ihr die Wohnung auf Dauer allein überlassen wird.

> Um unmittelbar nach der polizeilichen Wohnungsverweisung den in der Regel als Opfern betroffenen Frauen und ihren Kindern sozialpädagogische Beratung und Unterstützung gewähren zu können, übermittelt die Polizei die erforderlichen Grunddaten unverzüglich an das zuständige Sozialzentrum, wo sie sofort an den zuständigen Sozialdienst weitergegeben werden. Der ambulante Sozialdienst leitet der betroffenen Frau sofort den Entwurf eines Antrags an das Familiengericht auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zu und kündigt einen Hausbesuch an, der spätestens am dritten Werktag nach der polizeilichen Wohnungsverweisung erfolgt und dazu dient, die Frau rechtlich zu beraten sowie weitere notwendige Unterstützung und Hilfe anzubieten. Liegen weitere Gefährdungsaspekte vor, die über die Wohnungsverweisung hinausgehen, wird der Hausbesuch durch den Sozialdienst sofort vorgenommen. Die Kontaktaufnahme des Sozialdienstes zu der gefährdeten Person wird der Polizei mitge-

> Es ist, meine Damen und Herren, en détail geregelt und funktioniert im Übrigen auch sehr gut, und nun sage ich Ihnen ein paar Zahlen: Seit In-Kraft-Treten des Wegweisungsrechts hat die Polizei Bremen, Stand 1. Juli, 36 Wohnungsverweisungen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven elf Wohnungsverweisungen verfügt. Es wird also umgesetzt.

In der Regel wurde dann in allen Fällen eine Strafanzeige wegen Körperverletzung gefertigt. Darüber hinaus erging in zwei Fällen eine Zwangseinweisung nach dem PsychKG, dem zuständigen Gesetz, weitere Strafanzeigen waren vereinzelt erforderlich. Zweimal erfolgte sogar eine Ingewahrsamnahme aufgrund des Alkoholmissbrauchs der Betroffenen bis zur Ausnüchterung. Bis auf wenige Ausnahmen erfolgte die jeweilige Wohnungsverweisung für jeweils zehn Tage.

Meine Damen und Herren, das ist ein Einblick in nicht nur erfolgreiche Polizeiarbeit, sondern auch in eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Sozialbehörden und den Sicherheitsbehörden, der Polizei. Mehr kann man, glaube ich, nicht tun, mehr kann man auch nicht erwarten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist hier Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau beantragt.

Meine Damen und Herren, wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1187 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

(D)

(C)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes (Deutschtest für alle ausländischen Schüler)

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. Juli 2002 (Drucksache 15/1191) 1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Iletmis, irgendwie verstehe ich Ihre Kritik nicht ganz! Wenn Sie wirklich meinen, ich würde hier falsches Zeugnis reden, dann sollten Sie nach vorn kommen und meine genannten Zahlen und Fakten einer verfehlten Ausländerpolitik der Bundesregierung und der Landesregierung widerlegen. Frau Iletmis, glauben Sie mir, ich habe viele ausländische Kollegen, und alle unterstützen uneingeschränkt die realistische Ausländerpolitik der Deutschen Volksunion, weil sie auch zum Schutz der hier lebenden anständigen Ausländer ist.

(A) Wenn Sie die "Nationalzeitung" lesen würden, dann würden Sie es jetzt auch wissen.

Aufgrund der überproportionalen Anteile ausländischer Schülerinnen und Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen an Bremer Schulen ist die Realisierung der Bildungs- und Erziehungsziele laut Paragraph 5 des Bremischen Schulgesetzes sowie das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf Bildung im Sinn des Artikels 27 der Landesverfassung stark gefährdet. Die oft immensen Defizite bei der Beherrschung der deutschen Sprache behindern erheblich die Vermittlung des Lernstoffs für die Gesamtheit der Schüler. Daher ist hierzu für eine Gewährleistung des durch den Normzweck des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes vorgegebenen Qualitätsstandards Handlungsbedarf für die Rechtsetzung gegeben.

Meine Damen und Herren, nehmen wir nur einmal als Beispiel die skandinavischen Länder! Dort werden Kinder erst gar nicht eingeschult, wenn sie die jeweilige Landessprache nicht ausreichend beherrschen. Diese Kinder werden vorher in Sprachschulen geschickt, und das macht ja auch Sinn, denn nicht umsonst belegen die skandinavischen Länder in der Pisa-Studie die vordersten Plätze. Von diesem vorbildlichen skandinavischen Schulsystem sollte die Bremer Landesregierung dringend lernen und schnellstens dementsprechende Konsequenzen ziehen, denn eines dürfte klar sein, dass die Lernerfolge und Lebenschancen für ausländische Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse äußerst gering sind. Zudem ist es eine Tatsache, wenn Schulklassen aus zirka 70 Prozent ausländischen Schülerinnen und Schülern aus zirka zwölf verschiedenen Nationen bestehen, dass dort das Klassenniveau und das Bildungsniveau so schlecht ist, dass sie sich über einen letzten Platz in der Pisa-Studie überhaupt nicht zu wundern brauchen.

(B)

Es kann und darf nicht sein, dass unsere Kinder auf Grundlage Ihrer verfehlten Bildungs- und Integrationspolitik um ihre Zukunft gebracht werden, und es kann und darf auch nicht sein, dass Besserverdienende ihre Kinder auf Privatschulen schicken, und wer sich das nicht leisten kann, ist mit seinen Kindern der Leidtragende. Das, meine Damen und Herren, geht auf keinen Fall. Fakt ist doch auch, je höher der Anteil an ausländischen Schülern ist, desto schlechter sind die Noten. Die skandalösen Folgen sind: Das Leistungsniveau der deutschen, aber auch der ausländischen Schüler sinkt und damit ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt. Es ist eine traurige Tatsache, dass fast 30 Prozent der Jugendlichen, deren Muttersprache nicht deutsch ist, ohne Abschluss von der Schule gehen, und ein Drittel aller Abgänger bekommt keine Berufsausbildung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese unerträglichen Zustände auch weiterhin politisch verantworten können und wollen, dann allerdings brauchen Sie selbstverständlich diesem Antrag der Deutschen Volksunion nicht zuzustimmen. Verantwortungsbewusste Politiker aber, denen die Zukunft unserer Kinder nicht egal ist, müssen sogar unserem Antrag "Deutschtest für alle ausländischen Schüler" uneingeschränkt zustimmen.

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes, Deutschtest für alle ausländischen Schüler, Drucksache 15/1191, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

(D)

Für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. Juli 2002 (Drucksache 15/1192)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Gesundheitswesen der Bundesregierung steht unter dem Motto: früher sterben oder länger leiden! Nehmen wir doch nur einmal das neue Arzneimittelausgabebegrenzungsgesetz! Es besagt, der Arzt schreibt Kassenpatienten nur noch den Wirkstoff plus Dosierung auf das Rezept. Der Apotheker muss entscheiden, welches der fünf billigsten Medikamente mit diesem Wirkstoff der Patient bekommt. Das aber kann für viele Menschen zu einem lebensgefährlichen Problem werden, zum Beispiel für Epileptiker oder Parkinsonkranke. Bei ihnen dauert es oft Monate, bis der Arzt die richtige Medikamentierung gefunden hat. Hier wegen Kosten auf ein billiges Präparat umzustellen, wäre fatal und lebensbedrohlich.

(A) Sie sehen nur anhand dieses einen Beispiels, die Probleme des deutschen Gesundheitswesens, die sich in immer neuen Debatten um Kostensteigerung und Beitragserhöhungen niederschlagen, sind struktureller Natur. Andere europäische Länder mit einer vergleichbaren Bevölkerungsstruktur kommen hier mit viel weniger Geld aus, ohne, und das betone ich extra, dass die Leistungen des Gesundheitswesens schlechter, die Zufriedenheit der Versicherten und die Einkommen der Leistungserbringer unzumutbar niedriger wären.

Meine Damen und Herren, Gesundheit ist ein sehr hohes Gut. Darum fordere ich im Namen der Deutschen Volksunion ein Gesundheitswesen, das zum Wohle der Bürger dem medizinischen Fortschritt verpflichtet bleibt. Hierzu bedarf es aber einer Gesundheitsreform, die den Namen Gesundheitsreform auch wirklich verdient. So muss zum Beispiel eine verbesserte Vorsorge angeboten werden, die Verbesserung und der Ausbau der Prävention und so weiter. Der Versicherte muss sich darauf verlassen können, dass er auch künftig alle medizinischen Leistungen ohne Abstriche erhält. Darum muss die Budgetierung bei den Leistungserbringern abgeschafft werden.

Es muss ein verstärkter Wettbewerb und eine größere Flexibilität im starren Vertragssystem zwischen Kassen und Leistungserbringer stattfinden. Das würde letztendlich zu einer höheren Qualität und zu einer besseren Effizienz unseres stark gebeutelten Gesundheitswesens führen. Das, meine Damen und Herren, sind nur einige von vielen Grundvoraussetzungen, um die Zunahme der Volkskrankheiten effektiv zu verhindern, die Lebensqualität aller unserer Bürger zu verbessern und die steigenden Kosten im Gesundheitswesen drastisch zu senken.

Es kann und darf nicht sein, dass zum Beispiel ein Asylbewerber eine bessere medizinische Versorgung erhält als ein Kassenpatient. Es ist doch nachweislich eine Tatsache, dass der Kassenpatient der Kontrolle von Budgetreglementierungen vieler Art unterliegt. Hier darf der Arzt nicht jedes Medikament oder jede Therapie verordnen, meine Damen und Herren. Das ist zum Beispiel bei Asylbewerbern, bei Asylanten nicht der Fall. Hier darf der Arzt das teuerste Medikament und die teuerste Therapie verordnen.

(Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]: Das ist Quatsch!)

Nein, das ist kein Quatsch! Das heißt, in diesem Fall kann der Arzt medizinisch so arbeiten, wie es eigentlich bei den normalen Kassenpatienten dringend notwendig und erforderlich wäre. Finanziell ist also die Behandlung von Asylbewerbern wesentlich besser bezahlt als bei einem Kassenpatienten.

Nun frage ich Sie allen Ernstes: Sind denn Kassenpatienten, die sich durch tägliche harte Arbeit

kaputtgeschuftet haben, die ihre Gesundheit durch harte Arbeit schwer und qualvoll ruiniert haben und dadurch vielleicht nicht einmal ihren verdienten und gerechten Lebensabend schmerzfrei genießen können, etwa weniger wert als ein Asylbewerber? Nehmen wir doch nur einmal ein Beispiel: In der zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Berlin kommen – nur in Berlin! – zirka 8000 Ausländer pro Jahr an. Viele davon sind krank und natürlich ohne Krankenversicherung. Für sie übernimmt selbstverständlich der Staat, also wir alle, die Behandlungskosten. Ich frage Sie: Warum werden sie besser behandelt als der normale Kassenpatient? Die Frage müssen Sie mir einmal erklären!

Niemand – hören Sie jetzt genau zu! – will den Asylbewerbern die notwendige ärztliche Versorgung verweigern, das ist ja Blödsinn, aber irgendetwas im Staat Deutschland scheint faul zu sein, wenn der Asylant für den Arzt finanziell mehr bringt als ein Kassenpatient, der sehr hohe Beiträge zahlen muss. Anscheinend ist es der rotgrünen Chaosregierung egal, da die Gelder ja von den Kommunen aufgebracht werden müssen, und das kommt die Kommune wirklich sehr teuer zu stehen –

(Zurufe von der SPD)

hören Sie doch genau zu! –, weil sich dadurch die Sozialämter zum Teil in eine Krankenkasse verwandeln.

Da musste zum Beispiel das Sozialamt in Düsseldorf schon vier Mitarbeiter aus einer Betriebskrankenkasse übernehmen, um die monatlich 12 000 anfallenden Rezepte und Rechnungen überhaupt nur stichpunktartig überprüfen und bearbeiten zu können, und in den anderen Kommunen sieht es wirklich nicht anders aus. Das ist ein Umstand, der die Kommunen bei weitem finanziell überfordert, weil bei diesen Massen selbstverständlich dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet ist und eine Entdeckung von Missbrauch dem Zufall überlassen bleibt.

Meine Damen und Herren, hierzu führte der Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin Folgendes aus, Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren –

(Unruhe)

Sie sollten jetzt genau zuhören! -: "Wir zahlen etwa 23 Millionen Euro Krankenversicherungskosten für Sozialhilfeempfänger und Asylanten. Wenn wir das über eine Krankenkasse abwickeln könnten, würden wir zwischen fünf und sechs Millionen Euro haben. Das heißt, 17 Millionen Euro pro Jahr zahlen die Bürger Düsseldorfs zu viel." Er fügt hinzu: "17 Millionen Euro, die wir weniger bezahlen müssten, das sind mindestens acht Kindergärten, einige Fußballplätze und noch einiges mehr. Es wäre auch ein wunderschöner Beitrag zur Schulsanierung, und es

(C)

(A) würde keinem Sozialhilfeempfänger, keinem Asylanten irgendetwas abgehen, sondern er würde nur genauso behandelt wie in den gesetzlichen Krankenversicherungen."

Hier, meine Damen und Herren, ist dringender Handlungsbedarf. Hier muss dringend ein Ausführungsgesetz in Kraft treten, damit alle in die gesetzliche Krankenversicherung kommen. Gesundheitspolitik hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, aber ich denke einmal, soziale Gerechtigkeit sind Werte, die den Sozialdemokaten abhanden gekommen sind. Stimmen Sie aber trotzdem dem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau Dreyer (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme an, es ist einhellige Meinung des Hauses, dass ich bei dem Thema bleibe, das Thema heißt soziale Gesundheitspolitik. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, die solidarische Krankenversicherung gründet auf dem Prinzip, den Einkommensstarken einzubinden, um den Einkommensschwachen zu stützen. Das ist das Grundprinzip. Alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenkasse zahlen rund 14 Prozent Krankenkassenbeitrag, der hälftig von Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht wird, und wir alle wissen, dass 14 Prozent von 600 Euro erheblich weniger sind als 14 Prozent von 6000 Euro. Für den Antragsteller sage ich die Differenz: 760 Euro mehr zahlt derjenige, der natürlich auch ein besseres Einkommen hat.

(B)

Doch egal, wie hoch der tatsächliche Krankenkassenbeitrag ist, alle haben Anspruch auf das gesamte Spektrum der notwendigen medizinischen Leistungen. Das gilt selbstverständlich auch für die, die keine Beiträge einzahlen, nämlich nichtverdienende Familienmitglieder, Sozialhilfeempfänger und, falls ich jemanden vergessen habe, auch für die, denn das ist das Grundprinzip. Um dieses solidarische soziale Gesundheitssystem beneiden uns ganz viele in Europa und weit darüber hinaus, und dieses System steht nicht zur Disposition, von niemandem.

Meine Damen und Herren, wir sollen heute beschließen, dass einkommensschwache Versicherte nicht belastet werden, das brauchen wir nicht, weil immer klar gewesen ist und zukünftig auch klar bleiben wird, es gibt keine Belastung. Es gab und gibt gesetzlich festgesetzte Einkommensgrenzen, die sicherstellen, dass Menschen mit geringem Einkommen von Zuzahlungen, zum Beispiel bei Medikamenten, befreit sind. Sie brauchen nur einen entsprechenden Antrag zu stellen bei der jeweiligen Krankenkasse. Dieser wird schnell und positiv entschieden. Nicht befreit sind ausschließlich Patienten, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, von der Zuzahlung im Krankenhaus, die beträgt

neun Euro pro Tag, aber dann natürlich auch nur für die Dauer von 14 Tagen. Hier geht es lediglich um die häusliche Einsparung.

Der letzte Punkt des vorliegenden Antrags, der Antragsteller ist gar nicht darauf eingegangen, spricht von Normgrößen. Ich vermute, gemeint sind hier die Disease-Management-Programme, also die geplanten Leitlinien zur Behandlung chronisch Kranker. Wer dagegen etwas hat, der müsste es dann begründen, müsste vor allen Dingen mit den chronisch Kranken ausführlich diskutieren. Sie sehen, meine Damen und Herren, ein Handlungsbedarf ergibt sich für uns als Landtag zurzeit nicht. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe wirklich selten ein solch schlechtes Argument wie eben gehört. Auf ein solch niedriges Niveau werde ich mich nicht begeben.

(Zuruf von der CDU: Sie haben doch gar keines!)

Deshalb kann ich mich auch kurz fassen. Tatsache ist – dass Sie das nicht ertragen können, das glaube ich Ihnen gern –, CDU und SPD haben das Gesundheitssystem völlig, aber auch völlig ruiniert. Wenn der SPD-Generalsekretär Müntefering heute sagt, dass Herr Seehofer der Mann sei, der das Gesundheitswesen fast vollständig an die Wand gefahren habe, so hat er ohne Zweifel Recht. Allerdings hat er vergessen, dabei zu erwähnen, dass es die gegenwärtige rotgrüne Chaosregierung mit ihrer noch ahnungsloseren Quotenministerin war, die das unselige Werk dann konsequent und rücksichtslos vollendet hat und das Gesundheitswesen nun endgültig an die Wand gefahren hat.

Meine Damen und Herren, und das können Sie auch nicht bestreiten, seit der Gründung der Bundesrepublik hat sich im Gesundheitswesen ein ungeheurer Wildwuchs etabliert, der nur sehr schwer zu durchdringen ist und zu Verschwendung, Betrug und Korruption geradezu einlädt. Wenn Sie wirklich ein gerechtes Gesundheitswesen politisch umsetzen wollen, dann stimmen Sie diesem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) mit der Drucksachen-Nummer

(A) 15/1192 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Meine Damen und Herren, es besteht Einverständnis unter den Fraktionen, dass wir die Tagesordnungspunkte 29 und 30 vorziehen, also zum Schluss des heutigen Tages aufrufen. Ich glaube, wenn der Tagesordnungspunkt abgehandelt ist, werden wir auch 18 Uhr erreicht haben. Es handelt sich hier um den Tagesordnungspunkt 29.

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes (BremAbgG) vom 6. August 2002

(Drucksache 15/1200)

Wir verbinden hiermit:

(B)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen

Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 6. August 2002

(Drucksache 15/1201)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

Meine Damen und Herren, traditionsgemäß gibt der Präsident der Bremischen Bürgerschaft zu der Thematik immer eine Erklärung vor dem Plenum ab.

Meine Damen und Herren, wie immer müssen wir bei der Anpassung unserer Diäten in eigener Sache entscheiden. Vorbereitet wird diese Entscheidung durch ein Gutachten der so genannten Diätenkommission, das Ihnen und der Öffentlichkeit vorliegt. Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft ist dem Gutachten der Diätenkommission einstimmig gefolgt und schlägt Ihnen vor, ab 1. Juli 2002 die Entschädigung um 39 Euro, also zirka 1,6 Prozent, und die Amtsausstattung um vier Euro zu erhöhen.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Donnerwetter, Herr Präsident!)

Im gleichen Umfang wie die Amtsausstattung sollen auch die Aufwandsentschädigungen der Deputierten und möglicher Unionsbürger in der Stadtbürgerschaft erhöht werden. Ich meine, es handelt sich hier um eine recht maßvolle Erhöhung, und ich empfehle Ihnen, die Vorlage des Vorstands zu beschließen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen, Drucksache 15/1201, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist darum gebeten worden, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen! Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Vorstands Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. – Ich

bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.53 Uhr)

(B)